

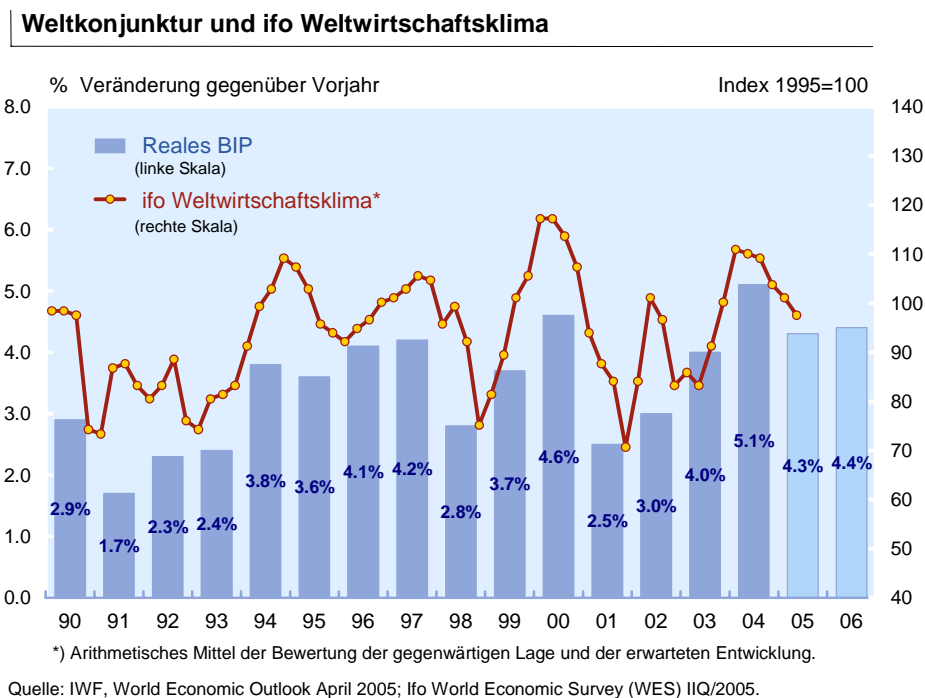
ifo Konjunkturprognose 2005/2006: Nur zögerliche Erholung

G. Flaig, W. Nierhaus, O.-E. Kuntze, A. Gebauer, S. Henzel, O. Hülsewig, A. Kaltschütz, E. Langmantel, W. Meister, M. Ruschinski, B. Schimpfermann und T. Wollmershäuser

Überblick: Weltwirtschaft verliert an Fahrt

Die Weltwirtschaft hat im laufenden Jahr merklich an Dynamik eingebüßt, nachdem sie im vergangenen Jahr mit 5 % außerordentlich stark gewachsen war. Bereits seit Jahresmitte 2004 kühlt sich das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima ab (vgl. Abb. 1); mit 97,5 liegt der Indikator derzeit aber immer noch merklich über dem langfristigen Durchschnitt (1990-2004: 94,0). Die Ergebnisse des ifo World Economic Survey deuten aber nicht auf einen bevorstehenden Konjunkturunbruch hin, vielmehr ist mit einer "weichen Landung" der Weltwirtschaft zu rechnen. Hierfür spricht, dass sich die Erwartungen der Befragungsteilnehmer hinsichtlich der nächsten sechs Monate – anders als ihre Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage – kaum verschlechtert haben (vgl. Abb. 2)

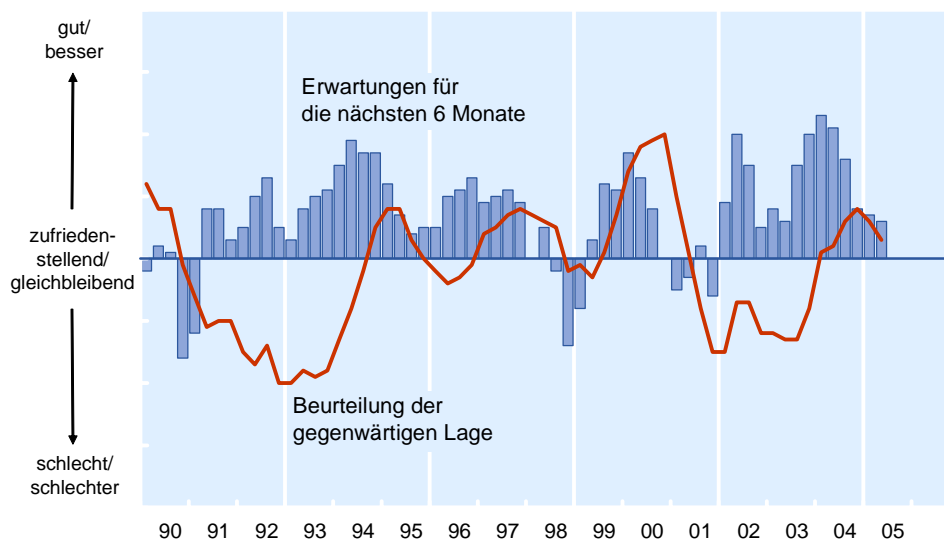
Abb. 1



Maßgeblich für die Abkühlung war einmal der massive Realeinkommensverlust der ölimportierenden Länder durch den Höhenflug der Ölpreise. Die Kaufkraftumverteilung zugunsten der Ölförderländer dämpfte in den Industriestaaten die konjunkturelle Expansion, obgleich sich der Rückfluss der Petro-Dollars im Vergleich zu früheren Phasen starker Ölpreisschübe beschleunigt hat, was der Abschwächung der inländischen Verwendung in den Ölverbraucherländern entgegenwirkt.¹ Hinzu kam, dass die Geldpolitik weltweit nicht mehr so expansiv ausgerichtet ist.

Abb. 2

ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IIQ/2005.

In den USA hat sich der robuste Konjunkturaufschwung fortgesetzt, obwohl die Finanzpolitik weniger expansiv ausgerichtet ist und die monetären Zügel inzwischen etwas gestrafft wurden. So hat die Fed den Leitzins (federal funds rate) seit Juni 2004 schrittweise um 200 Basispunkte auf 3,0 % angehoben; bei negativem Realzins wirkt die Geldpolitik per Saldo aber immer noch anregend. Im ersten Quartal 2005 betrug das Wachstumstempo der US-Wirtschaft im Vergleich zum Vorquartal 3,5 % (laufende

¹ Vgl. Deutsche Bundesbank, Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2005, Monatsberichte, Mai 2005, S.5-71.

Jahresrate), getragen vor allem von den privaten Investitionen in Ausrüstungen und neue Wohnbauten sowie von den Vorratsinvestitionen. Vom Außenbeitrag ging erneut ein negativer Wachstumsbeitrag auf das BIP aus. In Japan ist die konjunkturelle Schwächephase, die im Frühjahr 2004 begonnen hatte, überwunden. Im ersten Quartal 2005 expandierte die gesamtwirtschaftliche Produktion saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 5,3 %, was allerdings die konjunkturelle Grundtendenz merklich überzeichnet haben dürfte. Zur Expansion trugen allein die Aggregate der inländischen Verwendung bei, der konjunkturelle Impuls des Außenbeitrags war zum dritten Mal in Folge negativ. In der europäischen Währungsunion (EWU) hat die im zweiten Halbjahr 2004 recht verhaltene Konjunktur wieder etwas Fahrt aufgenommen; nach ersten Schätzungen von Eurostat belief sich das Wachstumstempo im ersten Quartal 2005 auf 2,0 % (laufende Jahresrate). Die inländische Verwendung blieb alles in allem schwach, lediglich der private Konsum konnte temporär etwas zulegen. Der Export enttäuschte erneut, hier fordert die vergangene starke Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner nach wie vor ihren Tribut. Da die Importe zugleich stark rückläufig waren, ging vom Außenbeitrag gleichwohl ein positiver Beitrag auf das Wirtschaftswachstum aus. Die Inflationsrate – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – pendelte im bisherigen Jahresverlauf ölpreisgetrieben um die 2-Prozentmarke; die Kerninflationsrate (Veränderung des HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) beträgt zurzeit nur 1,4 %. Die Arbeitslosigkeit ist im Euroraum bis zuletzt saisonbereinigt gestiegen, die Arbeitslosenquote betrug im April 2005 unverändert 8,9 %.

In Deutschland ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den ersten Monaten des laufenden Jahres im Vergleich zum Jahresendquartal 2004 nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts außerordentlich kräftig gestiegen. Zwar hatte man im ersten Quartal 2005 für die gesamtwirtschaftliche Produktion nach schwacher Entwicklung im Jahresendquartal 2004 – hier war das reale BIP saisonbereinigt um 0,5 %

(lfd. Jahresrate) gesunken – mit einem merklichen Zuwachs rechnen dürfen.¹ Gleichwohl dürfte die aktuelle amtliche Wachstumszahl in Höhe von 4,2 % (lfd. Jahresrate), die auf dem von der Bundesstatistik benützten Saisonbereinigungsverfahren Census X-12-ARIMA basiert, überzeichnet sein. Weit weniger kräftig fällt nämlich die aktuelle BIP-Entwicklung aus, wenn andere Saisonbereinigungsverfahren (z.B. BV4.1 oder ASA-II) eingesetzt werden. Nach diesen Verfahren ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2005 saisonbereinigt nur etwa halb so kräftig gestiegen, d.h. mit einer laufenden Jahresrate von rund 2 %.

Von der Entstehungsseite her gingen positive Impulse von der Industrieproduktion und von den Dienstleistungsbereichen aus. Das Baugewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft (einschl. Fischerei) verzeichneten hingegen nicht zuletzt aufgrund des überdurchschnittlich langen Winters merkliche Rückgänge. Auf der Verwendungsseite ist für die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion allein der außerordentlich kräftige positive Impuls des Aussenbeitrags maßgeblich (Wachstumsbeitrag: +1,6 %); die Exporte expandierten kräftig, zugleich sanken die Importe spürbar. Der negative Wachstumsbeitrag der Komponenten der inländischen Verwendung in Höhe von 0,6 % Prozentpunkten wurde dadurch mehr als ausgeglichen. Lediglich die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen) nahmen zu, die anderen Investitionssparten waren rückläufig. Auch der private Konsum, der als Konjunkturmotor bereits seit Mitte 2001 ausfällt, ging leicht zurück. Zwar wurde zum Jahresanfang die Lohn- und Einkommensteuer nochmals gesenkt, zugleich kam es aber durch die Verteuerung von Energieträgern zu merklichen Kaufkrafteinbußen.

¹ Im Jahresendquartal 2004 war die konjunkturelle Entwicklung in der amtlichen Statistik dadurch unterzeichnet worden, dass die im Dezember 2004 überdurchschnittliche Zahl von Arbeitstagen nicht in dem Maß produktionswirksam gewesen ist, wie es bei der in Deutschland üblichen arbeitstäglichen Bereinigung von Zeitreihen unterstellt wird. Allein als technische Reaktion darauf musste deshalb mit einem merklichen Anstieg der Produktion im ersten Quartal 2005 gerechnet werden. Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., Nr. 8, 2005, S. 3-57.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich bei alledem die Lage nicht gebessert. Aufgrund der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe im Rahmen der Hartz-IV-Reform ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den ersten drei Monaten zusammengenommen saisonbereinigt um 485 000 gestiegen; hierbei handelt es sich primär um ehemalige Sozialhilfeempfänger und Arbeit suchende Angehörige von ehemaligen Arbeitslosenhilfebeziehern. Zwar hat danach die Arbeitslosenzahl saisonbereinigt wieder abgenommen. Dafür war aber allein maßgeblich, dass sich die übliche Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt wegen des strengen Winterwetters stärker als sonst üblich in den April verschoben hat. Außerdem hat eine Rolle gespielt, dass ein Teil der ehemaligen Arbeitslosenhilfe-Empfänger, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld II hatten, ihre Arbeitslosmeldung nach drei Monaten wohl nicht mehr erneuerten.¹ Im Mai belief sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt auf 4,87 Mill.; die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen; nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit) betrug 11,8 %.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich in den ersten Monaten des Jahres nicht zuletzt wegen stark anziehender Energiepreise beschleunigt; gleichwohl lag im Mai 2005 die Inflationsrate im Vorjahresvergleich nur bei 1,7 %. Maßgeblich hierfür war, dass die Preiswirkungen der Gesundheitsreform und der Tabaksteuererhöhung (vom März 2004) den Vorjahresvergleich nicht mehr beeinflussen.

¹ Vgl. Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland, Monatsbericht April 2005.

Weltwirtschaft: Dynamik lässt zunächst weiter nach - Erholung 2006

Die Weltwirtschaft hat sich im Jahr 2004 mit einer Zuwachsrate von rund 5 % so kräftig entwickelt wie seit 1976 nicht mehr. Das Volumen des Welthandels nahm sogar um 10,9 % zu. Stimulierend wirkte eine weltweit außerordentlich hohe Versorgung mit Liquidität und, hierdurch wesentlich mitbestimmt, deutlich steigende Vermögenspreise. Dabei war die Entwicklung in den ost- und südostasiatischen Schwellenländern erneut weit überdurchschnittlich lebhaft. Allerdings schwächte sich die weltwirtschaftliche Expansion im Laufe des Jahres ab. Das gilt besonders für die westlichen Industrieländer, und hier insbesondere für Europa, wo sich kein selbsttragender Aufschwung entwickeln konnte. Auslöser waren vor allem die stark gestiegenen Preise für Rohöl und Industrierohstoffe, welche in den Importländern die Kaufkraft schmälerten. Ferner haben weitere Aufwertungen von Euro und Yen gegenüber dem US-Dollar die Exportkonjunktur in Japan und im Euroraum gedämpft. Und schließlich ist die Wirtschaftspolitik in den USA auf eine weniger expansive Linie eingeschwenkt.

Die Entwicklung der Preise für Rohöl und Industrierohstoffe, der Wechselkurse sowie der stark gestiegenen Preise auf den Immobilienmärkten verschiedener Länder und bei Anleihen infolge der weltweiten Liquiditätsschwemme bergen erhebliche Risiken für die Weltkonjunktur. Weitere Risiken sind insbesondere die vielfältigen und gravierenden Probleme in China (z.B. Engpässe bei der Energieversorgung und im Transportwesen, Umweltprobleme oder die hohe Verschuldung des staatseigenen Wirtschaftssektors) und in den USA (hohe Defizite im Staatshaushalt und in der Leistungsbilanz). Die Aussichten sind indes günstig, dass es ohne größere weltwirtschaftliche Friktionen zum tendenziellen Abbau einiger Fehlentwicklungen kommt. Aus fundamentaler Sicht sprechen gegen noch weiter steigende Öl- und Rohstoffpreise das zunächst langsamere weltwirtschaftlichere Wachstum und die zu erwartende Ausweitung der Fördermenge. Dadurch könnte es zu einem Abbau der spekulativen Elemente bei Öl- und Rohstoffpreisen kommen. Unter normalen Umständen sind keine Versorgungsengpässe abzusehen, auch weil die im Gefolge der Preishausse eingeleiteten Kapazitätserweiterungen spätestens 2006 das Angebot spürbar

erhöhen. So dürften die Preise im Prognosezeitraum wieder etwas zurückgehen, im Vergleich zum langjährigen Durchschnitt aber immer noch sehr hoch bleiben. Konflikte verschiedener Art in den Produktionsgebieten könnten dieses Szenario jedoch stören. Dabei bleibt die Nachfrage für Energieprodukte und Industrierohstoffe bestimmt vom rasch wachsenden Bedarf von Entwicklungs- und Schwellenländern, vor allem von China. Der Preis für Rohöl (composit indicator) – er war 2003 um 15% und 2004 um 31 % gestiegen – wird sich 2005 im Schnitt des Jahres vermutlich um ca. 25 % erhöhen und 2006 etwas sinken. Im Verlauf bedeutet dies, ausgehend vom jetzigen Höhepunkt, einen Rückgang etwa auf die Preisnotierungen vom Mai dieses Jahres. Das Barrel dürfte im Jahresmittel 2005 mit 48 US-Dollar, und 2006 mit rund 46 Dollar notieren. Für die Preise von Industrierohstoffen – im Jahresdurchschnitt verteuerten sie sich 2003 um 17 % und 2004 um 25% – wird gegenüber 2004 ein Anstieg um ca. 5 % bei sinkender Tendenz nach Überschreiten des Spitzenwertes im Frühjahr unterstellt. Im Jahr 2006 dürfte sich ein Rückgang in der Größenordnung von 5 % ergeben.

Trotz der scheinbar wachsenden chinesischen Bereitschaft, die feste Bindung des Yuan an den US-Dollar zu lockern, bleiben die Chancen einer Normalisierung des verzerrten Wechselkursgefüges und damit eines allmählichen Abbaus der Ungleichgewichte im Welthandel gering. Denn das Wann und das Wie einer Flexibilisierung will China allein bestimmen und schon gar nicht unter ausländischem Druck. Eine nennenswerte Aufwertung des Yuan ist folglich auch mit Blick auf die damit für die chinesische Wirtschaft verbundenen Probleme auf absehbare Zeit kaum zu erwarten. Die auf die Weltwirtschaft ausstrahlenden Zinsanhebungen in den USA, Großbritannien und China sowie die Einleitung einer zinspolitischen Wende in Japan dürften allmählich Luft aus den Preisblasen an den Immobilien- und Rohstoffmärkten nehmen. Das Zinsgefälle zwischen den USA und Großbritannien einerseits sowie dem Euroraum andererseits wird sich zunächst weiter vergrößern. Das stützt den Dollar. Im Jahresdurchschnitt wird hier ein Wechselkurs des Euro in einer Größenordnung von 1,20 bis 1,25 US-Dollar in diesem sowie im nächsten Jahr unterstellt, nach 1,24 im Jahre 2004.

Im Jahre 2005 verliert die Weltkonjunktur zunächst weiter an Dynamik. Insgesamt werden die wirtschaftspolitischen Anstöße schwächer, und die starke Verteuerung von Erdöl und Industrierohstoffen wirkt retardierend. Das gilt, wenn auch zeitlich versetzt und in unterschiedlichem Ausmaß, für alle Weltregionen und für alle Verwendungskomponenten. Hierauf deuten nicht nur die Produktionsentwicklung im ersten Quartal, sondern auch die Klimaindikatoren – z.B. der vom ifo Institut erhobene World Economic Survey – und die rückläufigen Frachtraten im Seeverkehr hin. Die USA und China sind nach wie vor die Motoren der weltweiten Wirtschaftsentwicklung; sie bilden aber wegen der damit verbundenen Probleme auch eine Belastung für die internationale Konjunktur. Andererseits bleibt das Wirtschaftswachstum vor allem im Euroraum flau. Erst 2006 dürfte die Weltkonjunktur bei insgesamt immer noch expansiver Wirtschaftspolitik wieder leicht aufwärts tendieren, da dann die negativen Effekte des Anstiegs der Energie- und Rohstoffpreise abklingen. Zudem nehmen die Rückflüsse der in den Exportländern von Öl- und Rohstoffen über Jahre hinweg rapide erhöhten Einnahmen in die Verbraucherländer in Form von Aufträgen stark zu – also sehr viel schneller als nach früheren Ölpreisschüben. Stabile oder gar sinkende Rohölpreise bewirken steigende Reallöhne und damit eine Belebung des privaten Konsums – eine durch die Erfahrungen nach früheren Ölpreisschüben belegte Erfahrung. Die Bruttoanlageinvestitionen werden von den meist immer noch niedrigen Zinsen, der fortgesetzt verbesserten Ertragslage der Unternehmen sowie von den optimistischeren Absatzerwartungen angeregt sowie von der Notwendigkeit, auf den immer härter werdenden internationalen Wettbewerb mit Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen und mit Produktinnovationen zu reagieren. In die Gewinnung von Erdöl und Industrierohstoffen wird sehr viel lebhafter investiert als während der letzten Jahre.

Am kräftigsten wächst die Wirtschaft nach wie vor in den ost-/südostasiatischen Schwellenländern sowie in Indien und in der Golfregion, gefolgt von Lateinamerika. In den westlichen Industrieländern (incl. EU-Beitrittsländer) sinkt die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr auf 2 ½ % (2004: 3,3 %), und dürfte im kommenden Jahr etwa eben so hoch sein (vgl. Tab. 1). Der Welthandel expandiert 2005

um 6 ½ %, und 2006 bei spürbarer Erholung im Verlauf um reichlich 7 %. Dabei beruhigt sich der Preisauftrieb im weiteren Verlauf dieses und des nächsten Jahres allmählich, vor allem weil der internationale Wettbewerb Preisüberwälzungen kaum zulässt, und der Lohnanstieg mäßig bleibt. Ohnehin hat die Hausse der Energie- und Rohstoffpreise bisher kaum auf die Kerninflation durchgeschlagen. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage wenig.

Tab. 1

**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten
in den westlichen Industrieländern**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
EU 25	39,8	2,3	1,5	2,0	2,0	1,9	1,7	9,0	8,9	8,6
Schweiz	1,2	1,7	1,0	1,5	0,8	1,2	1,0	3,9	3,8	3,8
Norwegen	0,8	2,9	2,9	2,5	0,6	1,3	2,1	4,5	4,3	4,2
West- u. Mitteleuropa	41,7	2,3	1,5	2,0	1,9	1,9	1,7	8,8	8,7	8,5
USA	39,7	4,4	3,5	3,1	2,7	3,0	2,8	5,5	5,2	4,9
Japan	15,4	2,7	1,6	2,1	0,0	0,0	0,2	4,6	4,6	4,4
Kanada	3,2	2,8	2,6	2,8	1,8	2,0	1,9	7,2	6,9	6,7
Industrieländer insg.¹	100,0	3,2	2,4	2,5	1,9	2,0	1,9	7,1	6,9	6,6

¹ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2003 in US-Dollar.

Quelle: OECD; ILO; Berechnungen des ifo Instituts; 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

USA: Verlangsamtes, aber immer noch kräftiges Wirtschaftswachstum

Das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs 2004 bei annähernd voll ausgelasteten gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten um 4,4 %. Dies war zwar der höchste Wert der letzten fünf Jahre, doch ließ die Dynamik im Verlauf nach, vor allem infolge der Kaufkraft mindernden Energieverteuerung und der weniger expansiven Wirtschaftspolitik. Letzteres gilt in erster Linie für die Finanzpolitik, ging doch das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand nach dem rasanten Anstieg der Vorjahre auf 4,4 % des BIP zurück. Die Geldpolitik wirkte hingegen nach wie vor sehr expansiv, obwohl die Zentralbank die monetären Zügel seit Juni 2004 stetig angezogen hat. Änderungen der monetären Linie zeigen erst mit einiger zeitlichen Verzögerung Wirkung. Getragen wurde die Produktionsausweitung von der inländischen

Verwendung. So ist der private Konsum mit 3,8 % sehr lebhaft gestiegen, stimuliert von steigenden realen verfügbaren Einkommen, nochmals sinkender Sparquote, sowie spürbar zunehmender Beschäftigung; die Arbeitslosenquote ist auf 5,5 % im Jahresdurchschnitt gesunken. Positiv wirkten ferner die immer noch niedrigen Zinsen, erneut kräftig gestiegene Immobilienpreise sowie höhere Aktienkurse. Eine noch dynamischere Konjunkturstütze waren die Unternehmensinvestitionen mit einer zweistelligen Zuwachsrate. Deutlich erhöhte Unternehmensgewinne, steigende Kapazitätsauslastung, verbesserte Absatz- und Ertragserwartungen, die Ende 2004 auslaufenden Sonderabschreibungen (was in der Regel Vorzieheffekte provoziert) sowie immer noch günstige Finanzierungsbedingungen waren die wichtigsten Triebfedern. Letztere und die weiter lebhaft steigenden Preise für Wohnimmobilien haben den Wohnungsbau lebhaft angeregt. Gebremst wurde die konjunkturelle Entwicklung durch den erhöhten negativen Außenbeitrag: Die Einfuhr nahm nochmals wesentlich rascher zu als der wesentlich beschleunigte Export, obwohl der effektive Wechselkurs des US-Dollar erheblich gesunken ist. Da sich zudem die Terms of Trade weiter verschlechterten, errechnete sich für die Leistungsbilanz mit 675 Mrd. US-Dollar bzw. 5,7 % des BIP ein Rekorddefizit. Die Verbraucherpreise (+ 2,7 % gegenüber 2003) sind im Verlauf vor allem infolge stark verteuerter Energie beschleunigt gestiegen. Gleiches gilt aber auch für die Kerninflationsrate, was die monetären Entscheidungen der Zentralbank wesentlich beeinflusst hat.

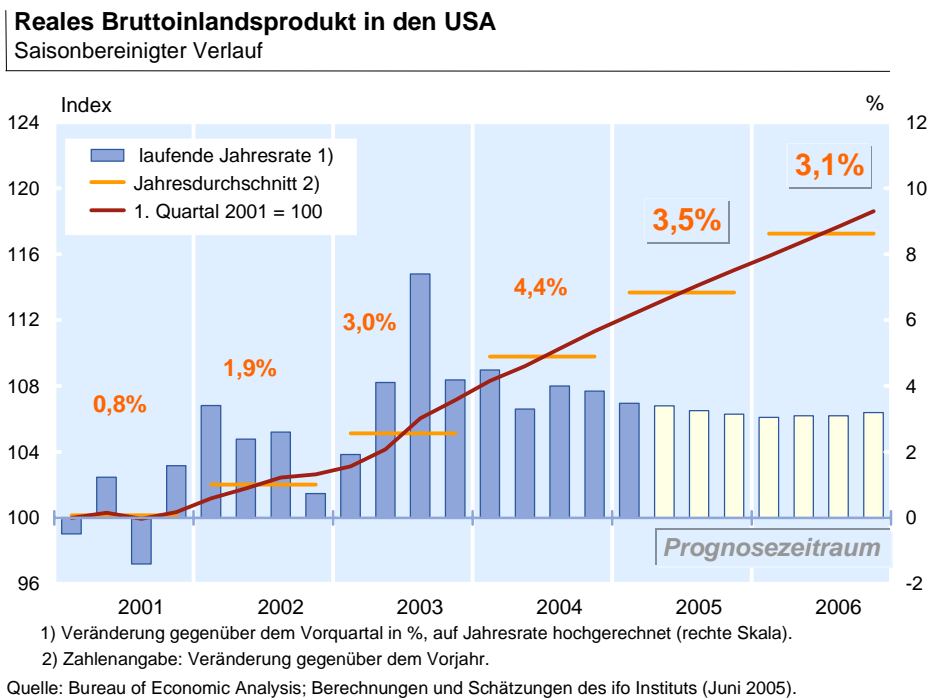
Die Wirtschaftspolitik geht bei fast geschlossener Output-Lücke allmählich die nicht nur für die US-amerikanische Wirtschaft, sondern auch für die Weltwirtschaft riskanten Probleme an. Das gilt in erster Linie für das seit Jahren bestehende „Doppel-Defizits“, also der Gleichzeitigkeit von sehr hohem Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand und sehr hohem Leistungsbilanzdefizit. Hinzu kommt die absolut und im internationalen Vergleich außerordentlich niedrige Sparquote und die sehr hohe Verschuldung der privaten Haushalte, sodass man von einem „Dreifach-Defizit“ sprechen könnte. Dies alles, sowie die seit vorigem Jahr zu beobachtende Inflationsbeschleunigung hat die Zentralbank seit Ende Juni 2004 zu einer allmählichen Straffung der monetären Zügel veranlasst. Der Schlüsselzins wurde in acht Schritten

von jeweils $\frac{1}{4}$ Prozentpunkten auf zuletzt (Anfang Mai) 3 % angehoben und es ist trotz anhaltend langsamer Abschwächung der amerikanischen Konjunktur damit zu rechnen, dass diese Linie fortgeführt wird. Ende 2005 dürfte der Leitzins 3,75 % betragen, womit die Geldpolitik auch weiter spürbar expansiv bleibt, allerdings in stetig abnehmendem Maße. Erst im Laufe von 2006 wirkt sie etwa konjunkturneutral. Das wird nicht ohne Wirkung auf die langfristigen Zinsen bleiben. Diese sind seit Mitte 2004, entgegen ihrem gewohnten zyklischen Verhalten, gefallen. Erklären lässt sich dies fast ausschließlich mit dem Rückgang der realen Komponente des Zinses. Denn die Renditedifferenz zwischen normalen und inflationsindexierten 10jährigen Staatsanleihen, welche die langfristigen Inflationserwartungen abbildet, ist nahezu konstant geblieben.

Die Finanzpolitik strebt eine mehr konsolidierungsorientierte Linie an. Es sieht aber nicht so aus, als könnte das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit im Verhältnis zum BIP schnell gesenkt werden. Die Finanzpolitik wirkt damit etwa konjunkturneutral. Zwar nehmen die Steuereinnahmen im laufenden Jahr auch infolge der 2004 stark erhöhten Unternehmensgewinne um mehr als 10 % zu. Auch sind die Steuervergünstigungen für Unternehmen Ende vorigen Jahres planmäßig ausgelaufen. Die steuerlichen Vergünstigungen für private Haushalte hat man aber verlängert. Die Aufwendungen für das Engagement im Irak und in Afghanistan steigen nochmals deutlich. Gleiches gilt für den Heimatschutz und für den Verteidigungsetat. Zudem wurde ein aufwändiges Programm für den Fernstraßenbau verabschiedet. Es wird ab 2006 budgetwirksam, wenn die Steuereinnahmen weniger lebhaft zunehmen.

Die Wirtschaftsentwicklung wird 2005 bei weniger expansiv wirkender Wirtschaftspolitik und zunächst weiter verlangsamter Weltkonjunktur, aber leicht stimuliert durch die deutliche Abwertung des US-Dollar während der Jahre 2003/2004, allmählich weiter an Dynamik verlieren. Hierfür sprechen auch die seit Monaten ungünstiger werdenden Klimaindikatoren. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um $3\frac{1}{2}$ %, also immer noch sehr lebhaft und stärker als das Produktionspotential wachsen (vgl. Abb. 3). Die konjunkturelle Verlangsamung erfasst alle großen

Abb. 3



Verwendungskomponenten. Hierauf deuten auch die Daten für das erste Quartal hin. Das gilt auch für die Investitionen, obwohl sich die Gewinne der Unternehmen zunächst noch sehr dynamisch entwickeln. Der zunächst weiter stark prosperierende, in erheblichem Maße spekulativ angeheizte Wohnungsbau dürfte als Folge weiter steigender Zinsen im späteren Verlauf des Jahres an Schwung verlieren. Die damit einhergehende und zunehmend auf eine Immobilienpreisblase zusteuernde Preishausse wird dann ebenfalls gedämpft, was die zusätzlichen Verschuldungsmöglichkeiten der Verbraucher einschränkt. Deren Konsumfreudigkeit erfährt erst allmählich einen Dämpfer, wenn die Zunahme der Beschäftigung nachlässt und die Reallöhne langsamer steigen. Da indes die Sparquote heuer nochmals – auf fast Null – sinken dürfte, ist mit einer Ausweitung des privaten Konsums etwa mit der Wachstumsrate des BIP zu rechnen. Der Außenbeitrag bleibt negativ, wenn auch etwas weniger als zuvor. Der trotz jüngst spürbar erholtem Dollarkurs im Vergleich zu den Vorjahren erheblich niedriger bewertete US-Dollar stimuliert zunächst weiter die Ausfuhr und bremst den Import. Letzterer bleibt indes weiter im Sog der kräftigen Binnennachfrage. Das Defizit der Leistungsbilanz wird sich absolut und in Relation zum BIP wohl nochmals erhöhen,

bedingt durch den für Abwertungen typischen J-Kurven-Effekt. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage noch etwas. Bei langsamer wachsender Beschäftigung geht die Arbeitslosenquote im Schnitt des Jahres auf $5\frac{1}{4}\%$ zurück. Die Konsumentenpreise dürften um ca. 3% über dem Niveau von 2004 liegen. Der während der ersten Monate registrierten Inflationsbeschleunigung folgt im weiteren Verlauf des Jahres bei wieder etwas sinkenden Ölpreisen und leichter konjunktureller Verlangsamung eine leichte Abschwächung der Teuerung.

Im Jahre 2006 setzt sich die allmähliche konjunkturelle Verlangsamung zunächst weiter fort. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte sich um rund 3 % erhöhen, was etwa dem Potentialwachstum entspricht. Die Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen verliert an Schwung. Steigende Zinsen, eine weniger günstige Ertragsentwicklung und die bis weit in das Jahr hinein nachlassender Dynamik der Nachfrage dämpfen. Die Expansion des privaten Konsums leidet bei wenig verändertem Reallohnanstieg ebenfalls unter der spürbar verteuerten Fremdfinanzierung. Langsamer steigende Hauspreise verringern den Spielraum zur Aufnahme weiterer Hypotheken. Die Sparquote wird wohl nicht mehr sinken. Auch nimmt die Beschäftigung langsamer zu; allerdings dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt noch leicht auf rund 5 % zurückgehen. Im Gegensatz zum privaten Konsum expandiert der öffentliche Verbrauch beschleunigt. Stützend wirkt auch der Außenbeitrag. Während die Einfuhr vor allem infolge der nachlassenden Binnenkonjunktur etwas an Schwung verliert, gewinnt die Ausfuhr an Tempo. Nun wirkt sich die niedrigere Bewertung des US-Dollar voll aus, und – was schwerer wiegt –, die Impulse von der Weltwirtschaft verstärken sich. Die Leistungsbilanz wird gleichwohl einen in Relation zum BIP gegenüber 2005 nur wenig verminderten Fehlbetrag ausweisen. Die Inflationsrate geht leicht zurück; im Jahresdurchschnitt dürften die Konsumentenpreise um $2\frac{3}{4}\%$ steigen.

Japan: Tal der Tränen wurde verlassen

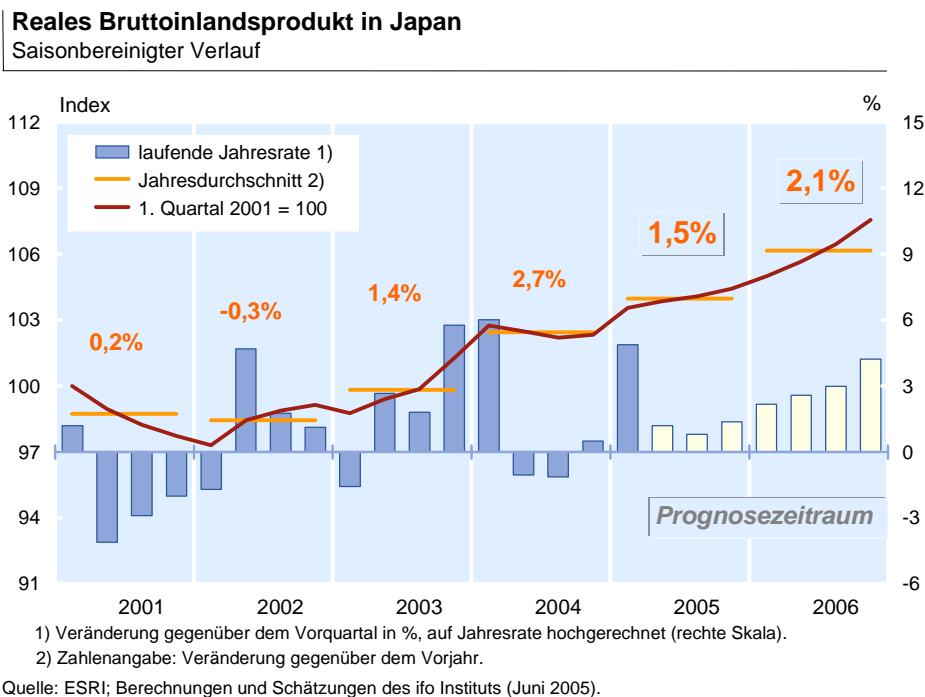
Dem starken konjunkturellen Aufschwung im Winterhalbjahr 2003/2004 und einer leichten Rezession im Sommer folgte eine schwache Erholung gegen Jahresende. Gegenüber 2003 expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,7 %, nach wie vor sehr kräftig stimuliert von der Geldpolitik und nur wenig gebremst durch die Finanzpolitik. Im Sog des stark zunehmenden Welthandels erhöhte sich die Ausfuhr am weitaus dynamischsten von allen Nachfrageaggregaten, wiewohl bei abnehmender Dynamik im Verlauf. Der Import wurde erheblich weniger rasch ausgeweitet, sodass der Wachstumsbeitrag der Außenwirtschaft und der Leistungsbilanzüberschuss (auf 3,6 % des BIP) stiegen. Konjunkturstützend wirkten auch die Bruttoanlageinvestitionen bei steigender Kapazitätsauslastung und wesentlich verbesserter Ertragslage. Der Wohnungsbau nahm mäßig zu, während die öffentlichen Investitionen eingeschränkt wurden. Der private Verbrauch hat bei leicht steigender Beschäftigung (die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt spürbar auf 4,7 %) aber erhöhter Sparquote im Verlauf des Jahres annähernd stagniert; verglichen mit 2003 ist er jedoch um 1,5% gewachsen. Die Konsumentenpreise sind erstmals seit 1998 nicht weiter gesunken, sondern verharrten auf dem Vorjahresniveau, womit das Ende der Deflation markiert sein dürfte.

Die Gesundung der japanischen Volkswirtschaft hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. So konnte der Finanzsektor den Umfang seiner Problemkredite deutlich verringern. Die Bankenkrise scheint beendet. Die Profitabilität der Unternehmen hat sich im Allgemeinen so wesentlich verbessert, dass trotz kräftiger Schuldentilgung hohe Liquiditätsreserven aufgebaut wurden. Der Reigen staatlicher Ausgabenprogramme wurde von angebotsorientierten Maßnahmen abgelöst. Verschiedene Indikatoren deuten auf ein Ende der Deflation hin. Die Immobilienpreise beginnen sich nach langer Baisse leicht zu erholen. So hat die Zentralbank denn auch schon begonnen, die geldpolitische Wende vorzubereiten. Sie will ein zeitweiliges Unterschreiten ihres Liquiditätsziels (ein Korridor von 30 bis 35 Billionen Yen für die täglich fälligen Einlagen der Finanzinstitute bei der Zentralbank) tolerieren. Die Abkehr

von der fast-Null-Zins-Politik wird sich indes nicht abrupt vollziehen, sodass die Geldpolitik auch 2006 noch deutlich expansiv wirken wird, wenn auch nicht mehr ganz so ausgeprägt wie bisher. Die Finanzpolitik dürfte auch im kommenden Jahr ihren Konsolidierungskurs weiterfahren, unter fortgesetzter Einschränkung der öffentlichen Investitionen. Das Haushaltsdefizit dürfte in diesem Jahr weiter auf 6 ½ % und 2006 auf ca. 6 % des BIP sinken, nach 7 % im vergangenen Jahr. Die 2005 rund 170 % des BIP betragende Staatsverschuldung wächst weiter.

Das Jahr 2005 hat mit einer kräftigen Produktionsausweitung begonnen; allerdings sind die vorläufigen Berechnungen wenig zuverlässig. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte bei fortgesetzter tendenzieller Aufwärtsentwicklung um 1 ½ % expandieren (vgl. Abb. 4). Hierauf deuten auch die Klimaindikatoren hin. Die Ausfuhr wächst bei wenig verändertem effektivem Wechselkurs des Yen zwar wieder stärker als die anderen großen Nachfrageaggregate. Aber die Expansionsrate bleibt, auch wegen des stark gesunkenen Überhangs zu Jahresbeginn, wesentlich hinter jener von 2004 zurück. Dämpfend wirkt die nicht mehr ganz so lebhaft Konjunktur der Hauptabsatzmärkte in Ost- und Südostasien sowie in den USA. Die Bruttoanlageinvestitionen erhöhen sich weiterhin stark – hierauf lassen auch die Resultate des jüngsten Tankan-Berichts der Zentralbank schließen –, obwohl die öffentlichen Investitionen erneut sinken. Stimulierend wirken die immer noch günstig beurteilten Absatzaussichten, die weiter spürbar verbesserte Ertragslage, sehr niedrige Zinsen, gut ausgelastete Kapazitäten, und der vielfach bestehende Nachholbedarf. Der private Verbrauch wird angeregt von der langsam aber stetig zunehmenden Beschäftigung und höheren Tariflöhnen, sowie von den mit steigenden Unternehmensgewinnen angehobenen Bonuszahlungen. Auch verringert sich die Arbeitslosenquote im Durchschnitt des Jahres auf 4 ½ %. Die Konsumentenpreise bleiben gegenüber 2004 fast unverändert.

Abb. 4



Im Jahre 2006 expandiert die gesamtwirtschaftliche Produktion etwas stärker (um rund 2 % gegenüber 2005). So liegen die Exporte im kräftigen Aufwind der Weltkonjunktur; das gilt besonders für die Lieferungen nach Asien, wohin etwa die Hälfte des gesamten Exportes geht. Aber auch die Inlandskonjunktur entwickelt sich lebhafter. So dürften die Bruttoanlageinvestitionen bei nochmals verbessertem Investitionsklima leicht beschleunigt ausgeweitet werden. Auch der Wohnungsbau nimmt zu, während die öffentlichen Investitionen erneut eingeschränkt werden. Der private Verbrauch expandiert ebenfalls etwas lebhafter bei höheren realen verfügbaren Einkommen, weiter bei 5 % liegender Sparquote und nochmals verbesserter Lage auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote dürfte auf 4 ½ % sinken, und der Ersatz regulärer Arbeitsplätze durch Kräfte mit niedrig entlohnten Zeitverträgen ist zu Ende. Die Verbraucherpreise liegen vermutlich um ¼ % über dem Niveau von 2005.

Ost- und südostasiatische Schwellenländer: Hohe, zunächst jedoch abgeschwächte konjunkturelle Dynamik

Im Jahre 2004 setzte sich die in den ost- und südostasiatischen Schwellenländern im zweiten Halbjahr 2003 begonnene und von einer deutlichen Beschäftigungszunahme begleitete sehr dynamische Wirtschaftsentwicklung fort, getragen von allen Nachfrageaggregaten; lediglich in Korea lahmte die Binnenkonjunktur. Besonders stark legte neuerlich die Ausfuhr zu. Im weiteren Verlauf haben jedoch die drastische Verteuerung von Energieträgern und Industrierohstoffen dämpfend gewirkt, sowie die verschiedentlich – etwa in China und in Taiwan – etwas weniger expansive Wirtschaftspolitik. Motor des wirtschaftlichen Wachstums der Region mit Sogwirkung auch auf Südamerika, Australien und viele andere westliche Industrieländer blieb China. Dort traten allerdings zunehmend Symptome wirtschaftlicher Überhitzung (u.a. ein kräftiger Preisanstieg) auf. Da die seit Mitte 2003 ergriffenen konjunkturdämpfenden Maßnahmen nur halbherzig waren, nahm das Wirtschaftswachstum trotz einer leichten Verlangsamung im zweiten Halbjahr um 9,5 % (2003: 9,5 %) zu. Für die ost- und südostasiatischen Schwellenländer insgesamt ergibt sich eine Expansionsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 7 ½ %. Dabei verbesserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt vielfach deutlich. Der Preisauftrieb war meist stärker als im Jahr 2003.

Die Wirtschaftspolitik stellt weiterhin auf kräftiges Wirtschaftswachstum ab; in China soll jedoch unter Beibehaltung hoher Expansionsraten die Überbeanspruchung der Ressourcen langsam abgebaut, sowie ein Platzen der in wichtigen Großstädten entstandenen Preisblasen auf den Immobilienmärkten verhindert werden. Ein wesentliches Instrument der Export- und damit der Konjunkturstimulierung ist in mehreren Ländern die feste Bindung des Wechselkurses ihrer Währungen an den US-Dollar. Da diese Fixkurspolitik eine wesentliche Ursache weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte geworden ist, sieht sich vor allem China wachsendem Druck besonders seitens der USA bezüglich einer Freigabe des Wechselkurses ausgesetzt, dem man wohl auf längere Sicht nachgeben wird, wenn auch nur allmählich. Die Exportdynamik wird von dieser Seite wohl auch 2006 nicht nennenswert gedämpft.

Im Jahre 2005 bleibt das Wirtschaftswachstum mit $6\frac{1}{2}\%$ sehr hoch, und höher als in den anderen Weltregionen. Es verliert im Verlauf nur langsam an Dynamik. Dabei ist die Entwicklung von Land zu Land unterschiedlich. Besonders in China, aber auch in Indonesien und in Malaysia ist die Produktion im ersten Quartal sehr rasch ausgeweitet worden. Andererseits lief die Konjunktur in Südkorea, Singapur, Thailand und Taiwan erheblich ungünstiger als zuvor. Am stärksten wird neuerlich der Export ausgeweitet, wenn auch mit deutlich nachlassendem Schwung. Die Bruttoanlageinvestitionen werden ebenfalls langsamer, wenn auch immer noch sehr lebhaft erhöht. Der Zufluss ausländischen Investitionskapitals bleibt hoch. Der private Verbrauch expandiert bei steigenden Realeinkommen und zunehmender Beschäftigung lebhaft. Der Preisauftrieb lässt bei nicht mehr steigenden Ölnotierungen allmählich nach.

Das Wirtschaftswachstum wird 2006 im internationalen Vergleich sehr kräftig bleiben. Es dürfte mit $6\frac{3}{4}\%$ wieder weit über den Produktionszuwächsen anderer Weltregionen liegen. Nachdem die chinesische Wirtschaft bereits 2005 stärker als die offiziell anvisierten 7% wächst, wird man neuerlich eine erheblich darüber hinaus gehende Rate erwarten können. Dies auch deshalb, weil ein Wachstum von rund 8% als das Minimum gilt, um die vielfältigen und teils schwerwiegenden Probleme unter Kontrolle zu halten, wie ganz generell seit einiger Zeit ein sehr hohes Wirtschaftswachstum die Hauptlegitimation der kommunistischen Staatspartei ist. Der Export, vor allem im interregionalen Austausch, nimmt neuerlich am raschesten zu. Aber auch die Einfuhr wird weiter sehr lebhaft ausgeweitet. Die Bruttoanlageinvestitionen bleiben kräftig im Aufwind. Unter diesen Bedingungen entwickelt sich auch der private Verbrauch recht munter. Die realen verfügbaren Einkommen expandieren kräftig und die Beschäftigung wird nochmals ausgeweitet. Die Konsumentenpreise steigen weiter verhalten.

Lateinamerika: Weniger dynamische Konjunktur

Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte 2004 um 5,8 % (nach 1,7 % 2003), und damit so stark wie seit 1980 nicht mehr. Nach vorangegangenen Krisenjahren setzte sich die Erholung in Argentinien, Venezuela und Uruguay besonders ausgeprägt fort. Mexiko profitierte jetzt vom Aufschwung in den USA. In Brasilien stützen auch die 2003 erfolgten monetären Lockerungen. Der wichtigste Impuls kam jedoch im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs von der Ausfuhr (Anstieg um rund ein Viertel) vor allem in die ost- und südasiatischen Schwellenländer. Die Lieferungen nicht nur von Industrierohstoffen, sondern auch von Agrargütern boomten. Da gleichzeitig die Weltmarktpreise für diese Produkte haussierten, verbesserten sich die Terms of Trade der meisten lateinamerikanischen Länder erheblich. Die zusammengefasste Leistungsbilanz wies einen erhöhten Überschuss aus, auch weil der Export rascher stieg als der Import, der von der binnenwirtschaftlichen Erholung kräftig stimuliert wurde. Ausfuhrboom, zunehmend verbesserte Absatzaussichten, steigende Auslastung der Kapazitäten und günstigere Ertragsentwicklung ließen die Bruttoanlageinvestitionen trotz nach wie vor hohen Zinsen deutlich steigen. Der private Konsum gewann an Schwung, angeregt durch höhere Reallöhne und allmählich zunehmende Beschäftigung. Die sich kräftigende Inlandsnachfrage sowie erheblich verteuerte Energie und Rohstoffe ließen die Verbraucherpreise zuletzt rascher steigen, obwohl der gegenüber vielen Währungen – trotz Interventionen an den Devisenmärkten – gefallene Wechselkurs des US-Dollar stabilisierend wirkte.

Von der Wirtschaftspolitik gehen in diesem Jahr keine nennenswerten Anstöße für die Konjunktur aus; 2006 könnte sich das im Vorfeld von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen ändern. Die Geldpolitik reagiert in wichtigen Ländern seit dem zweiten Halbjahr 2004 allmählich auf das Anziehen der Inflation. Die hieraus resultierenden dämpfenden Wirkungen auf die Konjunktur werden nur allmählich spürbar. Die Finanzpolitik bleibt im Allgemeinen zunächst um einen konsolidierungsorientierten Kurs bemüht. Dies auch, um das seit einiger Zeit erheblich gewachsene Vertrauen ausländischer Anleger nicht zu verlieren. Allerdings hat auch der

auf den internationalen Kapitalmärkten infolge der Liquiditätsschwemme herrschende „Anlagenotstand“ Engagements in Lateinamerika wieder attraktiver gemacht. Die Wechselkurspolitik dürfte bei sinkenden Leistungsbilanzüberschüssen zunächst auf eine Stabilisierung der Devisenkurse gegenüber dem US-Dollar abstellen, später aber wieder Abwertungen zulassen. Venezuela z.B. hat den Bolivar bereits im Frühjahr 2005 abgewertet. Strukturelle Reformen kommen weiterhin nur langsam voran.

Im Jahr 2005 ist eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums zu erwarten. Diese hat in Brasilien bereits im ersten Quartal eingesetzt. Der bei nachlassender Weltkonjunktur weniger lebhaft ausgefallene Ausfuhranstieg wird durch die Zunahme der Inlandsnachfrage nicht kompensiert, zumal auch diese verlangsamt expandiert. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte in einer Größenordnung von 4 % zunehmen, bei leicht beschleunigter Teuerung. Von den großen Aggregaten der Nachfrage weist nach wie vor der Export die größte Dynamik auf. Während die Lieferungen in die ost- und südostasiatischen Schwellenländer nicht nennenswert an Schwung verlieren, wächst der Absatz in den USA mit der dortigen konjunkturellen Abschwächung langsamer. Das gilt besonders für die vom Export in die Vereinigten Staaten extrem abhängigen zentralamerikanischen Volkswirtschaften und Mexiko, auch weil deren erst vor einigen Jahren beträchtlich ausgebaute Textilverarbeitung und andere „Maquilas“ der chinesischen und indischen Konkurrenz auf dem amerikanischen Markt nach dem Auslaufen des Welttextil- und Bekleidungsabkommens (ATC) Ende 2004 vielfach mehr gewachsen sind. Demgegenüber nimmt die Einfuhr in nur wenig abgeschwächtem Tempo zu. Da außerdem die Hausse bei den Rohstoffpreisen allmählich endet, geht das Aktivum der zusammengefassten Leistungsbilanz bei sich im Verlauf verschlechternden Terms of Trade und langsam steigenden Zinsen fast auf Null zurück. Die inländische Verwendung bleibt robust aufwärts gerichtet. Der private Konsum wird wieder von höheren Reallöhnen und zunehmender Beschäftigung stimuliert. Die Bruttoanlageinvestitionen expandieren trotz der in Abhängigkeit von den Dollar-Zinsen allmählich steigenden Finanzierungskosten deutlich. Anregend wirken günstige Absatz- und Ertragsaussichten sowie die steigende Auslastung der Kapazitäten. In einigen Ländern – vor allem in Argentinien, Brasilien und Chile – beginnen Investitionen

anzulaufen, mit denen u.a. China seine auswärtige Versorgungsbasis zu sichern sucht. In Venezuela wird dank kräftig erhöhter Einnahmen aus dem Ölexport nach jahrelanger Flaute auch im Erdölsektor wieder stärker investiert. In Mexiko leidet die Investitionstätigkeit unter Reformunwilligkeit und den üblichen Unsicherheiten im Vorfeld nahender Präsidentschaftswahlen.

Im Jahr 2006 dürfte sich das Wirtschaftswachstum – wahrscheinlich ist eine Größenordnung von $4\frac{1}{4}\%$ – wieder beschleunigen im Zuge der weltwirtschaftlichen Erholung, weiterhin relativ günstiger Finanzierungsbedingungen sowie populistischer wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Zusammenhang mit Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Das gilt vermutlich vor allem für Brasilien, wo Ende des Jahres der Bundespräsident neu gewählt wird, und der derzeitige Amtsinhaber stark an Popularität verloren und mit innenpolitischen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Überdurchschnittlich wächst wieder der Export, wobei die Bedeutung der ost- und südostasiatischen Absatzmärkte weiter steigt. Noch rascher expandiert der Import. Und da sich die Terms of Trade noch etwas verschlechtern, dürfte die zusammengefasste Leistungsbilanz ein Defizit aufweisen. Der private Verbrauch bleibt robust aufwärts gerichtet, zumal die Beschäftigung erneut ausgeweitet wird. Die Bruttoanlageinvestitionen werden trotz weiter leicht steigender Zinsen von der günstigen Inlandskonjunktur, verbesserten Erträgen und den guten Exportaussichten für Industrierohstoffe und Agrarprodukte stimuliert. Viele 2005 in Gang gekommene Investitionsvorhaben gehen in die wichtigste Phase der Realisierung. Der Preisauftrieb beschleunigt sich nicht nennenswert, und bleibt im Vergleich zu den vergangenen Jahrzehnten niedrig.

Russland: Weniger steiler Wachstumspfad

Das reale Bruttoinlandsprodukt hat 2004 mit 7,1 % etwa so stark expandiert wie im Jahr davor. Fast doppelt so rasch nahm die Ausfuhr zu, angeregt durch die weltweit sehr starke Nachfrage nach Energieträgern und Industrierohstoffen. Wesentlich schneller erhöhte sich die Einfuhr; infolge der wesentlich verbesserten Terms of Trade wies die

Leistungsbilanz einen nochmals erhöhten Überschuss aus. Die Inlandsnachfrage wurde sowohl von der Geld-, als auch von der Finanzpolitik heftig stimuliert. So sind die Bruttoanlageinvestitionen bei erheblich verbesserten Erträgen und niedrigen Realzinsen nun auch außerhalb des Rohstoffsektors deutlich gestiegen. Der private Konsum expandierte sehr lebhaft, gestützt durch hohe reale Einkommenszuwächse und zunehmende Beschäftigung. Die Teuerung auf der Verbraucherstufe war mit 11 % im Jahresdurchschnitt wesentlich geringer als in den Vorjahren, da indirekte Steuern gesenkt, und Importe durch die Aufwertung des Rubel billiger wurden.

Die Wirtschaftspolitik bleibt weiter expansiv ausgerichtet, wobei politische Gründe eine wesentliche Rolle spielen. Das gilt für Geld- und Finanzpolitik gleichermaßen; so werden trotz stark und überplanmäßig zunehmenden Staatseinnahmen dem Stabilitätsfonds zugunsten des Budgets vorschriftswidrig erheblich weniger Einnahmen aus den Erdölverkäufen zugeführt. Die Wechselkurspolitik stellt auf eine Stabilisierung des Rubelkurses ab. Seit Februar 2005 wird dieser in Abkehr von der bisherigen totalen Dollarbindung durch einen Währungskorb bestimmt, in dem das zunächst 10% betragende Gewicht des Euro laufend zu lasten des Dollar erhöht wird. Reformen kommen nur noch langsam voran. Das gilt besonders bezüglich der Rechtssicherheit, an der es vor allem auch im Steuerwesen mangelt.

Im laufenden Jahr und 2006 werden die angestrebten und in den letzten Jahren auch erreichten Zuwachsraten des realen BIP von reichlich 7 % kaum zu realisieren sein. Die Zunahme dürfte jeweils rund 5 % betragen. Im ersten Halbjahr 2005 war die gesamtwirtschaftliche Produktion spürbar langsamer ausgeweitet worden. Ursache ist die beschleunigte Verschlechterung des Außenbeitrags bei nachlassender Exportdynamik, aber annähernd gleich bleibend schwungvoller Inlandsnachfrage. Da die Reallohnzuwächse beträchtlich bleiben und die Beschäftigung weiter merklich steigt, lässt die Dynamik des privaten Verbrauchs nicht nennenswert nach, obwohl zunächst keine weitere Senkung indirekter Steuern abzusehen ist. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften nur schwach expandieren, obwohl der Nachholbedarf nach wie vor sehr groß ist, der Staat seine Investitionen kräftig ausweitet und im

Rohstoffsektor lebhaft investiert wird. Aber im Nichtrohstoffsektor leidet das Investitionsklima unter dem hohen Rubelkurs sowie unter der anhaltenden, durch die Krise um den Erdölkonzern Yukos ausgelösten Unsicherheit. Fraglich ist indes, ob auch die Auslandsinvestitionen angesichts der diesen gegenüber ambivalenten Haltung der Regierung stärker in Schwung kommen. Einerseits bleibt letztere an diesen weiter interessiert, andererseits sollen weite Bereiche der russischen Wirtschaft ausländischem Einfluss ganz oder zumindest weitestgehend entzogen bleiben – wie u.a. die vorjährigen Geschehnisse um den Erdölkonzern Yukos sowie die Steuernachforderungen gegenüber einigen Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen zeigen. Vorerst zumindest dürfte der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen eher mäßig und hinter den Kapitalabflüssen aus Russland zurück bleiben. Die Konsumentenpreise dürften in einer Größenordnung von 12 % steigen. Bestimmend für die anhaltend hohe Inflation sind die starke Inlandsnachfrage, das Wirken von Monopolen und Kartellen, der hohe Lohnkostendruck, und die geringere Verbilligung der Importe. Auch sind zumindest in diesem Jahr keine weiteren Senkungen indirekter Steuern abzusehen.

Euroraum: Konjunkturelle Erholung 2006

Im Jahre 2004 setzte sich die wesentlich von der Ausfuhr getragene konjunkturelle Erholung bis zur Jahresmitte fort. Anschließend wuchs die Wirtschaft trotz leicht beschleunigter Binnenkonjunktur spürbar langsamer, da der Export stark an Schwung verlor, wesentlich bedingt durch die Aufwertung des Euro. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte um 2,1 %, wobei die Geldpolitik deutlich expansiv und die Finanzpolitik etwa konjunkturneutral wirkten. Von Land zu Land haben die Veränderungsdaten erheblich differiert. Die kleinsten Wachstumsraten wiesen Portugal und Italien auf. Deutschland lag weiter unter dem Durchschnitt. Demgegenüber war das Wirtschaftswachstum in Irland, Griechenland (Olympiade), Finnland und Belgien besonders kräftig.

Die Ausfuhr nahm am weitaus stärksten zu (6,3 % nach 0,4 % im Jahr 2003). Die Einfuhr expandierte nicht ganz so dynamisch, sodass ein geringer positiver

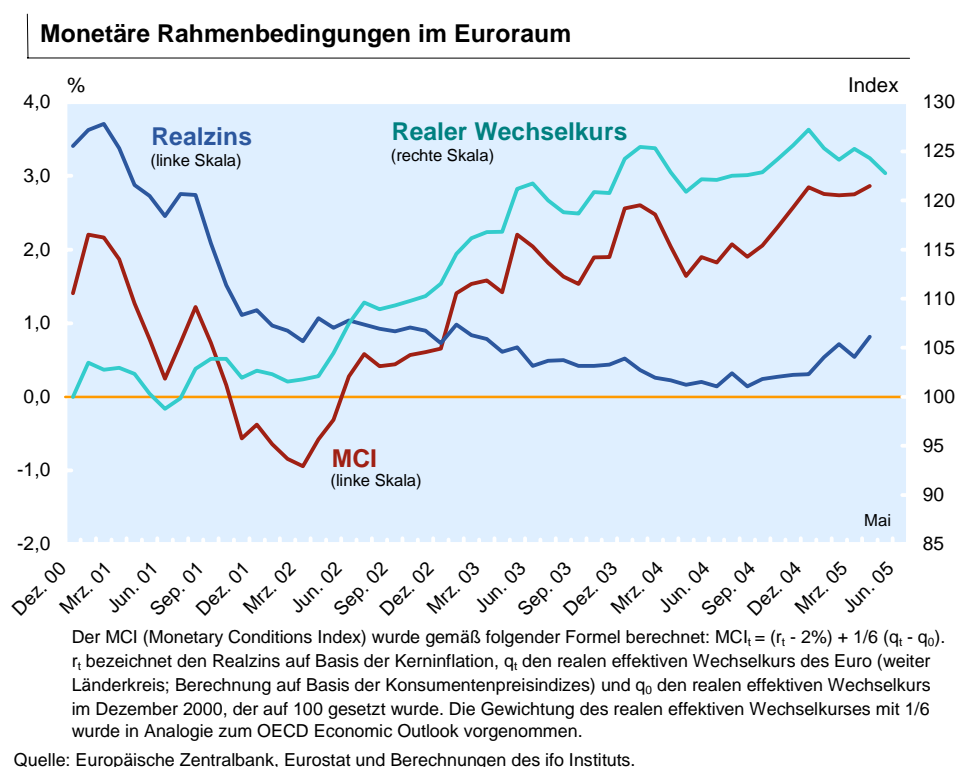
Außenbeitrag und ein Leistungsbilanzüberschuss von 0,6 % des BIP (wie 2003) resultierten. Die Erholung der Bruttoanlageinvestitionen (+ 2,1 %) setzte sich fort. Das galt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen, gestützt von anhaltend niedrigen Zinsen, verbesserter unternehmerischer Ertragslage und weiter erhöhter Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie (sie entsprach am Ende des Jahres dem langfristigen Durchschnitt). Aber auch die Bauinvestitionen stiegen, wiewohl nur schwach. Die öffentlichen Investitionen wurden überdurchschnittlich ausgeweitet, während der Wohnungsbau nochmals zurückging. Der private Konsum expandierte etwa im vorjährigen langsamen Tempo. Gebremst haben die anhaltend ungünstige Lage auf dem Arbeitsmarkt (die Beschäftigung stieg nur um 0,6 %, und die Arbeitslosenquote lag mit 8,8 % sogar geringfügig höher als 2003) und der durch starke Energieverteuerungen nur noch sehr schwache Reallohnanstieg. Die Konsumentenpreise (HVPI) sind nach annähernder Stabilität im Sommerhalbjahr wieder beschleunigt gestiegen, obwohl die weitere deutliche Aufwertung des Euro die starke Verteuerung von Erdöl und Rohstoffimporten dämpfte. Im Jahresdurchschnitt erhöhten sie sich wie 2003 um 2,1 %, wobei wieder vielfach indirekte Steuern, Gebühren, Abgaben und administrierte Preise heraufgesetzt worden waren.

Die Wirtschaftspolitik dürfte im laufenden Jahr und 2006 insgesamt leicht expansiv auf die Konjunktur wirken. Dabei stützt die Geldpolitik weiterhin deutlich, während die Finanzpolitik annähernd neutral bleibt. Die Lohnpolitik lässt angesichts des schleppenden Wirtschaftswachstum und der hohen Arbeitslosigkeit bis weit in das kommende Jahr hinein eine weiterhin langsame Zunahme der Arbeitsentgelte erwarten.

Bei ihrer jüngsten Sitzung bestätigte die Europäische Zentralbank ihren nun schon seit zwei Jahren andauernden expansiven Kurs und beließ den maßgeblichen Leitzins bei 2 %. Die durchschnittliche Rendite 10-jähriger Staatsanleihen im Euroraum fiel im Mai auf einen historischen Tiefstand von 3,3 %. Durch den Rückgang der aktuellen Inflationsrate auf 2,0 % und insbesondere der Kerninflationsrate auf 1,3 % (April) stieg zwar der Realzins am kurzen Ende der Zinsstruktur leicht an; am langen Ende aber fiel er unter der Annahme unveränderter langfristiger Inflationserwartungen (1,9 %) im

selben Maße wie die Nominalzinsen. Damit blieb die Geldpolitik deutlich expansiv, unterstützt durch die Entwicklung des Euro, der nach seinem Hoch im Dezember letzten Jahres bis Mai etwa 5 % gegenüber dem US-Dollar an Wert verlor; real effektiv (gegenüber 42 Handelspartnern, auf Konsumentenpreisbasis) betrug die Abwertung bis April 2 %. Insgesamt blieben somit die monetären Rahmenbedingungen, die die Entwicklung des realen Wechselkurses und des kurzfristigen Realzinses zusammenfassen, seit Jahresanfang unverändert (vgl. Abb. 5). Die expansive Zinspolitik erklärt auch die reichliche Ausstattung des Euroraums mit Liquidität. Seit nunmehr Mitte 2001 wächst die Geldmenge M3 mit Wachstumsraten, die über dem Referenzwert der Europäischen Zentralbank von 4,5 % liegt.

Abb. 5



Die Europäische Zentralbank dürfte im Prognosezeitraum den Leitzins weiterhin bei 2 % belassen. Zwar machte sie wiederholt deutlich, dass eine hohe Liquiditätsausstattung potentiell mit Risiken für die Preisstabilität verbunden ist, doch sind bislang Anzeichen für eine mittelfristige Verfehlung ihres Inflationsziels von unter, aber nahe 2 % p.a. nicht erkennbar. Im Gegenteil, Expertenumfragen zu den

Inflationserwartungen (vgl. Tab. 2) sowie die Inflationsprognosen der EZB (1,5%) deuten darauf hin, dass es 2006 zu einer Unterschreitung des Inflationsziels kommen wird (vgl. Abb. 6).

Tab. 2

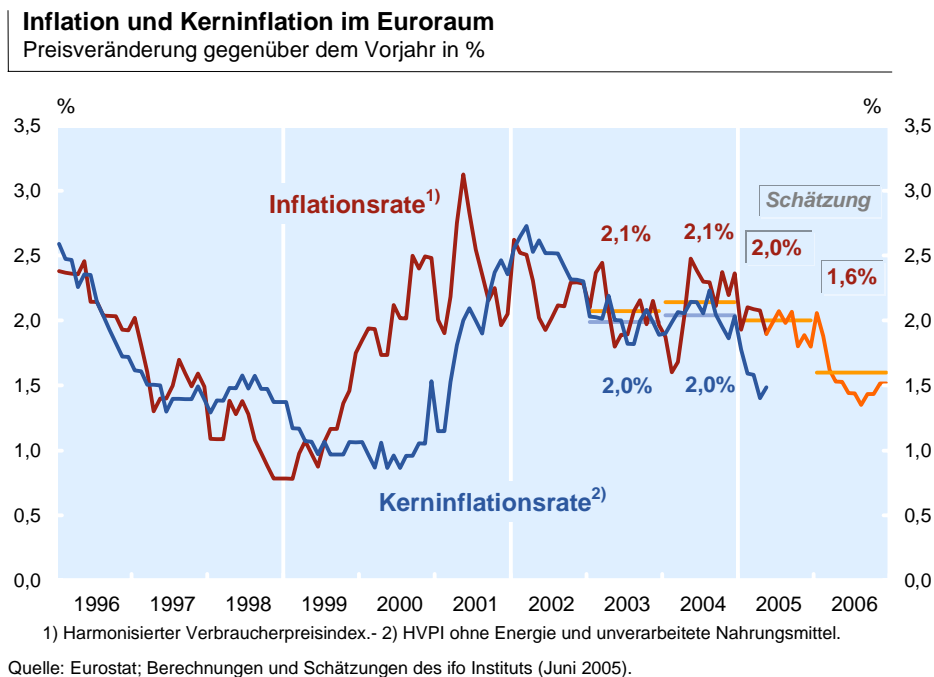
Inflationserwartungen für das Jahr 2006 aus Umfragen

	Datum der Veröffentlichung	2006
Consensus Economics	Mai 2005	1,7%
Survey of Professional Forecasters	Mai 2005	1,8%
Umfrage des „Economist“	Mai 2005	1,6%

Quelle: Consensus Forecasts, EZB, The Economist.

Unter der Annahme, dass sich der Ölpreis allmählich wieder auf ein Niveau von unter US-Dollar pro Barrel zurückbildet, dominiert im weiteren Verlauf das mäßige Wachstum in der Euroraum, das bis Mitte 2006 noch unter seinem langfristigen Trend liegen dürfte.

Abb. 6

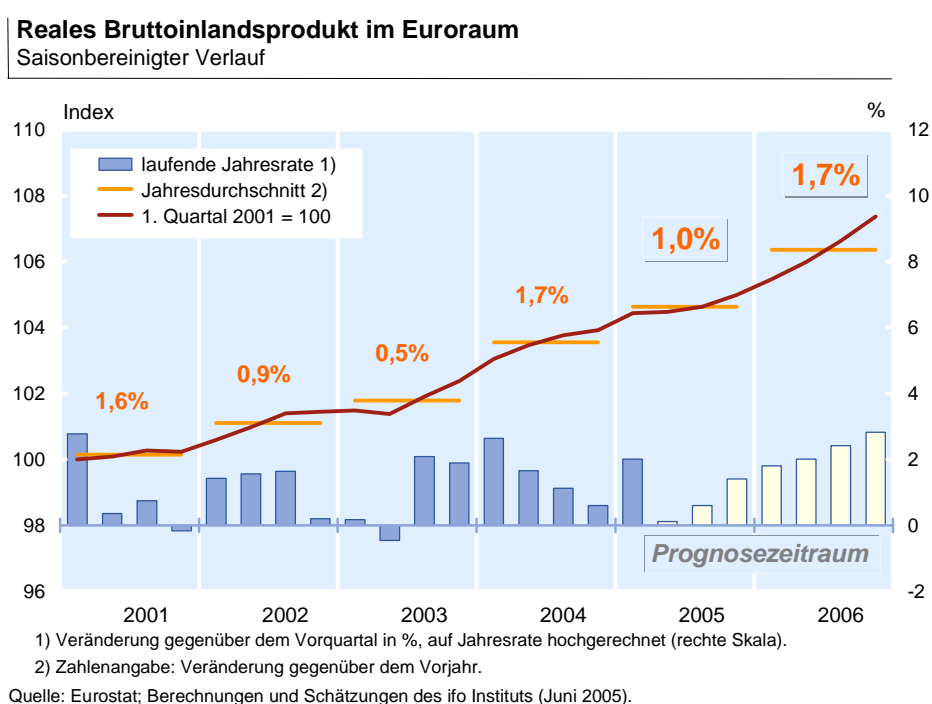


Die Finanzpolitik hält gemäß den Verlautbarungen von Regierungsseite grundsätzlich an der Konsolidierungsorientierung fest, wobei man vor allem auf nur moderat steigende Ausgaben abstellt. Es werden aber weiterhin vielfach indirekte Steuern, Gebühren, Abgaben und administrierte Preise heraufgesetzt, auch um Einkommen- und Unternehmenssteuersenkungen zu finanzieren. Die Staatshaushalte basieren allerdings fast alle auf zu optimistischen Annahmen bezüglich des Wirtschaftswachstums. Und es ist fraglich, ob die geplanten Haushaltssalden eingehalten werden können – das gilt angesichts politisch schwieriger Situationen vor allem für Deutschland und Italien und mit Sicherheit für Portugal, wo ein drohender Fehlbetrag von fast 7 % in Relation zum BIP bereits restriktive Maßnahmen ausgelöst hat. Die für Haushaltsdefizite im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegte Obergrenze von 3 % des BIP wird neuerlich von Deutschland, Frankreich und Griechenland überschritten. Hinzu kommen in diesem Jahr und 2006 Italien und Portugal. Lediglich Finnland wird noch Überschüsse ausweisen. Für den Euroraum zeichnen sich bei insgesamt etwa konjunkturalneutral wirkender Finanzpolitik heuer und 2006 Fehlbeträge von annähernd 3 % bzw. $2\frac{3}{4}$ % im Verhältnis zum BIP ab, nach 2,7 % im Jahre 2004.

Die Nominallöhne dürften 2005 wieder um etwas mehr als 2%, und 2006 um $2\frac{1}{2}$ % steigen. Nennenswert höhere Werte nach oben werden sich wieder für Finnland, Griechenland, Irland und Spanien ergeben. „Zweitrundeneffekte“, also Kompensationszahlungen für die unvorhergesehene rasche Verteuerung von Energie zeichnen sich bis her weder in den Flächentarifverträgen, noch bei betrieblichen Vereinbarungen ab. Wenn stärkere Anhebungen verlangt werden, dann unter Hinweis auf die sehr gute Gewinnlage einzelner Branchen (etwa bei der Stahlindustrie). Die Reallöhne werden folglich zumindest bis in den Sommer 2006 hinein weiter nur sehr langsam steigen. Lohnentwicklungen analog zu den von „Ölpreisexplosionen“ geprägten siebziger Jahren sind nicht abzusehen. Damals existierte fast überall eine Lohn-Preis-Indexierung, Geld- und Finanzpolitik wirkten stark expansiv, und die Position der Gewerkschaften war sehr viel stärker. Doch bereits bei den Ölpreisschüben 1999 und 2000 wurde nicht mit zusätzlichen Lohnaufbesserungen auf die Veränderungen der relativen Preise reagiert. In Belgien, dem einzigen durchindexierten

Land Europas, sind u.a. Mineralölprodukte nicht in dem für die Lohnentwicklung maßgeblichen Index enthalten. Außerdem stehen der durch die Globalisierung geförderte scharfe internationale Preiswettbewerb einer inflationistischen Lohnentwicklung entgegen. Und schließlich rangiert bei den Beschäftigten mittlerweile die Sicherung der Arbeitsplätze – sie wird oft genug auf Betriebsebene mit Lohneinbußen erkaufte – vor Lohnerhöhungen.

Abb. 7



Im Jahre 2005 expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt vermutlich um rund 1 % (vgl. Abb. 7). Das Wirtschaftswachstum differiert nach wie vor von Land zu Land beträchtlich. Am stärksten wird das Wachstum in Irland, Finnland und Spanien sein, während es in Portugal sehr gering ausfallen wird, und Italien noch tiefer in die Rezession rutschen dürfte. Im Verlauf schwächt sich die Konjunktur nach einem überraschend günstigen ersten Quartal (Zunahme des BIP mit einer Jahresrate von 2 % gegenüber dem vierten Quartal 2004) tendenziell bis in die zweite Jahreshälfte hinein spürbar ab, obwohl die Wirtschaftspolitik insgesamt weiter stimuliert und der Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro nach dem Erreichen des bisherigen

Höchststandes von 1,34 US-Dollar im Dezember 2004 deutlich auf zuletzt 1,22 US-Dollar gesunken ist. Hierfür sprechen auch die seit vergangenem Herbst bis zuletzt deutlich verschlechterten Klimaindikatoren, deren Entwicklung allerdings auch vom ungünstigen politischen und sozialen Umfeld geprägt wird. Zudem ist die Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie im zweiten Quartal weiter gesunken, und lag mit 80,9 % unter dem langfristigen Durchschnitt (82,1 %). Entscheidend bleibt das schwache Wachstum der inländischen Verwendung. So dürfte der private Konsum weiter sehr verhalten ausgeweitet werden. Die Reallöhne erhöhen sich schwach, nehmen im Verlauf jedoch infolge der nachlassenden Teuerung etwas zu. Die Sparquote steigt trotz der sehr niedrigen Zinsen erneut, bedingt durch abzusehende Einschnitte in soziale Netze und die Unsicherheit der Arbeitsplätze. Denn auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage nicht; die Beschäftigung wird etwa so langsam ausgeweitet wie bisher (die Zunahme betrifft fast ausschließlich Teilzeitarbeitsplätze), und die Arbeitslosenquote verharrt im Jahresdurchschnitt bei $8 \frac{3}{4}$ %. Die Bruttoanlageinvestitionen dürften kaum rascher als im Vorjahr expandieren. Dabei werden die Ausrüstungsinvestitionen unter dem Druck der fortschreitenden Globalisierung wieder überdurchschnittlich zulegen, stimuliert von niedrigen Zinsen, weiter steigenden Gewinnen, und der fortgesetzten Restrukturierung der Unternehmen. Zudem kommt die Konsolidierung der Unternehmensbilanzen (auch im Finanzsektor) weiter voran. Die Auslagerung von Produktionen in Drittländer geht weiter, wenn auch nicht in dem vor der EU-Osterweiterung befürchteten Umfang. Die Baukonjunktur verläuft weiter schleppend und ist wesentlich dadurch geprägt, dass die deutsche Bauwirtschaft immer noch nicht aus der seit dem Jahr 1995 dauernden Rezession herauskommt. Vielfach expandiert der Wohnungsbau jedoch recht lebhaft. Die Ausfuhr bleibt die wesentliche Stütze der Konjunktur, obwohl sich der Anstieg im Zuge des verlangsamten weltwirtschaftlichen Wachstums zunächst weiter abschwächt. Dabei gewinnt der Absatz in den Ölexportländern an Gewicht. Denn deren Importe reagieren auf die durch die jüngsten Ölpreisschübe erlangten zusätzlichen Einnahmen nun sehr viel schneller als das in den siebziger und achtziger Jahren der Fall gewesen war. Außerdem haben sich mit dem Beitritt der mitteleuropäischen Länder Handelsumlenkungen zugunsten der übrigen EU-Länder ergeben, die jetzt voll zum

Tragen kommen. Die Einfuhr nimmt etwas schwächer zu als der Export. Die Leistungsbilanz weist neuerlich einen Überschuss aus. Bei leicht sinkenden Energiepreisen, sehr geringem Kostendruck bei den Unternehmen und globalisierungsbedingt anhaltend scharfem Wettbewerb verlangsamt sich der Preisauftrieb leicht. Hierauf lässt auch die Entwicklung der Erzeugerpreise schließen. Dies, obwohl weiter verschiedentlich indirekte Steuern, administrierte Preise, Gebühren und Abgaben erhöht werden. Im Jahresdurchschnitt dürften die Konsumentenpreise (HVPI) um etwa 2 % steigen.

Im Jahr 2006 ist mit einer allmählichen konjunkturellen Erholung zu rechnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 1 ¾ % expandieren. Die Wirtschaftspolitik, besonders die Geldpolitik, wirkt insgesamt weiter expansiv. Und die, wiewohl im Ganzen immer noch unzureichenden, Fortschritte beim strukturellen Wandel verbessern die Standortqualität weiter. Die kräftigsten Impulse kommen von der Ausfuhr, vor allem getragen von der weltwirtschaftlichen Erholung. Hinzu addiert sich eine weitere Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, wozu die nur wenig steigenden Arbeitskosten wesentlich beitragen. Besonders lebhaft nehmen die Lieferungen in die asiatischen Schwellenländer (also einschließlich der Golfregion und Indiens), aber auch nach Mittel- und Osteuropa zu. Da die Einfuhr etwas weniger lebhaft als der Export ausgeweitet wird, resultieren ein steigender positiver Außenbeitrag und ein neuerlicher Überschuss der Leistungsbilanz. Die Zunahme der Bruttoanlageinvestitionen beschleunigt sich. Das gilt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen. Die Bauinvestitionen gewinnen hingegen nur wenig an Schwung. Der öffentliche Bau leidet nach wie vor unter finanzpolitischen Restriktionen. Beim industriell-gewerblichen Bau wirken vielfach hohe Leerstände retardierend. Und beim Wohnungsneubau dämpfen hohe Bau- und Landpreise, das vielfach knappe Bauland, sowie demographische Faktoren; die relativ gut laufenden Investitionen in Erhaltung, Renovierung, Aus- und Umbau haben bereits ein größeres Gewicht als der Neubau. Zudem ist die Baurezession in Deutschland noch nicht zu Ende. Der private Verbrauch nimmt bei etwas stärker steigenden Arbeitseinkommen und wieder verlangsamer Teuerung etwas lebhafter zu. Zur Aufhellung des Konsumklimas trägt auch eine ansatzweise Entspannung auf dem

Arbeitsmarkt bei; die Arbeitslosenquote könnte im Jahresdurchschnitt auf 8 ½ % sinken. Die Verbraucherpreise (HVPI) dürften, weiter etwas verlangsamt, im Jahresmittel um 1 ½ % steigen. Das Durchwirken des Öl- und Rohstoffpreisschubs ist dann abgeschlossen, die Arbeitskosten erhöhen sich wenig, der Wettbewerb bleibt ausgeprägt, Deregulierung und Liberalisierung machen weitere Fortschritte und es ist nicht damit zu rechnen, dass mehr als bisher indirekte Steuern, administrierte Preise, Gebühren und Abgaben erhöht werden.

Neue EU-Mitgliedsländer: Weiter kräftiges Wirtschaftswachstum

Im Jahre 2004 setzte sich in den EU-Beitrittsländern das im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern deutlich überdurchschnittliche Wirtschaftswachstum fort. Mit 5,1 % lag die Rate auch spürbar höher als 2003 (3,7 %). Da mit dem EU-Beitritt am 1. Mai 2004 die EU-Außenzölle eingeführt und Mehrwertsteuersätze erhöht wurden kam es in erheblichem Maße zu Vorziehkäufen. Dies, und die lahmende Konjunktur in Westeuropa führten zu einer konjunkturellen Verlangsamung ab der Jahresmitte. Die interregionalen Disparitäten nahmen weiter ab. Der Aufschwung wurde hauptsächlich von der inländischen Verwendung getragen. Die Bruttoanlageinvestitionen gewannen erheblich an Schwung. Das galt vor allem für die Ausrüstungsinvestitionen, auch weil sich ausländisches Kapital verstärkt engagierte. Die Auslastung der schnell expandierenden Kapazitäten stieg, die Absatz- und Ertragserwartungen verbesserten sich bis in den Sommer hinein, die Finanzierungsmöglichkeiten blieben günstig, und der Modernisierungsbedarf war auf vielen Gebieten immer noch beträchtlich. Der private Verbrauch wurde weiterhin spürbar ausgeweitet, gestützt durch steigende Reallöhne und langsam zunehmende Beschäftigung. Der Export entwickelte sich wiederum sehr dynamisch, obwohl die Währungen nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern verschiedentlich auch gegenüber dem Euro aufwerteten. Die besonders rasch zunehmenden Lieferungen nach Asien sowie innerhalb der Region bildeten einen Ausgleich für die im zweiten Halbjahr deutlich verlangsamt wachsende Ausfuhr nach Westeuropa. Noch stärker wurde der Import ausgeweitet. Das zusammengefasste Defizit der Leistungsbilanz war neuerlich sehr hoch; die Spanne der Fehlbeträge reicht

von 0,7 % in Relation zum BIP (Slowenien) bis zu 12,9 % (Estland). Die Finanzierung war weiterhin durch Kapitalzuflüsse im Zusammenhang mit Direktinvestitionen gewährleistet. Auf dem Arbeitsmarkt besserte sich die Lage vor allem infolge der anhaltend raschen Produktivitätsfortschritte nach wie vor nur langsam. Die Arbeitslosenquote ist leicht auf 14,1 % gesunken. Der Preisauftrieb beschleunigte sich zunächst deutlich als Folge von Energieverteuerung, Anhebungen administrierter Preise und EU-Beitritt. Er ließ jedoch im zweiten Halbjahr nach, auch weil Nahrungsmittel billiger wurden. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Verbraucherpreise um 4,3 % (2003: 2,1 %).

Die Wirtschaftspolitik gibt der Konjunktur weiterhin Anregungen. Ein Abbau der vor allem in den größeren Ländern im Verhältnis zum BIP sehr hohen Finanzierungsdefizite der öffentlichen Hand wird kaum nennenswert vorankommen, auch weil die Möglichkeiten zur Privatisierung öffentlichen Eigentums allmählich erschöpft sind. Die Löhne steigen weiterhin stark. Die Geldpolitik wird in den großen Ländern seit einiger Zeit gelockert, auch um die zuvor spekulationsbedingt überhöhten Wechselkurse zu normalisieren und die internationale preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern.. Die Wechselkurspolitik bleibt in den größeren Volkswirtschaften ein wichtiges wirtschaftspolitisches Instrument, da sie es mit dem Beitritt zum Euroraum nicht eilig haben. Anders verhält es sich mit Estland, Lettland Litauen, Malta, Slowenien und Zypern, die seit 28. Juni 2004 bzw. 1. Mai 2005 dem Wechselkursmechanismus II (WKM II) – neben dem Euroraum und Dänemark – angehören, und den Euro baldmöglichst bei sich einführen wollen.

Die konjunkturelle Dynamik bleibt 2005 breit basiert, verliert jedoch infolge nachlassender Ausfuhrdynamik bis weit ins Jahr hinein etwas an Schwung. Denn in Westeuropa, dem mit weitem Abstand wichtigsten Absatzmarkt, ist die gesamtwirtschaftliche Produktion nur schwach aufwärts gerichtet, und die Hausse der Energie- und Rohstoffpreise wirkt kaufkraftmindernd. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 4 ¼ % zunehmen. Die Bruttoanlageinvestitionen werden weiter deutlich expandieren, da das gute Investitionsklima – großer Modernisierungsbedarf, günstige

Finanzierungsbedingungen, optimistische Absatz- und Ertragserwartungen, erhebliche Anziehungskraft auf ausländische Investoren – erhalten bleibt. Wiederum überdurchschnittlich werden die Ausrüstungsinvestitionen ausgeweitet. Die Verlagerung von Produktion hauptsächlich aus Westeuropa hält an, scheint sich aber nicht zu beschleunigen. Bei den Bauinvestitionen lassen die Resultate von Unternehmensbefragungen auf einen etwas rascheren Anstieg schließen. Der private Konsum dürfte etwa im vorjährigen Tempo zunehmen, gestützt durch steigende Realeinkommen und wachsende Beschäftigung. Annähernd unverändert wird auch der Staatsverbrauch ausgeweitet. Die Ausfuhr nimmt bei verschiedentlich sinkenden Wechselkursen nach wie vor kräftig zu, trotz der schleppenden Konjunktur in Westeuropa. Auch der Import expandiert infolge der dynamischen Binnennachfrage sehr lebhaft, sodass kaum mit einem Abbau des zusammengefassten Leistungsbilanzdefizits zu rechnen ist. Auf dem Arbeitsmarkt kommt die Verbesserung der Lage weiter zügig voran. Die Arbeitslosenquote sinkt auf 13 ¼ % im Jahresdurchschnitt. Der Preisanstieg auf der Verbraucherstufe dürfte mit etwa 3 % niedriger liegen als 2004, da die im Vorjahr preistreibenden Sonderfaktoren entfallen.

Im Jahre 2006 nimmt das reale Bruttoinlandsprodukt, nach wie vor gestützt von der Wirtschaftspolitik in einer Größenordnung von 4 ½ % zu. Im Verlauf bedeutet das eine allmähliche konjunkturelle Beschleunigung. Diese erfasst alle großen Komponenten auf der Nachfrageseite. Das gilt in erster Linie für die Ausfuhr. Sie gewinnt im Zuge der weltweiten Konjunkturerholung, vor allem dank der verbesserten Wirtschaftslage in Westeuropa an Schwung, zumal sich die in wichtigen Ländern erfolgten Wechselkursanpassungen nun voll auswirken. Da auch der Import sehr lebhaft expandiert, bleibt das zusammengefasste Defizit der Leistungsbilanz hoch. Die Bruttoanlageinvestitionen werden sehr dynamisch ausgeweitet, auch weil die öffentlichen Investitionen verschiedentlich mit Blick auf Parlamentswahlen spürbar erhöht werden. Überdurchschnittlich wird erneut in Maschinen und Ausrüstungen investiert. Schwerpunkte bleiben Rationalisierung und Ersatz veralteter Anlagen, so dass zwar weiter erhebliche Produktivitätsgewinne verzeichnet, aber nur schleppend neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Verschiedentlich kommt es, wie das Beispiel

Ungarn zeigt, wieder zu Abwanderungen lohn- und arbeitsintensiver Fertigungen nach Asien. Im Allgemeinen bestimmen jedoch weiterhin deutlich stimulierende Elemente das Investitionsklima. Hinzu kommt, dass die als Folge des Beitritts zur EU vielfach geäußerten Befürchtungen hinsichtlich der weiteren Entwicklung in den ländlichen Gebieten nicht eingetreten sind. Vielmehr entfalten sich nun die aus Liberalisierung und EU-Zahlungen inzwischen resultierende positiven ökonomischen und psychologischen Wirkungen. Der private Verbrauch tendiert ziemlich stetig aufwärts, da die Reallöhne weiter steigen und die Beschäftigung erneut nur schwach ausgeweitet wird. Bei weiter zügig verbesserter Arbeitsmarktlage geht die Arbeitslosenquote auf 12 $\frac{3}{4}$ % im Jahresdurchschnitt zurück; die Abwanderung auch qualifizierter Kräfte – sie sind verschiedentlich bereits knapp geworden – hält an, während die legale und illegale Ausländerbeschäftigung weiter zunimmt. Die Konsumentenpreise steigen im Schnitt des Jahres erneut um rund 3 %.

Übriges Westeuropa: Auftriebskräfte lassen etwas nach

Das Wirtschaftswachstum festigte sich während des ersten Halbjahrs 2004 auf ziemlich breiter Basis. Anregend wirkten der weltwirtschaftliche Aufschwung, der die Ausfuhr kräftig stimulierte, sowie die Wirtschaftspolitik. Anschließend begann der Schwung jedoch nachzulassen; Ausnahmen bilden Dänemark und Norwegen, wo die Produktion insbesondere von Konsumgütern sogar beschleunigt zunahm, sowie andererseits die Schweiz, wo die gesamtwirtschaftliche Erzeugung im Verlauf des zweiten Halbjahrs sogar annähernd stagnierte. Die generelle Abschwächung resultierte vor allem aus dem kaufkraftmindernden Ölpreisschub, der seit November 2003 laufenden monetären Straffung in Großbritannien (das hierdurch deutlich langsamere Wachsen der Preisblase auf dem Wohnungsmarkt bremste die Zunahme der Hypothekenkredite, und damit den privaten Konsum) sowie der neuerlichen kräftigen Abwertung des US-Dollar im vierten Quartal. Die Arbeitsmarktlage veränderte sich gegenüber 2003 nicht wesentlich, und blieb im Vergleich zum Euroraum günstig; in Großbritannien und Norwegen waren verschiedentlich Arbeitskräfte knapp. Während die Arbeitslosenquote in Dänemark und Großbritannien sank, stieg sie in Schweden und in der Schweiz, und blieben in

Norwegen konstant. Auf der Verbraucherstufe beschleunigte sich der Preisanstieg nach einer Stabilisierungsphase im Sommerhalbjahr wieder, als Folge stark steigender Erdölpreise. Meist wurden keine indexrelevanten Gebühren und administrierten Preise erhöht.

Von der Wirtschaftspolitik gehen in diesem und im kommenden Jahr schwächere Anregungen aus als bisher, wobei keine weiteren nennenswerten Wechselkursveränderungen gegenüber dem US-Dollar unterstellt werden. Zwar wirkt die Geldpolitik in den meisten Ländern weiter expansiv, wenn auch weniger als bisher. Dänemark, dessen Währung über den Wechselkursverbund II eng an den Euro gebunden ist, aber auch die Schweiz richten ihre Zinspolitik weitgehend an jener der EZB aus. Schweden scheint in die gleiche Richtung zu tendieren, und in Norwegen ist eine Straffung der geldpolitischen Zügel erst 2006 denkbar, falls die heuer knapp an den Kapazitätsgrenzen arbeitende Volkswirtschaft dann zur Überhitzung neigen sollte. In Großbritannien wirken allein schon die bisherigen Leitzinsanhebungen bis ins kommende Jahr hinein dämpfend. Das weitere geldpolitische Vorgehen ist eine Gratwanderung zwischen der Notwendigkeit, den Druck in der Preisblase auf dem Wohnungsmarkt allmählich zu verringern, aber eine deutliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage sowie eine Baisse am Immobilienmarkt wegen der sehr hohen Hypothekenverschuldung der privaten Haushalte bei überwiegend dünner Kapitaldecke zu vermeiden. Die Finanzpolitik dürfte heuer und 2006 annähernd neutral ausgerichtet sein. Ersteres gilt zumindest für Dänemark und die Schweiz, wo der konsolidierungsorientierte Kurs fortgesetzt wird. Norwegen und Schweden liegen auf der gleichen Linie, doch dürfte diese etwas gelockert werden. In Großbritannien ist eine nur leicht Mäßigung der bisherigen deutlich expansiven Linie wahrscheinlich.

Das Wirtschaftswachstum hat im ersten Halbjahr 2005 spürbar an Dynamik verloren, und die Klimaindikatoren lassen auf eine Fortsetzung dieser Tendenz zumindest bis zum Herbst schließen. Der Ausfuhranstieg wird von der weniger lebhaften weltwirtschaftlichen Expansion – vor allem aber von der lahmen Konjunktur im Euroraum –, der vorangegangenen Abwertung des US-Dollar, sowie vom Durchwirken

des Erdöl- und Rohstoffpreisschocks gedämpft, bevor es gegen Ende des Jahres zu einer Stabilisierung oder gar ansatzweise zu einer Wende zum Besseren kommt. Allerdings nehmen die Lieferungen nach Mittel- und Osteuropa sowie in die Golfregion weiter sehr lebhaft zu. Auch die Inlandsnachfrage expandiert weniger dynamisch. In Großbritannien hat der Schwung bereits deutlich nachgelassen. Auf den privaten Konsum wirken vor allem der Zinsanstieg sowie die seit einigen Monaten sinkenden Hauspreise retardierend. Die Bruttoanlageinvestitionen werden nach wie vor hauptsächlich von den öffentlichen Infrastrukturinvestitionen und den Investitionen des Dienstleistungssektors getragen. Im Wohnungsbau beginnt die gute Konjunktur abzuflauen. In Norwegen, Schweden und der Schweiz bleibt dieses Aggregat hingegen eine wichtige Stütze der Konjunktur. Auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert sich die Situation kaum. Der Auftrieb der Verbraucherpreise verlangsamt sich im weiteren Verlauf des Jahres allmählich.

Im Jahr 2006 erholt sich die Konjunktur langsam wieder, auch weil dann die retardierenden Auswirkungen der Erdöl-/Rohstoffhaussse allmählich abklingen. Die Ausfuhr zieht spürbar an, da der Absatz im Euroraum allmählich an Schwung gewinnt, und die Lieferungen nach Asien und Mittel-/Osteuropa an Tempo gewinnen. Die verbesserte Exportkonjunktur und anhaltend günstige Finanzierungsbedingungen stimulieren im weiteren Jahresverlauf die Ausrüstungsinvestitionen. In den skandinavischen Ländern und in der Schweiz wird der Wohnungsbau spürbar ausgeweitet. Dort dürfte der private Verbrauch merklich zunehmen, da Beschäftigung und Reallöhne etwas rascher aufwärts tendieren. In Großbritannien dürfte hingegen die Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen von der nachlassenden Wohnbaukonjunktur sowie der langsameren Ausweitung des privaten Verbrauchs bis weit in das Jahr hinein gedämpft werden.

Tab. 3

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der EU

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise ¹			Arbeitslosenquote ²		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
Deutschland	21,8	1,6	0,8	1,2	1,8	1,7	1,5	9,5	9,8	9,5
Frankreich	16,0	2,3	1,4	1,9	2,3	1,8	1,7	9,7	9,8	9,5
Italien	13,3	1,2	-0,5	1,0	2,3	2,0	2,0	8,0	8,2	8,0
Spanien	7,6	3,1	2,9	3,1	3,1	3,1	2,9	10,9	9,8	9,5
Niederlande	4,7	1,4	0,4	1,3	1,4	1,2	-2,2	4,6	5,1	4,9
Belgien	2,7	2,9	1,4	2,2	1,9	2,3	1,9	7,8	8,1	8,0
Österreich	2,3	2,0	1,9	2,2	2,0	2,3	1,9	4,5	4,6	4,5
Griechenland	1,6	4,2	2,7	2,5	3,0	3,3	3,3	10,5	10,1	10,1
Finnland	1,5	3,7	2,3	3,2	0,1	1,1	1,3	8,9	8,6	8,2
Irland	1,4	5,4	3,9	4,4	2,3	2,0	2,0	4,5	4,2	4,0
Portugal	1,3	1,0	0,1	0,8	2,5	2,5	2,1	6,7	7,3	7,4
Luxemburg	0,2	4,5	3,0	4,0	3,2	3,0	2,5	4,2	4,6	4,4
Euroraum³	74,5	2,0	1,0	1,7	2,1	2,0	1,6	8,8	8,8	8,6
Großbritannien	16,3	3,1	2,4	2,3	1,3	1,7	1,8	4,6	4,8	4,9
Schweden	2,7	3,6	2,6	2,9	1,0	0,9	1,4	6,3	6,5	6,3
Dänemark	1,9	2,4	2,0	2,3	0,9	1,3	1,5	5,4	5,0	5,0
EU 15³	95,5	2,2	1,4	1,9	1,9	1,9	1,6	8,0	8,0	7,9
Polen	1,9	5,3	4,0	4,4	3,6	2,7	2,5	18,8	17,8	17,1
Tschechien	0,8	4,0	3,8	3,8	2,6	1,6	2,3	8,3	8,1	7,9
Ungarn	0,8	4,1	3,5	3,7	6,8	3,7	3,9	5,9	6,3	6,2
Slowakei	0,3	5,5	4,8	5,0	7,4	2,9	2,8	18,0	15,3	17,0
Slowenien	0,3	4,6	3,5	3,7	3,6	2,9	2,5	6,0	5,8	5,5
Litauen	0,2	6,7	5,9	5,9	1,1	2,8	2,5	10,8	8,0	6,5
Zypern	0,1	3,8	3,4	3,8	1,9	2,8	2,6	5,0	5,4	5,2
Lettland	0,1	8,5	6,9	7,0	6,2	5,9	4,7	9,8	9,2	8,5
Estland	0,1	6,2	5,8	6,0	3,0	3,6	3,1	9,2	7,8	7,3
Malta	0,0	1,0	1,6	1,8	2,7	2,3	2,1	7,3	6,9	6,7
Neue EU-Mitgliedsländer	4,5	5,1	4,2	4,4	4,2	2,9	2,9	14,1	13,2	12,8
EU 25³	100,0	2,3	1,5	2,0	2,0	1,9	1,7	9,0	8,9	8,6
<i>nachrichtlich:</i>										
Exportgewichtet ⁴	100,0	2,7	1,8	2,3	2,3	2,0	1,6	-	-	-

1 Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – 2 Standardisiert. – 3 Summe der aufgeführten Länder.

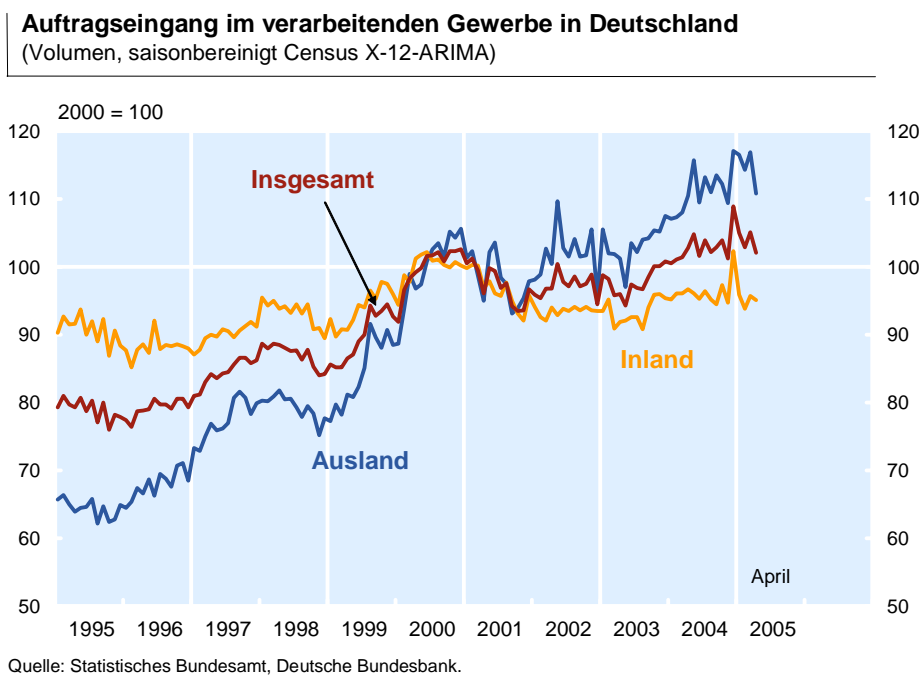
Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2003 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2003. – 4 Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2003.

Quelle: EUROSTAT; Berechnungen des ifo Instituts; 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

Deutschland: Wachstumsschwäche hält an

Nach relativ gutem Start zu Jahresbeginn ist die Konjunktur in Deutschland im Frühjahr 2005 wieder ins Stocken geraten; die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte im zweiten Quartal saisonbereinigt sogar leicht gesunken sein. Für diese Einschätzung spricht die ungünstige Entwicklung wichtiger Frühindikatoren: So ist der Auftragseingang in der Industrie im April im Vergleich zum März saisonbereinigt um 2,6 % gesunken ist. Besonders kräftig war der Einbruch der Bestelltätigkeit aus dem Ausland (-4,6 %); parallel dazu ist die deutsche Ausfuhr im April saisonbereinigt zurückgegangen. Aber auch die Auftragseingänge aus dem Inland haben um 0,5 % abgenommen (vgl. Abb. 8).

Abb. 8

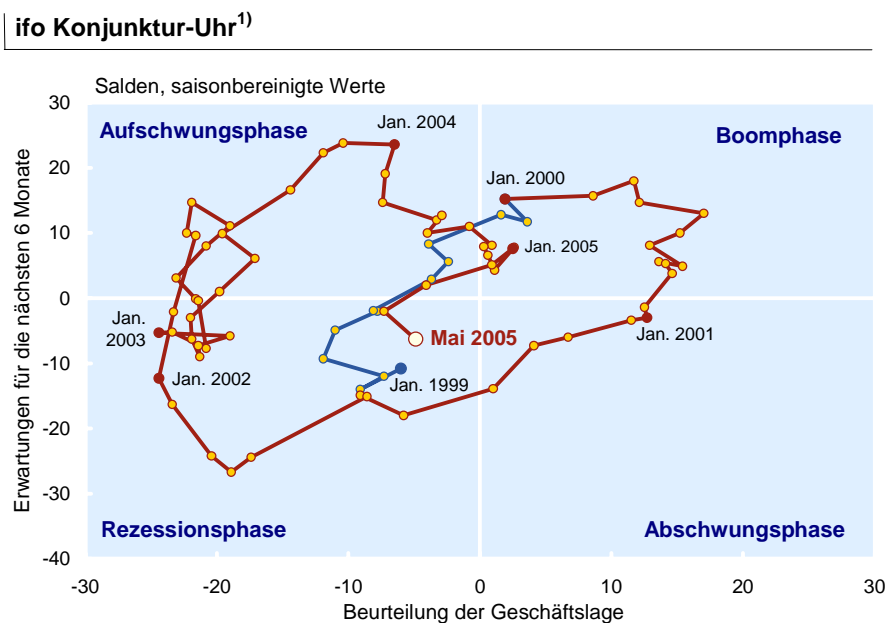


Die Industrieproduktion konnte zwar im April gegenüber dem Vormonat saisonbereinigt etwas zulegen, das Durchschnittsniveau des ersten Quartals wurde damit nur minimal überschritten. Im etwas weniger volatilen Zweimonatsvergleich (März und April gegenüber Januar und Februar) nahm die Produktion sogar um 0,4 % ab. Bei den Herstellern von Vorleistungsgütern nahm die Fertigung um 2,2 % ab, bei den

Konsumgüterproduzenten um 1,1 %. Lediglich die Hersteller von Investitionsgütern verzeichneten ein Plus (+1,9). Was die Ergebnisse des ifo Konjunkturtests anbetrifft, so hat sich das Klima in der Industrie¹ im Mai zum fünften Mal in Folge eingetrübt. Erneut bewerteten die befragten Unternehmen ihre Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate skeptischer als im Vormonat; die Urteile zur aktuellen Lage besserten sich dagegen leicht (vgl. Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen). Mit Produktionseinschränkungen wurde im Mai häufiger als in den Vormonaten gerechnet; der Optimismus für das Exportgeschäft ließ nach.

Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

Abb. 9



Das ifo Geschäftsklima² ist der Mittelwert aus den Komponenten „Geschäftslage“ und „Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate“. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem 4-Quadranten-Schema dargestellt werden („ifo Konjunktur-Uhr“). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der

¹ Einschließlich Ernährungsgewerbe.

² Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = [(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht

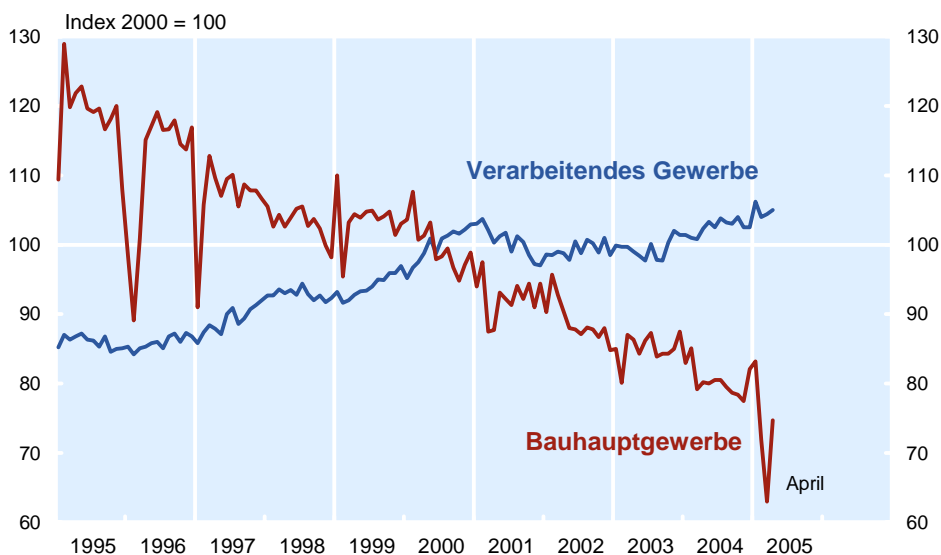
befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen „gut“ bzw. „schlecht“) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen „günstiger“ bzw. „ungünstiger“). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 9).

Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per Saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungsphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungsphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus.

Im Bauhauptgewerbe war im Zweimonatsvergleich (März und April gegenüber Januar und Februar 2005) ein Rückgang von 11,2 % zu registrieren; hier ist die Produktion im April nicht in dem Ausmaß gestiegen, in dem sie zuvor aufgrund des strengen Winterwetters gesunken war (vgl. Abb. 10).

Abb. 10

Produktion im verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)

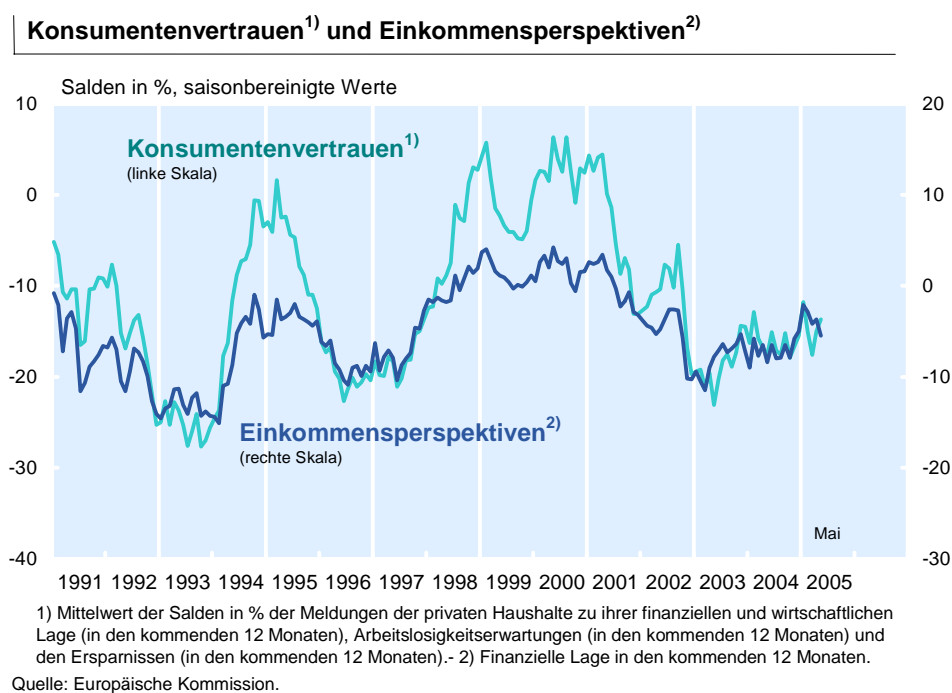


Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

Im Einzelhandel, für den aufgrund der Umstellung auf einen neuen Berichtsfirmenkreis derzeit keine amtlichen saisonbereinigten Angaben zur Verfügung stehen, dürften die

Umsätze real zuletzt sogar erneut zurückgegangen sein; Konsumentenvertrauen und Einkommensperspektiven haben sich im Vergleich zum vergangenen Jahr nur wenig gebessert (vgl. Abb. 11).

Abb. 11



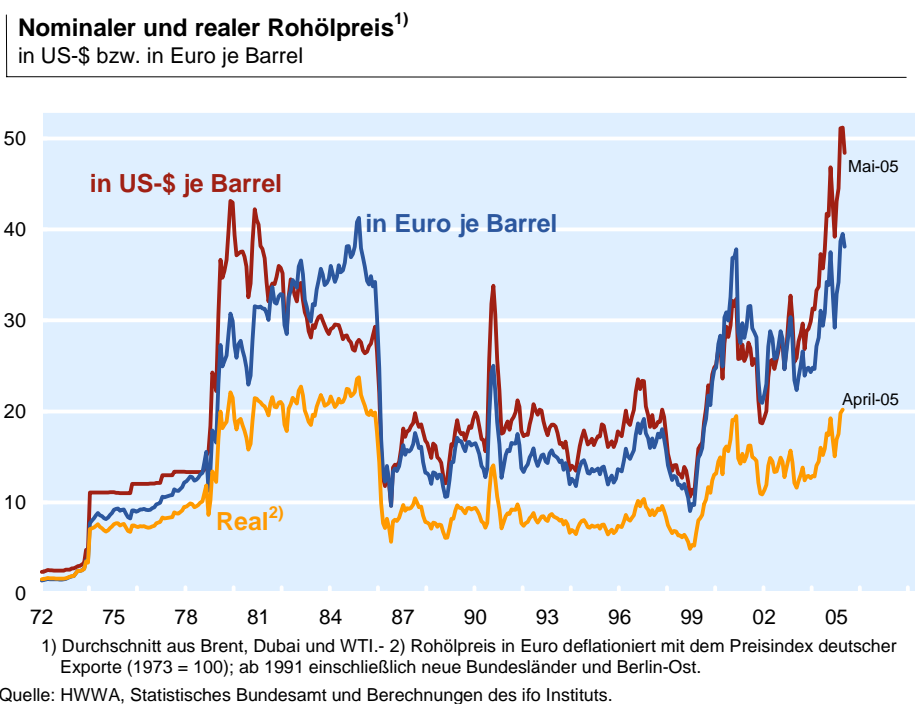
Alles in allem zeigt sich, dass die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte in Deutschland immer noch fast vollständig fehlen. Nach wie vor kommt die gesamtwirtschaftliche Produktion sofort aus dem Tritt, sobald vom Ausland geringere Impulse ausgehen. Für die deutsche Wirtschaft ist eine fundamentale Wachstumsschwäche zu diagnostizieren; das Produktionspotential steigt derzeit nur um 1 %, das ist halb so hoch wie im restlichen Euroraum.¹

Das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2005 dürfte gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nicht zuletzt aufgrund der ölpreisbedingten Terms-of-

¹ Vgl. Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., Nr. 8, 2005, S. 3-57.

Trade-Verluste nur um 0,8 % gestiegen sein. Zwar hat in Euro gerechnet der Ölpreis nicht so stark angezogen wie auf US-Dollarbasis (vgl. Abb. 12), der Kaufkraftentzug ist gleichwohl beträchtlich. Auch im Jahresdurchschnitt 2005 ist das Wirtschaftswachstum auf 0,8 % zu veranschlagen, nach 1,6 % im Jahr 2004 (vgl. Abb. 13). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es in diesem Jahr weniger Arbeitstage als 2004 gibt. Die Tempohalbierung ist deshalb den Ursprungswerten nach überzeichnet.¹ Die konjunkturelle Grundtendenz sollte von daher besser an der Entwicklung der kalenderbereinigten Produktion gemessen werden. Diese nimmt in beiden Jahren mit etwa gleicher Rate zu, nämlich um rund 1 %.

Abb. 12

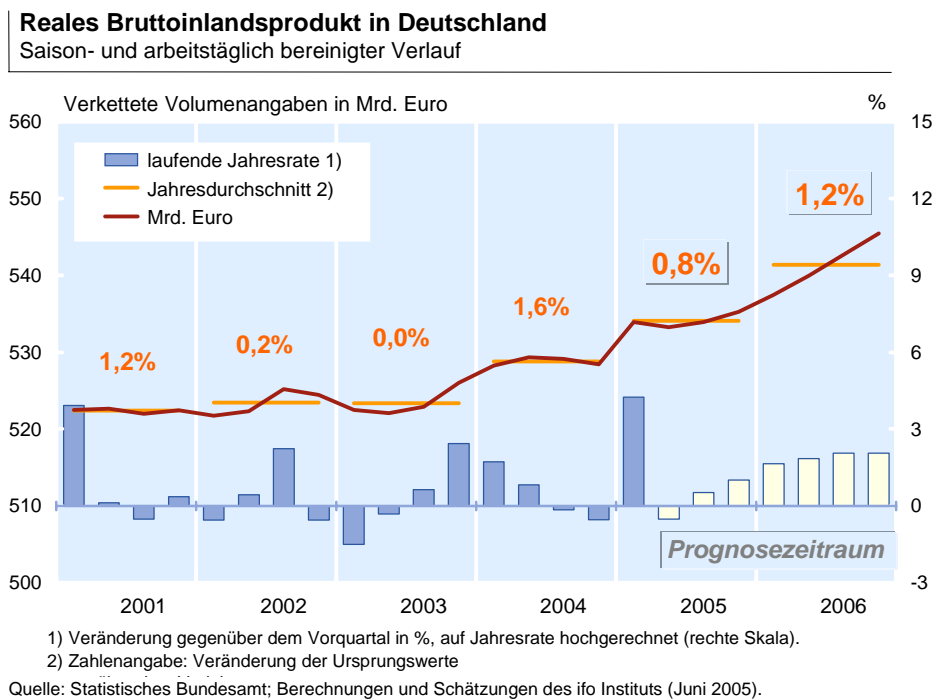


Im nächsten Jahr dürfte sich das Expansionstempo der gesamtwirtschaftlichen Produktion – parallel zur Besserung der Weltkonjunktur – wieder leicht beschleunigen;

¹ Das Jahr 2004 wies eine besondere Kalenderkonstellation auf. So fielen vier mindestens regional geltende Feiertage auf einen Sonntag (Mariä Himmelfahrt, 3. Oktober, Reformationstag und 26. Dezember), zwei weitere (1. Mai und 25. Dezember) auf einen Samstag, hinzu kam der Schalttag. Dies hatte zur Folge, dass im Vergleich zum langjährigen Mittel überdurchschnittlich viele Arbeitstage zur Verfügung standen.

die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts dürfte sich dann auf 1,2 % belaufen (kalenderbereinigt: +1,4 %). Damit wird – im Gegensatz zu laufendem Jahr – die gesamtwirtschaftliche Auslastung der Produktionskapazitäten wieder zunehmen.

Abb. 13



Aufgrund der langsameren Gangart der Konjunktur in vielen Abnehmerstaaten werden sich die Exporte im Prognosezeitraum zunächst verhalten entwickeln, im späteren Verlauf aber aufgrund des sich aufhellenden internationalen Umfelds wieder kräftiger steigen. Alles in allem ist die Ausfuhr weiterhin das Zugpferd der deutschen Konjunktur. Demgegenüber dürfte sich die äußerst schwache Binnenkonjunktur erst im nächsten Jahr etwas beleben. Die Inflationsrate dürfte trotz des jüngsten Ölpreisschubs im Durchschnitt des Prognosezeitraums unter der 2-Prozentmarke liegen. Der Arbeitsmarkt bleibt bei alledem das große Sorgenkind.

Die hier vorgelegte Prognose für Deutschland basiert auf den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nach der großen Revision durch das Statistische Bundesamt (vgl. Kasten: Zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005). Hier wurde

Tab. 4

**Eckdaten der Prognose
für die Bundesrepublik Deutschland**

	2003	2004	2005 (1)	2006 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	0,3	-0,1	0,2	0,7
Konsumausgaben des Staates	-0,4	-0,7	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	-1,7	-0,5	-0,1	0,6
Ausrüstungen	-0,2	2,3	3,1	3,3
Bauten	-3,3	-2,6	-2,8	-1,8
Sonstige Anlagen	3,6	1,0	2,9	3,9
Inländische Verwendung	0,7	0,5	0,5	0,7
Exporte	1,8	9,0	4,6	6,5
Importe	4,2	6,7	4,4	6,0
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,0	1,6	0,8	1,2
Erwerbstätige ^{b)} (1000 Personen)	38722	38860	39049	39320
Arbeitslose (1000 Personen)	4377	4381	4860	4755
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	10,2	10,2	11,1	10,8
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	1,6	1,8	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)} - in Mrd. EUR	-81,4	-80,1	-75,8	-69,7
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,8	-3,6	-3,4	-3,1
Erlaubter Finanzierungssaldo (in Mrd. Euro) ^{g)}	-64,9	-66,2	-67,0	-68,5
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,7	2,0	1,0	1,7
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{h)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,1	2,0	1,6
1) Prognose des ifo Instituts.- a) Preisbereinigte Angaben.- b) Inlandskonzept.- c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept).- d) Verbraucherpreisindex (VPI).- e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das BIP in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen.- f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).- g) Nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt.- h) HVPI-EWU (1996=100).				

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

insbesondere bei der Berechnung realer Aggregate die Methode der Vorjahrespreisbasis eingeführt; das bisherige Festpreisverfahren wurde aufgegeben. Der Wechsel hat erhebliche Konsequenzen für die Konjunkturdiagnose und -prognose. Aufgrund des zeitnahen Gewichtungsschemas erhält die Analyse nominaler Größen einen höheren Stellenwert, die Nichtadditivität preisbereinigter Ergebnisse erfordert zum Teil neue Rechengänge (z.B. bei der Berechnung von Wachstumsbeiträgen). Gänzlich neue Wege

müssen schließlich bei der disaggregierten Schätzung des preisbereinigten BIP über seine Komponenten beschriftet werden, auf der die hier vorgelegte Prognose beruht.¹

Kasten: Annahmen der Prognose

- Der Welthandel expandiert im Jahr 2005 um 6 ½ % und im nächsten Jahr um 7 ½ %, nach 10 ½ % im vergangenen Jahr.
- Der Ölpreis liegt im Jahresdurchschnitt 2005 bei 48 US-Dollar pro Barrel, im Jahr 2006 beträgt er im Mittel 46 US-Dollar.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt im Prognosezeitraum in einer Spanne von 1,20 bis 1,25.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) belässt die Leitzinsen bis Ende 2006 auf dem gegenwärtigen Niveau. Die Kapitalmarktzinsen ziehen im Laufe des Prognosezeitraums etwas an.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis in beiden Jahren um rund 1 ½ %.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet; Rechtsstand für alle in der Prognose berücksichtigten Maßnahmen ist der 22. Juni. 2005.

Kasten: Zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005

Am 28. April hat das Statistische Bundesamt die Ergebnisse der neuen umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) veröffentlicht. Im Folgenden werden die wichtigsten Neuerungen vorgestellt.²

Einführung der Vorjahrespreisbasis

In den deutschen VGR wird die *kurzfristige* Entwicklung realer Volumina nunmehr in Vorjahrespreisen (*Vorjahrespreisbasis*) dargestellt. Die *längerfristige* Entwicklung, bezogen auf ein Ausgangsjahr (*Referenzjahr*), wird durch *Verkettung* der jährlichen Volumenänderungen berechnet. Bei der bisherigen Volumenrechnung wurde das reale BIP in Preisen eines festen *Basisjahrs* nachgewiesen (*Festpreisbasis*). Das

¹ Vgl. hierzu im einzelnen W. Nierhaus, Zur Einführung der Vorjahrespreisbasis in der deutschen Statistik: Konsequenzen für die Konjunkturanalyse, in: ifo Schnelldienst, 58. Jg., Nr. 5, 2005, S. 19-27,

² A. Braakmann u.a., Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004, in: Wirtschaft und Statistik, 5/2005, S. 425-462 sowie Statistisches Bundesamt, Sitzung des Fachausschusses Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen am 26. November 2003, Tagungsunterlagen.

Preisbasisjahr wurde in der Regel alle fünf Jahre geändert, um zwischenzeitlichen Verschiebungen der Preisrelationen Rechnung zu tragen. Der diskretionäre Modus führte allerdings immer wieder auch zu mehr oder weniger großen Korrekturen der „Historie“ realer Aggregate, was nunmehr durch die von Jahr zu Jahr wechselnde Preisbasis automatisch vermieden wird. Allerdings sind reale Ergebnisse auf Vorjahrespreisbasis nicht mehr *additiv*, d.h. das preisbereinigte BIP kann nicht über die Aggregation der einzelnen preisbereinigten BIP-Komponenten (Konsum, Investitionen usw.) errechnet werden. Im Allgemeinen entsteht ein Residuum (=Differenz zwischen dem direkt ermittelten verketteten BIP und der Summe der verketteten BIP-Komponenten). Nur im Referenzjahr und im darauf folgenden Jahr sind die Residuen Null. Weitere Probleme ergeben sich für Saldengrößen wie den Außenbeitrag oder die Vorratsveränderungen. Diese können preisbereinigt nur noch in Form von Wachstumsbeiträgen (zum BIP) dargestellt werden. Für die Quartalsrechnung, für die es unterschiedliche Verfahren zur Konstruktion preisbereinigter Aggregate gibt, wurde in der deutschen Statistik die Methode des *Annual Overlap* ausgewählt. Der Vorteil dieser Methode liegt darin, dass die Summe der Vierteljahresergebnisse mit den Jahresergebnissen übereinstimmt (*additive Konsistenz*).¹

Neue Verbuchung der Bankdienstleistungen

Im Rahmen der VGR-Revision 2005 wurde die Berechnung und Verbuchung der Bankenproduktion neu geregelt. Die „Unterstellte Bankgebühr“ (nunmehr *FISIM: Finanzserviceleistungen, indirekt gemessen*), die bisher in gleicher Höhe sowohl dem Produktionswert als auch den Vorleistungen zugerechnet wurde (und damit ohne Einfluss auf die Höhe und Entwicklung von Inlandsprodukt und Nationaleinkommen blieb), wird jetzt auf die Verwender aufgeteilt. Soweit die Bankdienstleistungen dem Konsum der privaten Haushalte oder des Staates zugerechnet werden, erhöht sich daraus das Inlandsprodukt bzw. das Nationaleinkommen. Soweit die Bankdienstleistungen von produzierenden Wirtschaftseinheiten verbraucht werden, stellen sie weiterhin Vorleistungen dar.

Stärkere Berücksichtigung von Qualitätsänderungen (hedonische Preismessung)

Die hedonische Preismessung hat sich international als geeignetes Verfahren der Qualitätsanpassung in verschiedenen Produktbereichen durchgesetzt. Sie wird vor allem bei der Preismessung und Qualitätsbestimmung von Gütern angewendet, bei denen ein rascher Wechsel der Produktmerkmale zu beobachten ist, wie beispielsweise bei Computern, Haushaltsgeräten oder Bekleidung, oder aber bei Gütern, die den Charakter von Unikaten haben (z.B. Häuser). Durch den verstärkten Einsatz von hedonischen Preisindizes in den VGR verläuft die reale Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen jetzt dynamischer als bisher, weil bei gegebenen nominalen Umsätzen der Deflator

¹ Zu den technischen Einzelheiten des Konzepts der Vorjahrespreisbasis siehe W. Nierhaus, Zur Einführung der Vorjahrespreisbasis in der deutschen Statistik: Besonderheiten der Quartalsrechnung, in: ifo Schnelldienst, 57. Jg., Nr. 15, 2004, S. 14-21 sowie W. Nierhaus, Wirtschaftswachstum in den VGR. Zur Einführung der Vorjahrespreisbasis in der deutschen Statistik, in: ifo Schnelldienst, 57. Jg., Nr. 5, 2004, S. 28-34.

durch die verbesserte Erfassung von Qualitätsänderungen weniger stark steigt bzw. noch kräftiger sinkt. Dies erhöht auch die Wachstumsrate des realen BIP, sofern es sich um Ausgaben für Güter aus heimischer Produktion handelt.

Einbau neuer Basisstatistiken

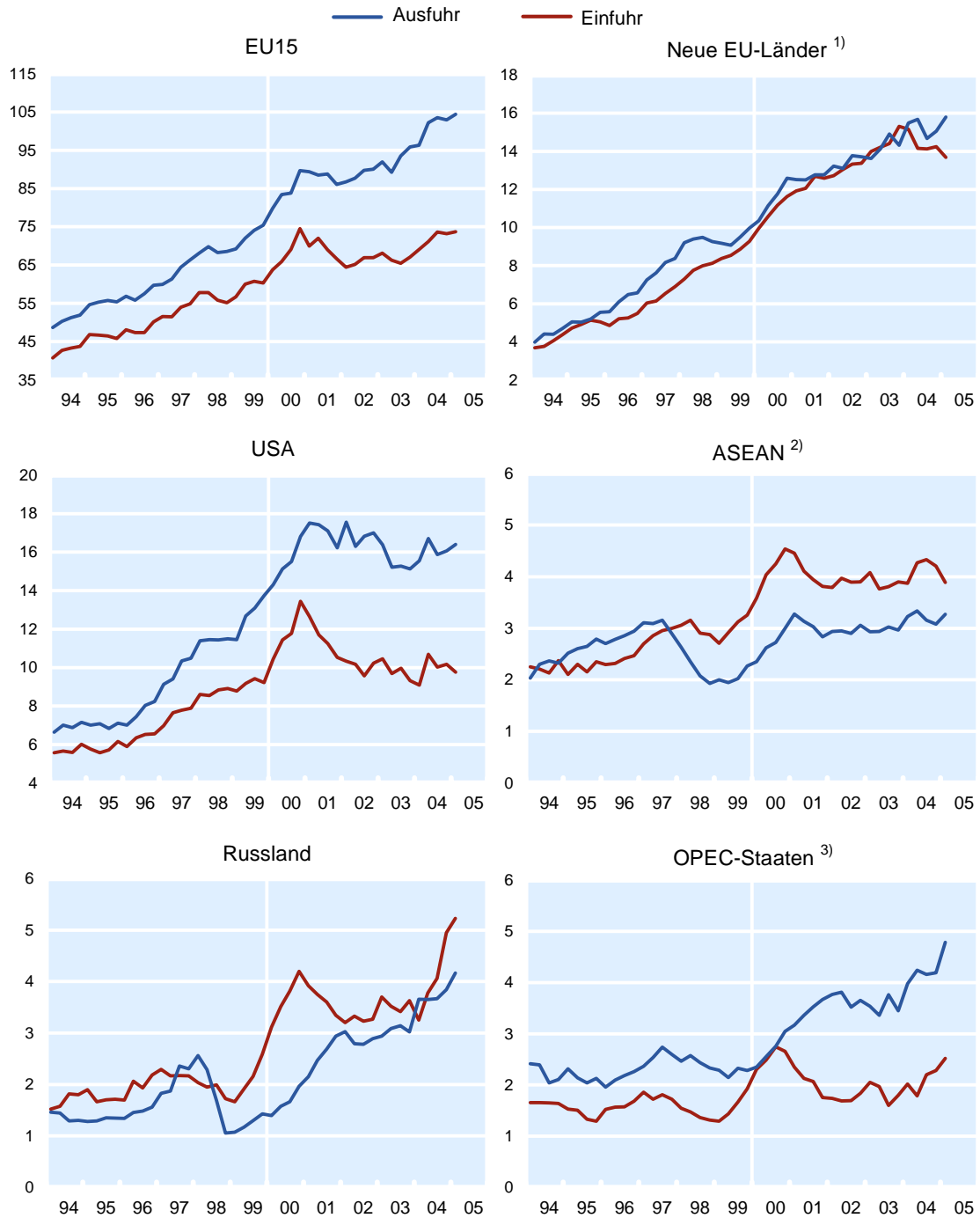
Zu den neuen Basisstatistiken, die bei der anstehenden Revision erstmals in die VGR eingebaut werden, zählen u.a. die Dienstleistungsstatistik für Verkehr und Nachrichtenübermittlung, die "unternehmensnahen" Dienstleister, die Strukturhebungen für die Unternehmen mit 1-19 Beschäftigten im Bergbau, Verarbeitenden Gewerbe sowie Baugewerbe und die Statistik der Jahresabschlüsse öffentlich bestimmter Fonds, Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen (ÖFEU). Darüber hinaus werden neue Berichtsjahre in bereits bestehende Basisstatistiken eingearbeitet. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Sortimentserhebung im KfZ-, Groß- und Einzelhandel 1997, die Arbeitskostenerhebung 2000, die Entgeltstatistik der BA 2000 sowie die Material- und Wareneingangserhebung 1998.

Robustes Exportwachstum

Der Start ins neue Jahr wurde durch ein robustes Wachstum der deutschen Ausfuhr geprägt. Die deutschen Exporteure profitierten im ersten Quartal von einer regen Nachfrage aus Asien und den erdölexportierenden Ländern (vgl. Abb. 14). Die deutsche Ausfuhr nahm saisonbereinigt um 2,9 % gegenüber dem Vorquartal zu. Indikatoren wie die Auftragseingänge aus dem Ausland bei der Industrie und die Exporterwartungen aus dem ifo Konjunkturtest deuten momentan auf eine Abschwächung des Exportgeschäfts hin, so dass das Exportwachstum im zweiten Quartal deutlich schwächer verlaufen wird. Das weltwirtschaftliche Umfeld bleibt jedoch im laufenden Jahr überwiegend freundlich und verbessert sich darüber hinaus leicht in 2006. Im Prognosezeitraum gehen zudem von der vergangenen Aufwertung des Euro dämpfenden Effekte auf die Nachfrage nach deutschen Produkten mehr aus. Daher wird ab der zweiten Jahreshälfte wieder mit einer spürbaren Belebung der Exporte gerechnet. Insgesamt dürfte die Ausfuhr im Jahr 2005 im Durchschnitt um 4,6 % und im Jahr 2006 um 6,5 % steigen (vgl. Abb. 15).

Abb. 14

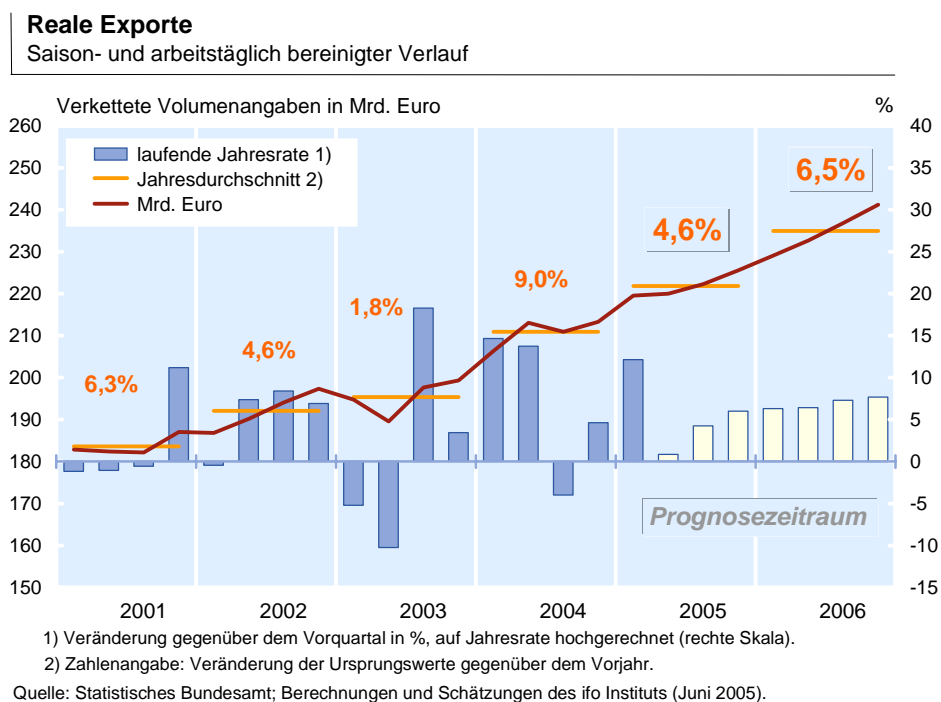
Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen
Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro



1) Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Zypern.- 2) Brunei, Indonesien, Kambodscha, Laos, Malaysia, Myanmar, Philippinen, Singapur, Thailand, Vietnam.- 3) Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

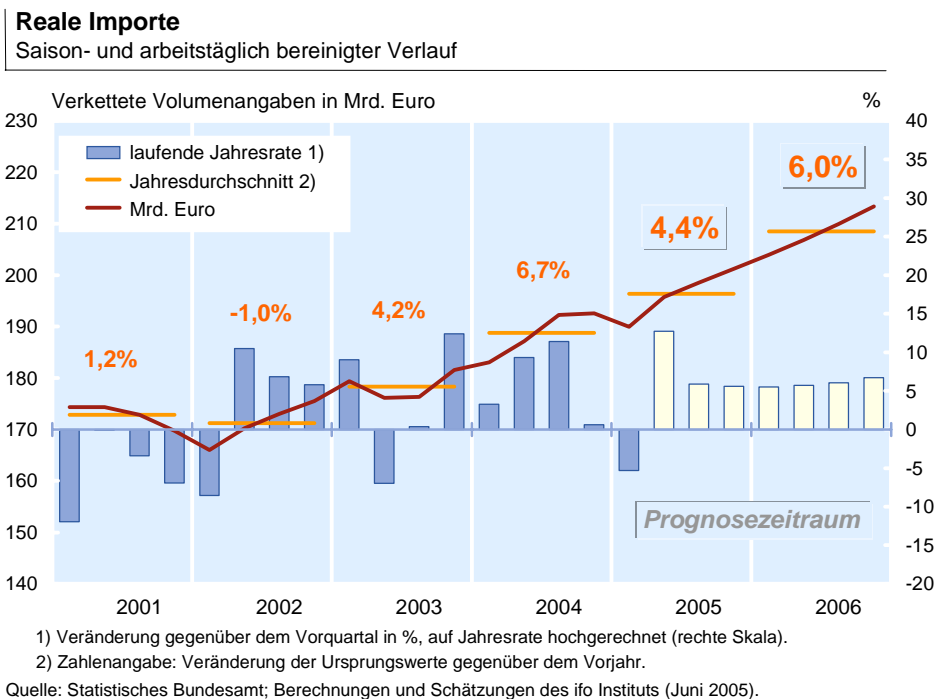
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts (Juni 2005).

Abb. 15



Die deutsche Einfuhr ist im Gegensatz zur Ausfuhr im ersten Quartal saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 1,4 % gesunken. Dieser starke Rückgang ist sicherlich zum Teil mit der schwachen Entwicklung der inländischen Verwendung zu erklären, jedoch nicht zur Gänze. Für das zweite Quartal wird mit einem deutlichen Anziehen der Importe gerechnet, die das erste schwache Quartal teilweise kompensieren. Entsprechend der moderat wachsenden inländischen Verwendung wird die Einfuhr im zweiten Halbjahr mäßig expandieren. Eine deutliche Belebung der Einfuhrfähigkeit wird im Verlauf des nächsten Jahres einsetzen. Alles in allem werden die Importe im Jahr 2005 im Durchschnitt um 4,4 % zunehmen und im Jahr 2006 um 6,0 % steigen (vgl. Abb. 16). Der Außenhandel wird damit im Prognosezeitraum einen, wenngleich abgeschwächten, Beitrag zum Wachstum des realen BIP leisten (vgl. Tab. 5).

Abb. 16



Der Anstieg der Einfuhrpreise, der im Verlauf des Jahres 2004 einsetzte, hat sich auch im ersten Quartal fortgesetzt. Wie zuvor sind die Preissteigerungen hauptsächlich auf die Verteuerung von Energie zurückzuführen. Bei anhaltend hohen Ölpreisen und zunächst noch weiter anziehenden Notierungen für sonstige Rohstoffe werden die Importpreise auch im Jahr 2005 weiter steigen, zudem die bisher dämpfenden Effekte der vorangegangenen Aufwertung des Euro auslaufen. Mit nachlassendem Preisdruck auf den Rohstoffmärkten wird sich der Preisauftrieb im Laufe des Jahres 2006 spürbar abschwächen. Die Importpreise werden im Jahr 2005 um 2,1 %, im Jahr 2006 um 1,0 % steigen. Die Exporte verteuerten sich seit Jahresanfang weiter moderat. Der ebenfalls im Verlauf des letzten Jahres einsetzende Anstieg der Exportpreise ist auf die deutlich höheren Importpreise insbesondere von Rohstoffen und Mineralölprodukten zurückzuführen. Die Exporteure konnten die die Verteuerung der Vorleistungsprodukte nur teilweise auf die Exportpreise überwälzen. Bei einem weiterhin freundlichen weltwirtschaftlichen Umfeld werden die Exporteure die Preiserhohebungsspielraume nutzen, so dass die Exportpreise im Prognosezeitraum moderat steigen. So nehmen die Exportpreise im Jahr 2005 um 0,7 % und im Jahr 2006 um 1% zu. Aufgrund der starken

Verteuerung der Importpreise verschlechtern sich die Terms of Trade in diesem Jahr deutlich, während sie nächstes Jahr konstant bleiben dürften.

Tab. 5

**Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum Bruttoinlandsprodukt
(preisbereinigte Angaben)**

	2004			2005			2006		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
	Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten								
Konsumausgaben	-0,3	-0,1	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,5	0,5	0,5
Private Konsumausgaben	-0,1	0,0	-0,1	0,1	0,1	0,1	0,5	0,4	0,4
Konsumausgaben des Staates	-0,1	-0,1	-0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,2	0,0	0,1
Ausrüstungen	0,0	0,3	0,2	0,3	0,1	0,2	0,2	0,3	0,2
Bauten	-0,1	-0,4	-0,3	-0,4	-0,1	-0,3	0,0	-0,3	-0,2
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Vorratsveränderung	0,2	1,3	0,8	0,6	0,1	0,3	0,3	-0,1	0,1
Inländische Verwendung	-0,2	1,2	0,5	0,7	0,3	0,5	1,1	0,4	0,7
Außenbeitrag	2,0	0,1	1,1	0,1	0,5	0,3	-0,1	1,0	0,5
Exporte	3,6	2,8	3,2	1,7	1,8	1,7	2,3	2,8	2,6
Importe	-1,6	-2,6	-2,1	-1,6	-1,3	-1,4	-2,4	-1,8	-2,1
Bruttoinlandsprodukt ^{a)}	1,9	1,3	1,6	0,8	0,8	0,8	0,9	1,4	1,2

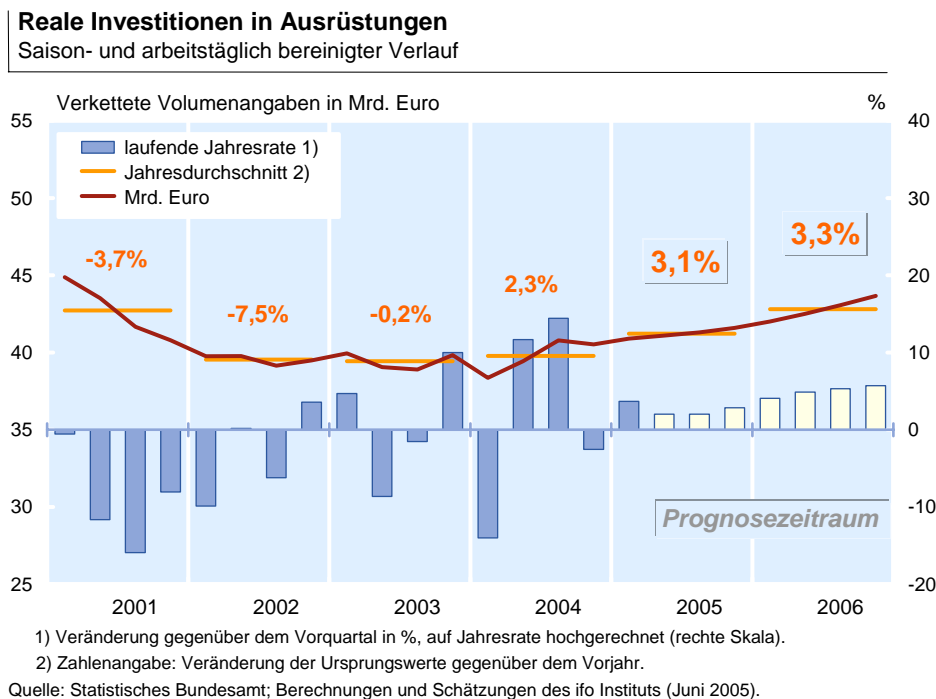
s) Schätzungen des ifo Instituts.-a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in % ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; 2005 und 2006: Schätzungen des ifo Instituts.

Wenig Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen

Die Neuberechnung der Preisindizes im Gefolge der großen VGR-Revision 2005 durch das Statistische Bundesamt hat dazu geführt, dass das Niveau die durchschnittlichen Veränderungsraten der Ausrüstungsinvestitionen in realer Betrachtung nun etwas höher sind als auf Festpreisbasis ausgewiesen. Für das vergangene Jahr ergibt sich preisbereinigt nach neuer Rechnung ein Zuwachs von 2,3 % (vgl. Abb. 17), in jeweiligen Preisen von 1 %.

Abb. 17



Die nominalen Investitionsausgaben dürften in diesem und im kommenden Jahr nicht etwa stärker als im vergangenen Jahr steigen. Nach den aktuellen Befragungsergebnissen aus dem ifo Konjunkturtest Leasing ist derzeit noch nicht mit einer beschleunigten Ausweitung der Investitionsbudgets schon im zweiten und dritten Quartal diesen Jahre zu rechnen. Angesichts der schwachen Absatzperspektiven im Inland und des niedrigeren Kostenniveaus im benachbarten Ausland sind die Renditeaussichten für Investitionen in Deutschland weiterhin relativ ungünstig. Da das Statistische Bundesamt jetzt aber die Qualitätsverbesserungen bei Ausrüstungsgütern in stärkerem Maße bei der Deflationierung einrechnet, ist auch für die kommenden Jahre mit einem Rückgang der Investitionsgüterpreise zu rechnen. Daraus ergeben sich auch bei einer vergleichsweise schwachen Zunahme der nominalen Investitionsausgaben von 1 bis 1,5 % in realer Rechnung für 2005 und 2006 Zuwächse von jeweils reichlich 3 % (vgl. Abb. 17).

Bauinvestitionen weiterhin rückläufig

Die Investitionen in Wohnbauten sind im Verlauf des vergangenen Jahres weiter zurückgegangen. Der langfristig negative Trend der Wohnungsbauinvestitionen, der von stagnierenden Haushaltseinkommen, Arbeitsplatzrisiken und einem Überangebot an fertigen Wohnungen geprägt ist, wird weiterhin die Wohnungsbaukonjunktur bestimmen. Für 2005 ist mit einem Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um preisbereinigt 2,7 %, für 2006 um 2,4 % zu rechnen (vgl. Tab. 6).

Tab. 6

Bruttoinvestitionen (preisbereinigt)

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2004	2005	2006
Bauten	-2,6	-2,8	-1,8
Wohnungsbau	-1,6	-2,7	-2,4
Nichtwohnungsbau	-4,0	-2,9	-1,1
Gewerblicher Bau	-3,4	-2,7	-2,8
Öffentlicher Bau	-5,3	-3,7	3,5
Ausrüstungen	2,3	3,1	3,3
Sonstige Anlagen	1,0	2,9	3,9
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	-0,1	0,6
Vorratsinvestitionen¹⁾	4,5	1,6	0,6
Bruttoinvestitionen	4,0	1,5	1,2

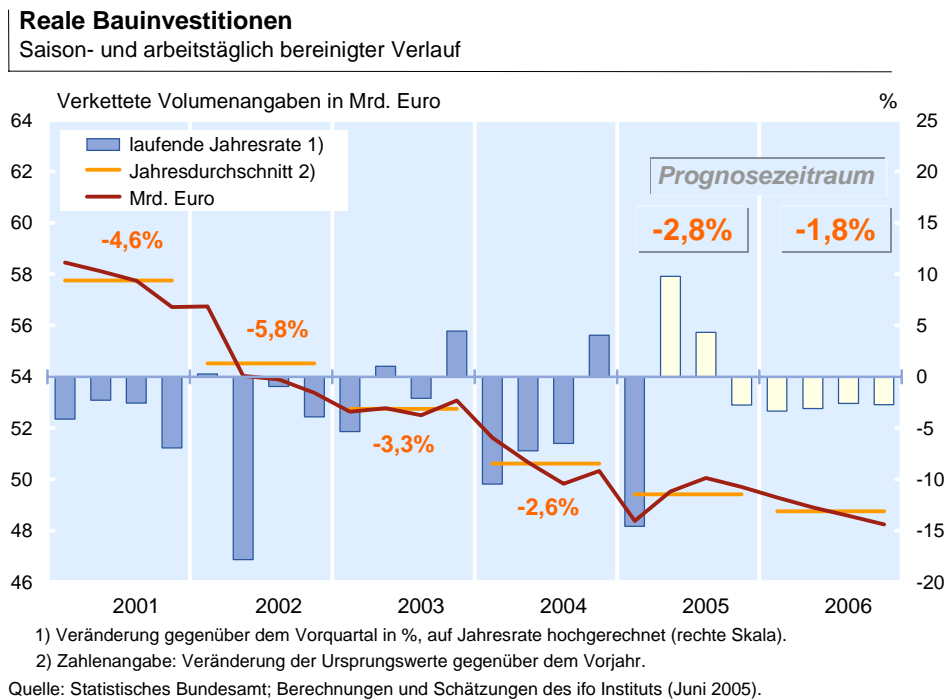
1) Beitrag zur Veränderung der Bruttoinvestitionen in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt, 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

Die gewerblichen Bauinvestitionen sind im vergangenen Jahr spürbar gesunken. Der bei mäßigem Wirtschaftswachstum fehlende Erweiterungsbedarf und der in den hohen Leerstandsquoten sichtbare Angebotsüberhang vor allem bei Büroimmobilien wird weiterhin für einen negativen Trend bei den Wirtschaftsbauten sorgen. Für 2005 ist mit einem Rückgang der Wirtschaftsbauinvestitionen um preisbereinigt 2,7 %, für 2006 um 2,8 % zu rechnen.

Bei den öffentlichen Bauinvestitionen zeichnet sich nach kräftigen Rückgängen in den vergangenen beiden Jahren eine Erholung ab. Zwar dürften sie 2005 im Jahresdurchschnitt noch um 3,7 % unter dem Niveau des Vorjahres liegen, aber die steigenden Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut, die überwiegend in die Verkehrsinfrastruktur fließen sollen, werden im Verlauf des Jahres und im nächsten Jahr zu einer deutlichen Belebung der Investitionstätigkeit führen. Im kommenden Jahr ist mit einem Zuwachs von preisbereinigt 3,5 % im Jahresdurchschnitt zu rechnen. Alles in allem werden die Bauinvestitionen in diesem Jahr real um 2,8 % sinken, im nächsten Jahr dürfte sich der Rückgang auf 1,8 % belaufen (vgl. Abb. 18).

Abb. 18



Privater Konsum: Nachzügler der Konjunktur

Der private Konsum hat, nach leichter Besserung im zweiten Halbjahr 2004, im laufenden Jahr bisher erneut enttäuscht. Im ersten Quartal war er saisonbereinigt leicht rückläufig; danach dürften die realen Verbrauchsausgaben allenfalls geringfügig gestiegen sein. Zwar trat zu Jahresanfang die dritte und letzte Entlastungsstufe der Steuerreform 2000 in Kraft. Der Eingangssteuersatz sank um 1 Prozentpunkt, der Spitzensteuersatz sogar um 3 Prozentpunkte (vgl. Tab. 7). Gleichzeitig erhöhte sich jedoch die durchschnittliche Belastung mit Sozialabgaben für Kinderlose; diese zahlen in der Pflegeversicherung nunmehr einen um 0,25 Prozentpunkte erhöhten Beitragssatz. Vor allem sind aber die Verbraucherpreise aufgrund der starken Verteuerung von Energieträgern kräftig gestiegen. Alles in allem dürften die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in der ersten Jahreshälfte saisonbereinigt nicht zugenommen haben, die Sparquote stagnierte auf vergleichsweise hohem Niveau.

Tab. 7

Ausgewählte Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich private Haushalte

	1998 ¹⁾	1999 ¹⁾	2000 ¹⁾	2001 ¹⁾	2002	2003	2004	2005	2006
Grundfreibetrag (in Euro)	6322	6681	6902	7206	7235	7235	7664	7664	7664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	19,9	16,0	15,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	48,5	45,0	42,0	42,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	51,17	47,48	44,31	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone (in Euro)	61377	61377	58643	54999	55008	55008	52152	52152	52152
Steuerersparnis ²⁾ gegenüber 1998 (in Euro) bei einem zu versteuerndem Einkommen									
von 15 000 Euro	-	111	283	525	534	534	814	845	845
von 25 000 Euro	-	72	283	703	707	707	1100	1193	1193
von 50 000 Euro	-	22	29	745	751	751	1524	2095	2095
nachrichtlich:									
Sparerfreibetrag (in Euro)	3068	3068	1534	1534	1550	1550	1370	1370	1370
Kinderfreibetrag ³⁾ (in Euro)	3534	3534	3534	3534	3648	3648	3648	3648	3648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren ³⁾ (in Euro)	-	-	1546	1546	-	-	-	-	-
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung ³⁾ (in Euro)	-	-	-	-	2160	2160	2160	2160	2160
nachrichtlich:									
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in Euro)	112	128	138	138	154	154	154	154	154
Kinderzuschlag pro Kind und Monat maximal ⁴⁾ (in Euro)	-	-	-	-	-	-	-	140	140

1) DM-Beträge umgerechnet und auf ganze Euro-Beträge gerundet.

2) Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags.

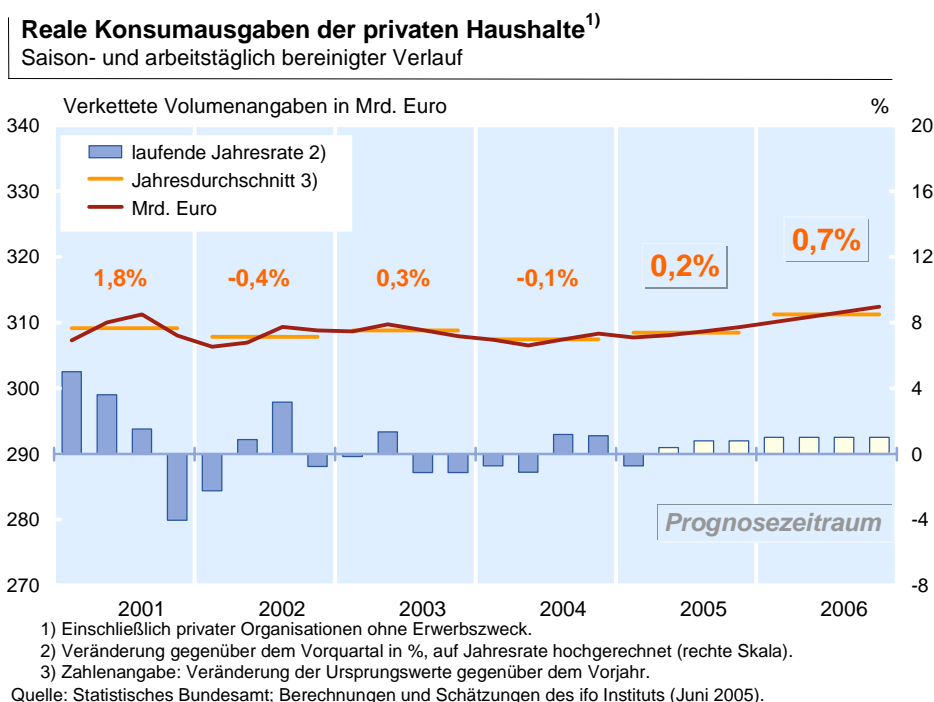
3) Unter Anrechnung des Kindergelds.

4) Für Eltern, die mit eigenem Einkommen ihren (elterlichen) Bedarf abdecken, jedoch ohne den Kinderzuschlag wegen des Bedarfs der Kinder Anspruch auf Arbeitslosengeld II hätten. Die Zahlung ist auf 36 Monate begrenzt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte der private Konsum nur wenig zulegen. Im Jahresdurchschnitt 2005 werden die Bruttolöhne und -gehälter ähnlich verhalten wie im abgelaufenen Jahr steigen. Die Nettobezüge werden trotz steuerlicher Entlastungen mit 1,3 % (2004: +2,0 %) sogar verlangsamt zunehmen. Hierzu trägt bei, dass zur Senkung der Lohnnebenkosten ab Juli ein einheitlicher zusätzlicher Beitragssatz für Arbeitnehmer in Höhe von 0,9 % des beitragspflichtigen Einkommens eingeführt wird. Da zeitgleich der allgemeine durchschnittliche Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in dieser Höhe zurückgenommen wird, ergibt sich für die Arbeitnehmer per Saldo eine Mehrbelastung in Höhe von 0,45 Prozentpunkten; die Arbeitgeber werden in diesem Umfang entlastet. Ebenfalls langsamer als 2004 werden sich die Sozialtransfers erhöhen, sie steigen nur um 0,5 %. Die übliche Rentenanpassung zur Jahresmitte fällt erneut aus; die ausgezahlten Renten werden wegen des auch von Rentnern zu leistenden Zusatzbeitrages zur GKV sogar sinken. Im Zusammenhang der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe kommt es insgesamt wohl zu etwas steigenden Transfers an die privaten Haushalte, wobei sich die Struktur der einzelnen Leistungen deutlich verändert. Unter Berücksichtigung der wieder stärker expandierenden Gewinn- und Vermögenseinkommen dürften die verfügbaren Einkommen in diesem Jahr um 1,7 % steigen, real um 0,2 %. Bei unveränderter Sparquote wird sich der reale private Konsum in gleichem Ausmaß erhöhen (vgl. Abb. 19).

Abb. 19



Im kommenden Jahr werden die Bruttolöhne und -gehälter bei sich etwas bessernder Arbeitsmarktlage mit voraussichtlich 1,3 % wieder etwas stärker zulegen. Die Nettobezüge dürften allerdings wegen der jetzt wieder voll greifenden Steuerprogression verlangsamt zunehmen (1,0 %). Die monetären Sozialleistungen werden sogar stagnieren. Die gesetzlichen Altersbezüge dürften kaum angehoben werden, weil die Anpassung durch die Berücksichtigung der privaten Altersvorsorge in der Rentenformel und den „Nachhaltigkeitsfaktor“ gedämpft wird. Durch die weiter sinkende Zahl an Arbeitslosengeld-I-Empfängern dürften erneut die Leistungen der Bundesagentur für Arbeit zurückgehen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen im nächsten Jahr um 2,1 % steigen, real um 0,7 %. Bei unveränderter Sparquote wird der reale private Konsum ebenfalls um 0,7 expandieren.

Preisaufrtrieb schwächt sich ab

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten hat sich in den ersten Monaten des Jahres 2005 nicht zuletzt wegen kräftig anziehender Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe

merklich beschleunigt, Auch stieg die Kfz-Steuer für wenig schadstoffarme Fahrzeugtypen¹ kräftig an. Gleichwohl lag die Inflationsrate im Mai 2005 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum nur bei 1,7 % (Jahresdurchschnitt 2004: +1,6 %). Maßgeblich hierfür war, dass die Preiswirkungen der zum Januar 2004 in Kraft getretenen Gesundheitsreform (+0,6 Prozentpunkte) sowie der Tabaksteuererhöhung vom März 2004 (+0,2 Prozentpunkte) nunmehr in der statistischen Basis enthalten sind und damit den Vorjahresvergleich nicht mehr beeinflussen. Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln herausgerechnet ist, betrug zuletzt 1,0 % und war damit ebenfalls nur geringfügig höher als im Jahresdurchschnitt 2004. (vgl. Tab. 8).²

Der Preisauftrieb wird sich im Prognosezeitraum allmählich wieder abschwächen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise und die Umlagen für die Fernwärme dürften zwar noch weiter steigen. Zu berücksichtigen ist auch, dass teurer gewordenen Öl als Vorleistung in die heimische Produktion eingeht. Aufgrund der hohen Wettbewerbsintensität und der schwachen Konsumkonjunktur dürften die Überwälzungsmöglichkeiten auf der Verbraucherstufe jedoch gering bleiben. Prognoserelevant ist weiterhin, dass im September 2005 die Tabaksteuer weiter angehoben wird. Alles in allem dürfte sich die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2005 auf 1,8 % belaufen; im nächsten Jahr, wenn der gegenwärtige Ölpreisschub in der statistischen Basis enthalten ist, fällt sie auf 1,5 % zurück.

¹ Für Fahrzeuge mit Benzin-Motoren ohne Katalysator (Euro 1-Norm) stieg die Kfz-Steuer zum 1. Januar von 10,84 Euro pro 100 Kubikzentimeter auf 15,13 Euro. Für entsprechende Fahrzeuge mit Dieselmotoren müssen Halter nunmehr 27,35 statt bisher 23,06 Euro bezahlen. Im Mai wurde schließlich die Steuer für Jeeps, Vans, Kleinbusse und Wohnmobile mit einem Gewicht über 2,8 Tonnen kräftig erhöht.

² Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

Tab. 8

Entwicklung des Verbraucherpreisindex^{a)}

	Wägungs- schema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005 Mai
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
Kerninflation^{b)}	744,98	0,9	0,5	0,8	1,4	1,4	0,7	0,8	1,0
Übrige Lebenshaltung	255,02	1,1	0,8	3,5	3,7	1,2	2,1	4,2	3,5
davon:									
Saisonabh. Nahrungsmittel	16,26	2,1	-0,7	-0,9	7,9	-0,8	-1,3	-2,5	-1,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	51,01	-5,7	6,5	22,8	3,6	-1,0	4,6	4,6	5,2
Heizöl	7,90	-17,0	19,5	53,6	-5,9	-9,1	3,8	11,4	20,9
Kraftstoffe	33,70	-5,2	7,0	18,9	1,0	2,3	4,6	4,4	1,2
Gas	9,41	0,2	-2,1	16,3	21,2	-5,6	5,1	1,0	8,4
Güter mit administrierten Preisen	187,75	2,5	-0,2	-0,4	3,3	2,0	1,8	4,6	3,4
darunter:									
Strom	18,65	0,0	3,9	-4,9	4,0	4,5	5,0	4,0	4,4
Umlagen für Fernwärme u.ä.	10,37	-2,4	-4,8	16,4	19,4	-0,9	-0,2	2,1	12,7
Telefondienstleistungen	20,96	-1,3	-11,5	-12,5	-6,9	2,1	1,1	-0,4	-0,4
Gesundheitspflege	35,46	5,2	-3,3	0,2	1,3	0,6	0,5	19,2	1,6
Beiträge zur Krankenversicherung	8,91	4,5	3,3	3,7	3,5	3,6	3,3	3,0	2,5
Kraftfahrzeugsteuer	6,08	8,9	6,8	2,6	23,4	0,0	0,6	5,2	20,1
Lebenshaltung insgesamt	1000,00	0,9	0,6	1,4	2,0	1,4	1,1	1,6	1,7
davon: ^{c)}									
Kerninflation	-	0,7	0,4	0,6	1,0	1,1	0,5	0,6	0,8
Übrige Lebenshaltung	-	0,3	0,2	0,9	0,9	0,3	0,6	1,1	0,9
Saisonabh. Nahrungsmittel	-	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0,2	0,3	1,0	0,2	-0,1	0,2	0,2	0,3
Güter mit administrierten Preisen	-	0,5	0,0	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,9	0,7

a) Alle privaten Haushalte, 2000 = 100.

b) In der Abgrenzung des ifo Instituts.

c) Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten.

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Arbeitsmarkt weiter unter Druck

Die letzten Monate haben auf dem Arbeitsmarkt keine Wende gebracht. Im Mai dieses Jahres gab es 4,81 Mill. registrierte Arbeitslose; das entspricht einem Anstieg von 510 000 gegenüber dem Vorjahr. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass der überwiegende Teil dieser Zunahme (ca. 360 000) auf die im Zuge der Hartz-IV-Gesetzgebung erfolgte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zurückzuführen ist. Rechnet man dagegen, dass inzwischen rund 155 000 Zusatzjobs die Statistik entlasten,¹ so dürfte die rein konjunkturelle Zunahme der Arbeitslosigkeit rund 300 000 betragen haben. Allerdings ist zu beachten, dass nach Schätzungen der BA noch ca. 80 000 Arbeitslose in den Kommunen gemeldet sind, die bisher noch nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst wurden. Zieht man als zusätzlichen

¹ Die ersten Zusatzjobs wurden bereits im September 2004 bereitgestellt.

Arbeitsmarktindikator die Zahl der Erwerbslosen nach dem Konzept der International Labour Organization (ILO) heran, so zeigt sich auch hier recht deutlich, dass keinesfalls von einer Erholung auf dem Arbeitsmarkt gesprochen werden kann.¹ Dieses Konzept ist weniger stark von der Arbeitsmarktreform beeinflusst, da hier immer schon nur Personen gezählt wurden, die aktiv Arbeit suchen.

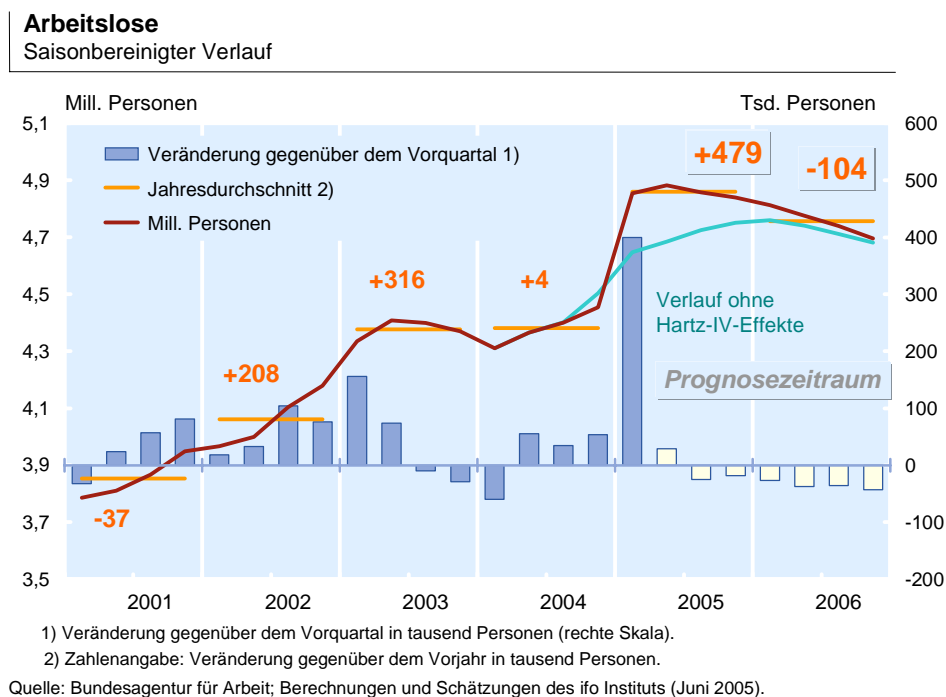
Rein konjunkturell betrachtet ist zunächst nicht mit einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Erst im nächsten Jahr ist eine leichte Besserung auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Überlagert wird diese Grundtendenz aber durch die weitere Schaffung von Zusatzjobs. Unter der Annahme, dass zum Jahresende 2006 etwa 300 000 Zusatzjobs bestehen, wobei der größte Teil der Zunahme auf das Jahr 2005 entfällt. Unter der Annahme, dass zum Jahresende 2006 etwa 300 000 Zusatzjobs bestehen t, dann würde das im Jahresdurchschnitt die Arbeitslosenzahl im Jahr 2005 um ca. 180 000 und im Jahr 2006 um 290 000 senken. Dabei ist unterstellt, dass alle betroffenen Personen mehr als 15 Stunden in der Woche arbeiten – das ist die Geringfügigkeitsgrenze, bis zu der Beschäftigte gleichzeitig als arbeitslos registriert werden können. Auch bleiben allfällige Substitutionseffekte zu regulärer Beschäftigung aber auch zu anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten unberücksichtigt. Ferner werden nach der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe einige der seit Jahresbeginn zusätzlich erfassten Arbeitslosen wieder aus der Statistik herausfallen². Dies dürfte dazu führen, dass durch die Hartz-IV-Reform am Jahresende 2006 noch rund 310 000 zusätzliche Arbeitslose in der Statistik erscheinen. Dadurch würde der Jahresdurchschnitt 2005 nur noch um 335 000 erhöht und im nächsten Jahr 2006 um 325 000. Unter Berücksichtigung der o.g. neu geschaffenen Zusatzjobs ergibt sich insgesamt eine Arbeitslosenzahl, die 2005 um 155 000 und 2006 um 35 000 höher ist im Vergleich zu einer Situation ohne die Hartz-IV-Reform. Fasst man alle

¹ Die Aussage gilt unabhängig vom Saisonbereinungsverfahren. Vergleiche dazu: Statistische Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3.

² Gründe hierfür können die Vermögensanrechnung und strengere Zumutbarkeitsregeln bei der Arbeitsvermittlung sein. Da ein Arbeitsloser dokumentieren muss, dass er dem Arbeitsmarkt tatsächlich zur Verfügung steht, könnten einige der betroffenen Personen eine erneute Meldung beim Arbeitsamt unterlassen. In diesem Zusammenhang kann auch noch relevant sein, dass sich einige der ehemaligen Sozialhilfeempfänger als doch nicht erwerbsfähig erweisen. Vergleiche hierzu: ifo Schnelldienst 24/2004, S. 44 f.

angesprochenen Effekte zusammen, so wird die Zahl der registrierten Arbeitslosen im Jahr 2005 im Vergleich zu 2004 um 479 000 auf 4,86 Mill. ansteigen (vgl. Abb. 20). Im nächsten Jahr ergibt sich dann eine Senkung der Arbeitslosenzahl um 104 000 auf 4,76 Mill., womit das Niveau von 2004 immer noch um etwa 375 000 überschritten wird (vgl. Tab.9).

Abb. 20



Der Tiefpunkt bei der Entwicklung der Erwerbstätigenzahl ist seit dem dritten Quartal 2003 überwunden¹. Die Zunahme war aber keinesfalls von der konjunkturellen Situation getragen und auch ein Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten blieb aus. Seither gingen saisonbereinigt über 630 000 dieser Stellen verloren (vgl. Abb. 21). So ging der Anstieg der Erwerbstätigen einher mit einem Anwachsen der

¹ Dies wurde vom ifo Institut in der Dezemberprognose 2002 zutreffend prognostiziert. Vgl. ifo Schnelldienst 24/2002, S. 37.

Tab. 9

Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1000 Personen

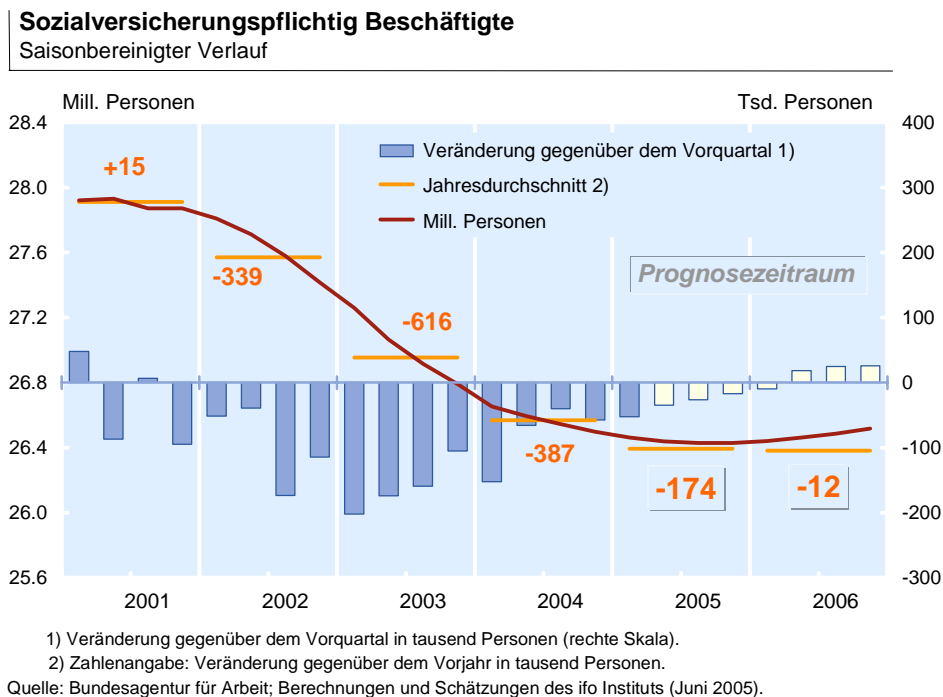
	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Erwerbstätige Inländer	39.209	38.994	38.635	38.777	38.970	39.240
Arbeitnehmer	35.226	34.991	34.563	34.546	34.600	34.840
darunter:						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.914	27.629	27.007	26.569	26.394	26.382
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.112	4.148	4.322	4.741	4.870	4.990
Zusatzjobs				16	180	293
Selbständige	3.983	4.003	4.072	4.231	4.370	4.400
darunter:						
Ich-AG			43	164	240	240
Pendlersaldo	107	102	87	83	80	80
Erwerbstätige Inland	39.316	39.096	38.722	38.860	39.050	39.320
Arbeitslose ¹⁾	3.853	4.061	4.377	4.381	4.860	4.755
Arbeitslosenquote ²⁾	8,9	9,4	10,2	10,2	11,1	10,8
Erwerbslose ³⁾	2.923	3.224	3.687	3.931	4.100	4.040
Erwerbslosenquote ⁴⁾	6,9	7,6	8,7	9,2	9,5	9,3
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Beschäftigung schaffende Maßnahmen ⁵⁾	220	180	145	119	70	50
Berufliche Vollzeitweiterbildung	345	332	251	184	110	65
Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahmen	60	74	93	95	60	45
¹⁾ Ab 2004 ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen						
²⁾ Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).						
³⁾ Definition der ILO.						
⁴⁾ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).						
⁵⁾ Strukturanpassungsmaßnahmen (Restabwicklung), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen						

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2005 und 2006: Prognose des ifo Instituts.

Arbeitslosigkeit, da die neuen Stellen (sog. Minijobs: +545 000) überwiegend von Schülern, Studenten, Hausfrauen und Rentnern besetzt wurden.¹ Hinzu kamen durch die staatlich geförderte Selbständigkeit rund 210 000 Ich-AGs und bis zum 1. Quartal 2005 rund 120.000 Zusatzjobs. Ohne diese Zusatzjobs wäre in den vergangenen beiden Quartalen erneut ein saisonbereinigter Rückgang der Erwerbstätigenzahl um ca. 40 000 zu verzeichnen gewesen. Immerhin sank die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zuletzt nicht mehr so schnell. Gleichzeitig stieg die Zahl der Ich-AGs und Minijobs langsamer. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass die geschaffenen Minijobs bestehende sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze verdrängt haben.

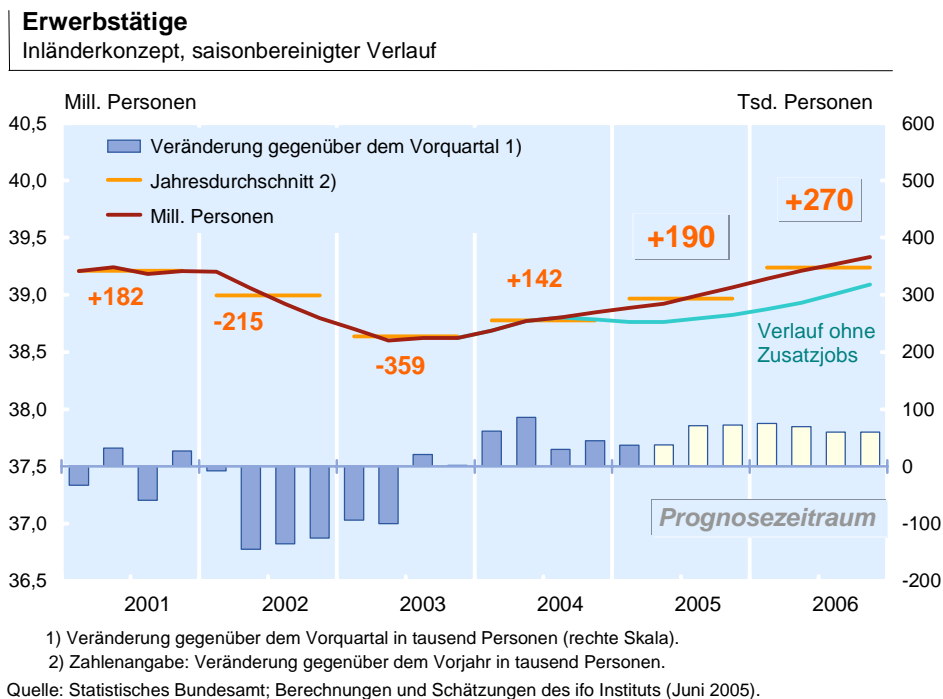
¹ Lediglich zu Beginn des Jahres 2004 ist die Zahl der Arbeitslosen gefallen, da zu diesem Zeitpunkt die Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen nicht mehr als arbeitslos gezählt wurden.

Abb. 21



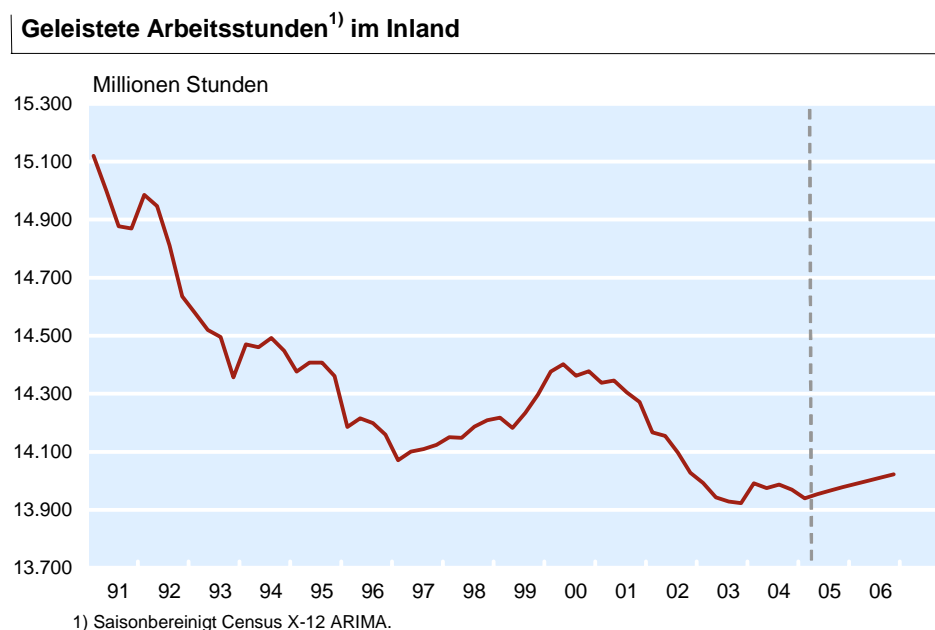
Für das laufende Jahr ist zu erwarten, dass die Zahl der Erwerbstätigen um etwa 190 000 auf 38,97 Mill. zunimmt. Der Anstieg erklärt sich zum Großteil aus der Ausweitung der Zusatzjobs und einem weiteren Anstieg der Minijobs um 130 000. Zudem schwächt sich der Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahresverlauf etwas ab. Mit fortschreitender konjunktureller Erholung wird dann in der ersten Hälfte des nächsten Jahres erstmals mit einem langsamen Anstieg gerechnet. Im Jahresdurchschnitt werden dennoch weniger Personen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen als im Vorjahr. Die Zahl der Minijobs steigt weiter, wobei die Dynamik der vergangenen Jahre im Prognosezeitraum nicht mehr erreicht wird. Bei den Selbständigen schlägt im kommenden Jahr zu Buche, dass bei den Ich-AGs aufgrund der Beschränkung der Förderungsdauer keine Zuwächse mehr verzeichnet werden dürften. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2006 um 270 000 auf 39,24 Mill. zu steigen (vgl. Abb. 22)

Abb. 22



Das Arbeitsvolumen, das saison- und kalenderbereinigt zuletzt nochmals leicht gesunken war, dürfte in diesem Jahr von der Grundtendenz zunächst stagnieren, um dann im Gefolge der konjunkturellen Erholung leicht steigen (vgl. Abb. 23).

Abb. 23



Weiterhin keine Entspannung der Finanzlage der öffentlichen Haushalte

Bei der Finanzlage der öffentlichen Haushalte ist im Jahr 2005 nach wie vor keine wesentliche Besserung in Sicht. Zwar werden die Einnahmen wieder steigen (+0,8 %), aber auch die Ausgaben legen nach dem Rückgang im letzten Jahr wieder leicht zu (+0,3 %). Dies führt dazu, dass zum vierten Mal in Folge die 3 %-Grenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nicht eingehalten werden kann. Insgesamt stellt sich gegenüber dem Vorjahr eine leicht rückläufige Defizitquote in Höhe von 3,4 % des prognostizierten Bruttoinlandsprodukts ein.

Der mäßige Zuwachs auf der Einnahmenseite resultiert aus einem leichten Anstieg der Sozialbeiträge, einer starken Zunahme der sonstigen empfangenen laufenden Übertragungen, welche infolge der von der EU-Kommission veranlassten Rückzahlungen von „Finanzhilfen“ durch die Landesbanken um rund 12 % steigen¹, und einem Plus bei den übrigen Einnahmen des Staates. Auch die empfangenen Vermögenseinkommen entwickeln sich leicht positiv, wenngleich der Bundesbankgewinn mit 0,68 Mrd. Euro erneut deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Dafür wird es jedoch erstmals seit Jahren zu merklichen Ausschüttungen der Postnachfolgeeinrichtungen kommen.

Die Sozialbeiträge nehmen um etwa 2 Mrd. Euro (+0,5 %) gegenüber dem Vorjahr zu. Knapp die Hälfte des Anstiegs kommt der Pflegeversicherung zugute, da kinderlose Versicherte, die nach dem 31.12.1939 geboren wurden und älter als 23 Jahre sind, seit Jahresbeginn einen um 0,25 Prozentpunkte erhöhten Beitragssatz zahlen müssen. Bei den übrigen Sozialversicherungszweigen werden die Einnahmen etwa auf dem Vorjahresniveau liegen, weil zum einen die Beitragssätze – bis auf einen marginalen Rückgang bei der Gesetzlichen Krankenversicherung – konstant bleiben, zum anderen die beitragspflichtigen Bruttolöhne und -gehälter kaum steigen. Zwar nimmt die Zahl der Beschäftigten nun wieder zu, doch resultiert dieses allein aus der Ausweitung der

¹ Hierbei ist allerdings zu beachten, dass diese Rückzahlungen keinen wirklichen Beitrag zur Konsolidierung darstellen, da die Beihilfen überwiegend in Form eines Kapitalzuflusses wieder an die Landesbanken zurückgehen werden.

Arbeitsgelegenheiten und der ausschließlich geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse, deren Einkommen nicht sozialversicherungspflichtig sind. Innerhalb der Krankenversicherung kommt es durch die Abkehr von der paritätischen Finanzierung der Gesundheitskosten zu deutlichen Verschiebungen zwischen den einzelnen Beitragszahlergruppen. So werden Arbeitgeber und Rentenversicherung entlastet, während Arbeitnehmer und Rentner höhere Beiträge abführen müssen. Konkret wird ab Jahresmitte der allgemeine Beitragssatz zur GKV um 0,9 Prozentpunkte gesenkt und gleichzeitig ein einheitlicher zusätzlicher Beitragssatz in Höhe von ebenfalls 0,9 Prozentpunkten eingeführt. Da letzteren nur die Versicherten (Beschäftigte und Rentner) zu zahlen haben, wird de facto der Anteil des Arbeitgebers (bzw. der Rentenversicherung) am Beitragssatz um 0,45 Prozentpunkte gesenkt, der Anteil des Beschäftigten (bzw. des Rentners) um 0,45 Prozentpunkte angehoben.

Die Steuereinnahmen bleiben dagegen im Jahr 2005 nahezu unverändert (+0,1 %), was sich einerseits aus einem mäßigen Wachstum der Produktions- und Importabgaben (+0,5 %) und andererseits aus den neuerlichen Mindereinnahmen im Rahmen der Einkommen- und Vermögensteuern ergibt (knapp -0,5 %). Verantwortlich hierfür ist vor allem der neuerliche Lohnsteuereinbruch (rund -4,5 %) infolge des Inkrafttretens der verbliebenen Tarifsenkungen der 3. Stufe der Steuerreform 2000 sowie der nach wie vor schwierigen Arbeitsmarktlage, die nur zu einem geringen Anstieg der volkswirtschaftlichen Bemessungsgrundlage der Lohnsteuer, also der Bruttolöhne und -gehälter, führen wird. Lediglich die Körperschaftsteuer lässt nochmals einen starken Zuwachs erwarten, der mit rund 3 Mrd. Euro (knapp +30 %) allerdings nicht mehr so stark ausfallen dürfte wie in den beiden vergangenen Jahren. Weitere positive Effekte werden im Rahmen der Kraftfahrzeugsteuer aufgrund der zum 1.1.2005 in Kraft getretenen Rechtsänderungen erwartet (knapp +1 Mrd. Euro). Neben den erfolgten Steuersatzerhöhungen wirkt sich hierbei aus, dass neu zugelassene schadstoffarme Pkw seit diesem Zeitpunkt keine Steuerbefreiung mehr erhalten.

Der leichte Anstieg des Steueraufkommens von Produktions- und Importabgaben lässt sich insbesondere auf Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer (+3 %) und auf einen

rund 1%igen Zuwachs der Steuern vom Umsatz zurückführen. Somit scheint sich der Trend zu einer Stabilisierung des Aufkommens der Steuern vom Umsatz fortzusetzen. Dem gegenüber sind bei dem Mineralölsteueraufkommen nochmals deutliche Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr zu erwarten. Diese beruhen insbesondere auf der Tatsache, dass der hohe Ölpreis die Verbraucher zu Sparsamkeit und Ausweichreaktionen veranlasst, was sich in einer weiterhin stark sinkenden Kraftstoffnachfrage äußert. Bei den erneuten Tarifsatzsteigerungen im Rahmen der Tabaksteuer sind hier Mehreinnahmen in Höhe von rund 3 % veranschlagt.

Bei den empfangenen Vermögenstransfers ist vor allem infolge des durch große Erbschaftsfälle überzeichneten Erbschaftsteueraufkommens des Vorjahres im Jahr 2005 ein leichtes Aufkommensminus zu erwarten. Dem gegenüber werden die übrigen Einnahmen des Staates deutlich steigen, was vor allem auf die zu erwartenden Einkünfte aus der Lkw-Maut in Höhe von 2,6 Mrd. Euro zurückzuführen ist.

Bei den Ausgaben kann für das laufende Jahr von einem leichten Anstieg um 0,3 % ausgegangen werden. Grundsätzlich Ausgaben mindernd wirkt sich insbesondere die Entlastung des Bundes von Transferzahlungen an die Pensionskasse der Postnachfolgeunternehmen aus, die einen Teil ihrer Forderungen verbrieft und an Investoren verkauft hat. Die Postbeamtenversorgungskasse hat bis etwa 2040 Anspruch auf Zuschüsse der Postnachfolgeunternehmen und des Bundes. Durch den Forderungsverkauf entfallen 2005 die Zuweisungen des Bundes in Höhe von 5,5 Mrd. Euro.¹ Daher sinken trotz der höheren Zahlungen so genannter BNE-Eigenmittel an die EU die sonstigen Transfers um 6,5 %.

Weiter rückläufig sind zudem die Personalausgaben des Staates (-0,4 %), da die Tariflöhne nur moderat zunehmen und der Personalabbau im öffentlichen Dienst voranschreitet. Auch die Subventionen sinken insbesondere aufgrund der geringeren Kohlesubventionen um rund 3 %. Des Weiteren werden die Investitionsausgaben des Staates leicht abnehmen, allerdings nicht mehr so stark wie in den Vorjahren.

¹ Nach wie vor ist allerdings unklar, ob Eurostat diese Buchungspraxis tatsächlich zulassen wird.

Dem gegenüber stehen jedoch infolge der in den vergangenen Jahren stark zugenommenen Staatsverschuldung steigende Zinszahlungen in Höhe von knapp 65 Mrd. Euro, was einem Zuwachs von 1,5 % entspricht. Auch die sozialen Sachleistungen werden 2005 wieder um knapp 3 % zulegen, da die Einmaleffekte der Gesundheitsreform des vergangenen Jahres entfallen und diese die Dynamik der Ausgabenentwicklung nicht wesentlich beeinflusst hat. Ebenfalls zu einem Anstieg kommt es bei den Vermögensübertragungen und zwar um 3 %. Dieser resultiert zum einen aus dem gegenüber 2004 um knapp 1,6 Mrd. Euro höheren Schuldenerlass für die Entwicklungsländer und zum anderen aus der Rekapitalisierung der Landesbanken, die bei rund 1,1 Mrd. Euro liegt.

Die Ausgaben des Staates für monetäre Sozialleistungen steigen im laufenden Jahr nur sehr moderat (+0,4 %). Allerdings gibt es recht große Unsicherheiten, die Änderungen der Transferausgaben im Zusammenhang mit dem Hartz-IV-Gesetz abzuschätzen. So gibt es über die Ausgaben für die so genannten Bedarfsgemeinschaften nach SGBII bisher nur Teilmeldungen. Diese deuten darauf hin, dass die Ausgaben wesentlich höher sind als für die frühere Arbeitslosenhilfe. Gegenzurechnen sind allerdings erheblich geringere Ausgaben beim Wohngeld (der Anteil des Bundes sank in den ersten 5 Monaten um 66 %¹), auf das Arbeitslosengeld-II-Empfänger anders als Arbeitslosenhilfe-Empfänger keinen Anspruch haben, weil ihnen die Wohnkosten direkt erstattet werden. Noch größer dürften die Einsparungen bei der Sozialhilfe sein, für die zwar keine aktuellen Finanzdaten vorliegen, aber Zahlen zur Entwicklung der Sozialhilfe-Haushalte in ausgewählten Städten. Nach einer Auswertung des Statistischen Bundesamtes in 44 Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern sank die Zahl der Sozialhilfe-Haushalte von Dezember 2004 auf Januar 2005 um 94 %, die der Sozialhilfe-Empfänger sogar um 95,5 %². Insgesamt dürften die Ausgaben der Gebietskörperschaften für Arbeitslosengeld-II-Empfänger gleichwohl höher liegen als die entsprechenden Aufwendungen für Arbeitslosenhilfe- bzw. Sozialhilfe-Empfänger im Jahr 2004. Zu berücksichtigen ist aber in einer Gesamtbetrachtung, dass erstens ein

¹ Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht des BMF, Juni 2005, S.12.

² Vgl. <http://www.bundesregierung.de/Anlage798494/Sozialhilfe+in+deutschen+St%e4dten.pdf>.

Teil der Mehraufwendungen auf Sozialbeiträge entfällt, womit der Staat an anderer Stelle zusätzliche Einnahmen erhält. Zum zweiten wird die Bundesagentur von Aufgaben und Ausgaben (insbesondere Fördermaßnahmen für bisherige Arbeitslosenhilfe-Empfänger) entlastet. So sind die Transferzahlungen der Sozialversicherung insgesamt gegenüber 2004 rückläufig, wofür der Hauptgrund in geringeren Ausgaben der Arbeitslosenversicherung liegt. Außerdem steigen die Rentenausgaben nur geringfügig. Das resultiert daraus, dass es erneut keine Rentenanpassung gibt und die Kostensteigerung durch die höhere Rentnerzahl durch die niedrigeren Zuschüsse zur Krankenversicherung und zur Pflegeversicherung – Nachwirkung einer Gesetzesänderung zum 1.4.2004 – etwa kompensiert wird.

Bei der skizzierten Entwicklung von Einnahmen und Ausgaben wird sich das Defizit der Rentenversicherung im Jahr 2005 nur unwesentlich vermindern. Die Bundesregierung plant jedoch nicht den Beitragssatz im Jahr 2006 anzuheben, sondern durch die Veränderung der Fälligkeitstermine für die Abführung der Beiträge die Finanzen der Sozialversicherungszweige in den Griff zu bekommen. Dies hat aber wegen der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgenommenen periodengerechten Zuordnung der Beiträge keinen Einfluss auf die Einnahmen im Sinne der VGR, wohl aber in der Finanzstatistik. In der Gesetzlichen Krankenversicherung dürfte der Überschuss 2005 geringer als 2004 ausfallen und zu einem Großteil aus der pauschalen Abgeltung des Bundes für versicherungsfremde Leistungen resultieren, die von 1,0 Mrd. Euro (2004) auf 2,5 Mrd. Euro steigt¹. Da ein Teil des Überschusses zum Abbau des in den Jahren bis 2003 aufgelaufenen Defizits zu verwenden ist, werden die Beitragssätze auch 2006 nur geringfügig sinken können.

Im kommenden Jahr wird sich die Finanzlage der öffentlichen Haushalte ebenfalls nur geringfügig bessern. Auf der Einnahmenseite ist ein Zuwachs um 1,2 % zu erwarten. Dieser ergibt sich vor allem infolge des deutlichen Anstiegs der Steuereinnahmen, der mit 2,5 % so stark ist wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Darüber hinaus dürften sich auch die empfangenen Vermögenseinkommen und die empfangenen

¹ Sozialgesetzbuch V, §221.

Vermögenstransfers positiv entwickeln (jeweils rund +3 %). Der starke Rückgang der empfangenen sonstigen laufenden Übertragungen (rund -15%) resultiert aus den im Jahr 2005 angefallenen Rückzahlungen von „Finanzhilfen“ durch die Landesbanken, welche das Niveau im Jahr 2004 einmalig überzeichnet haben.

Die Sozialbeiträge werden im Jahr 2006 kaum zunehmen (+0,3 %). Zwar geht nun die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung kaum noch zurück, aber die Lohnzuwächse werden gering bleiben und der höhere Pflegeversicherungsbeitrag für Kinderlose führt nun nicht mehr zu Zusatzeinnahmen. Durch die allmählich sinkende Zahl der Arbeitslosengeldempfänger vermindern sich zudem die Beiträge des Staates für Bezieher sozialer Leistungen.

Die überaus positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen resultiert sowohl aus einem starken Anstieg der Einkommen- und Vermögensteuern (rund +3 %) als auch der Produktions- und Importabgaben (rund +2 %). Der deutliche Zuwachs bei den Einkommen- und Vermögensteuern basiert vor allem auf der Tatsache, dass bei dem Lohnsteueraufkommen erstmals seit vielen Jahren wieder mit einem merklichen Zuwachs von rund 1,5 Mrd. Euro (rund +1 %) und bei der veranlagten Einkommensteuer infolge von Rechtsänderungen, sinkenden Abzugspositionen wie Eigenheimzulage sowie einer deutlich steigenden Bemessungsgrundlage sogar mit einem Anstieg in Höhe von rund 3 Mrd. Euro gerechnet wird. Daneben setzt sich der Normalisierungsprozess im Rahmen der Körperschaftsteuer fort. Auch bei den übrigen direkten Steuern wird eine leicht positive Entwicklung erwartet.

Flankiert wird diese Tendenz von einer sehr ähnlichen bei den Produktions- und Importabgaben. Diese steigen insbesondere wegen des zunehmenden Aufkommens der Steuern vom Umsatz, deren Zuwachs erstmals seit Jahren wieder im Bereich von 2 % liegen dürfte. Auch bei der Gewerbesteuer werden deutliche Mehreinnahmen zu verzeichnen sein. Die übrigen Produktions- und Importabgaben entwickeln sich in der Summe ebenfalls leicht positiv.

Der moderate Anstieg der empfangenen Vermögenseinkommen resultiert vor allem aus der in dieser Prognose unterstellten Ausschüttung eines Bundesbankgewinns in Höhe von 1,5 Mrd. Euro. Dem gegenüber werden die Ausschüttungen der Postnachfolgeeinrichtungen wohl nicht das Vorjahresniveau erreichen. Auch die übrigen Einnahmen des Staates steigen insbesondere wegen der im Vorjahresvergleich um rund 0,2 Mrd. Euro höheren Mauteinnahmen leicht an.

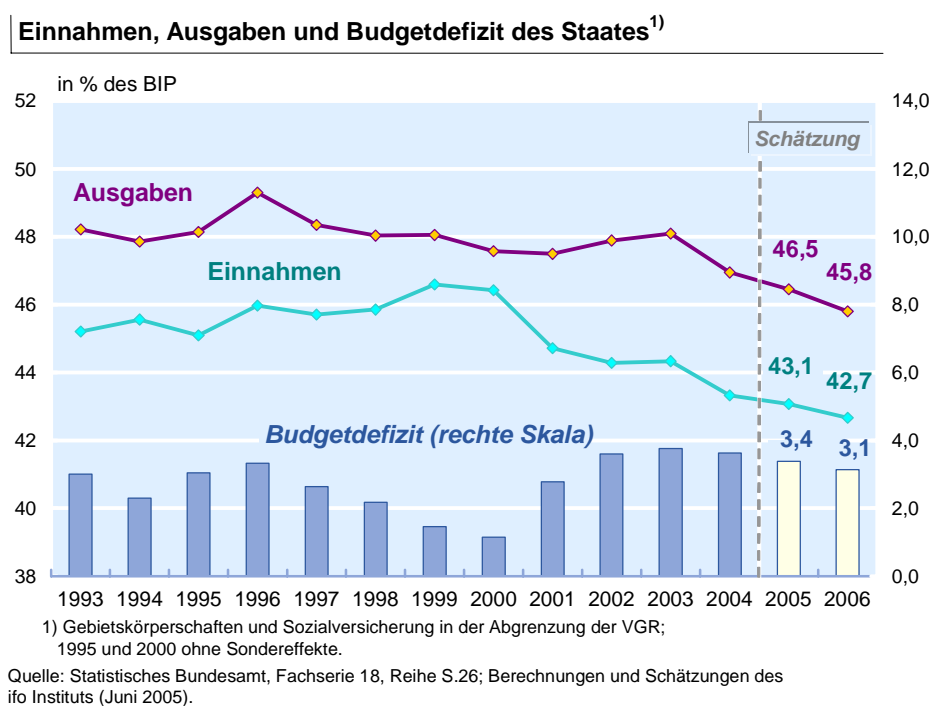
Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2006 mit 0,5 % wieder etwas stärker steigen. Neben den Transferzahlungen des Bundes an die Postbeamtenversorgungskasse, die im kommenden Jahr teilweise wieder anfallen, wird sich erstmals seit über zehn Jahren ein Anstieg der Investitionsausgaben des Staates (+2,5 %) einstellen. Hierzu tragen unter anderem die Einnahmen aus der Lkw-Maut bei, die größtenteils für Verkehrsinfrastrukturprojekte eingesetzt werden sollen. Auch bei den sozialen Sachleistungen und den Zinszahlungen wird es abermals zu einem Zuwachs kommen.

Die monetären Sozialleistungen stagnieren – insgesamt gesehen – auf dem Niveau des laufenden Jahres. Nach der schwachen Einkommensentwicklung im Jahr 2005 werden die Renten allerhöchstens minimal angehoben, weil erneut die Zusatzbelastung der Aktiven durch die private Altersvorsorge und der „Nachhaltigkeitsfaktor“ in die Berechnung des Anpassungsfaktors eingehen. Weiterhin wird also nur die zunehmende Zahl von Altersgeldbeziehern für einen Anstieg der Rentenausgaben sorgen. Einschränkungen bei der Arbeitsmarktförderung und sinkende Empfängerzahlen beim Arbeitslosengeld I sorgen für einen erneuten Rückgang der Ausgaben der Arbeitslosenversicherung. Die Sozialleistungen der Gebietskörperschaften werden etwa stagnieren.

Sinken werden 2006 infolge der weiter rückläufigen Beschäftigung im öffentlichen Dienst die Personalausgaben des Staates und zwar um knapp 1 %. Rückläufig sind zudem erneut die Subventionen, was zum einen auf den Abbau der Kohlesubventionen und zum anderen auf die im Jahr 2006 zu erwartende Rückzahlung der 2004 zu viel gezahlten Steinkohlesubventionen in Höhe von knapp 0,8 Mrd. Euro zurückgeführt

werden kann. Im Jahr 2004 wurden nämlich zu hohe Finanzhilfen gewährt, da die Subventionen nicht zeitnah an die steigenden Weltmarktpreise für Kohle angepasst wurden.

Abb. 24



Trotz des deutlichen Zuwachses der Einnahmen und des moderaten Ausgabenanstiegs ist auch 2006 die Einhaltung des Maastricht-Defizitkriteriums nicht gesichert. Spitz gerechnet dürfte sich eine Defizitquote von 3,1 % des Bruttoinlandsprodukts ergeben und damit die nun in Folge fünfte Verletzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts (vgl. Abb. 24).

Abgeschlossen am 22. Juni 2005

Anhang

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 2005 und 2006

	2004 (1)	2005 (2)	2006 (2)	2005		2006 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,4	0,5	0,7	0,4	0,5	0,7	0,7
Arbeitszeit	-1,1	-0,3	0,1	-0,7	0,2	-0,3	0,5
Arbeitstage (3)	1,5	-0,7	-0,7	-0,1	-1,2	0,0	-1,3
Arbeitsvolumen	0,8	-0,4	0,1	-0,3	-0,6	0,4	-0,1
Produktivität (4)	0,8	1,2	1,1	1,2	1,3	0,6	1,5
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,6	0,8	1,2	0,8	0,8	0,9	1,4

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1717,1	1740,0	1773,3	844,4	895,6	862,2	911,1
Private Konsumausgaben 5)	1304,2	1325,3	1354,8	645,8	679,5	661,8	693,0
Konsumausgaben des Staates	412,9	414,7	418,4	198,6	216,1	200,4	218,0
Bruttoanlageinvestitionen	379,5	378,1	377,3	179,3	198,9	180,6	196,7
Ausrüstungen	148,4	150,3	152,1	71,0	79,3	71,9	80,2
Bauten	206,3	202,8	199,6	96,1	106,7	96,2	103,4
Sonstige Anlagen	24,7	25,0	25,6	12,2	12,9	12,5	13,1
Vorratsveränderungen 6)	1,7	12,2	18,4	14,2	-2,0	19,2	-0,8
Inländische Verwendung	2098,4	2130,3	2169,0	1037,9	1092,4	1062,0	1107,0
Außenbeitrag	108,9	103,5	115,1	59,4	44,0	57,3	57,8
Exporte	838,6	881,0	947,2	433,0	448,0	462,8	484,4
Importe	729,7	777,6	832,1	373,6	404,0	405,5	426,6
Bruttoinlandsprodukt	2207,2	2233,8	2284,1	1097,3	1136,5	1119,3	1164,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,0	1,3	1,9	1,2	1,5	2,1	1,7
Private Konsumausgaben 5)	1,4	1,6	2,2	1,4	1,8	2,5	2,0
Konsumausgaben des Staates	-0,4	0,4	0,9	0,5	0,4	0,9	0,9
Bruttoanlageinvestitionen	-0,3	-0,4	-0,2	-0,3	-0,5	0,7	-1,1
Ausrüstungen	1,0	1,3	1,2	3,3	-0,5	1,2	1,2
Bauten	-1,4	-1,7	-1,6	-2,9	-0,6	0,2	-3,1
Sonstige Anlagen	0,8	1,2	2,2	1,4	0,9	2,5	2,0
Inländische Verwendung	1,0	1,5	1,8	1,7	1,4	2,3	1,3
Exporte	9,1	5,1	7,5	5,0	5,1	6,9	8,1
Importe	7,0	6,6	7,0	7,4	5,8	8,5	5,6
Bruttoinlandsprodukt	2,0	1,2	2,3	1,1	1,3	2,0	2,5

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1630,5	1633,9	1644,3	798,0	835,9	803,3	841,0
Private Konsumausgaben 5)	1233,0	1235,0	1243,9	604,4	630,6	609,0	634,9
Konsumausgaben des Staates	397,5	398,9	400,4	193,6	205,3	194,3	206,1
Bruttoanlageinvestitionen	391,7	391,4	393,7	185,2	206,2	187,7	205,9
Ausrüstungen	160,7	165,7	171,2	77,9	87,8	80,3	91,0
Bauten	204,5	198,8	195,2	94,2	104,5	94,1	101,0
Sonstige Anlagen	27,0	27,7	28,8	13,4	14,3	13,9	14,9
Inländische Verwendung	2032,6	2043,0	2058,3	1002,7	1040,4	1013,9	1044,4
Exporte	849,1	888,2	945,7	438,0	450,2	463,5	482,2
Importe	759,4	792,5	839,7	383,5	409,0	410,6	429,2
Bruttoinlandsprodukt	2123,1	2140,1	2165,4	1057,3	1082,8	1067,3	1098,1

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	-0,2	0,2	0,6	0,2	0,2	0,7	0,6
Private Konsumausgaben 5)	-0,1	0,2	0,7	0,1	0,2	0,8	0,7
Konsumausgaben des Staates	-0,7	0,4	0,4	0,4	0,3	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	-0,5	-0,1	0,6	-0,2	0,0	1,4	-0,1
Ausrüstungen	2,3	3,1	3,3	5,3	1,3	3,0	3,6
Bauten	-2,6	-2,8	-1,8	-4,4	-1,3	-0,1	-3,4
Sonstige Anlagen	1,0	2,9	3,9	2,8	3,1	3,9	4,0
Inländische Verwendung	0,5	0,5	0,7	0,8	0,3	1,1	0,4
Exporte	9,0	4,6	6,5	4,6	4,6	5,8	7,1
Importe	6,7	4,4	6,0	5,0	3,8	7,1	4,9
Bruttoinlandsprodukt	1,6	0,8	1,2	0,8	0,8	0,9	1,4

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2004 (1)	2005 (2)	2006 (2)	2005		2006 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,2	1,1	1,3	1,0	1,2	1,4	1,1
Private Konsumausgaben 5)	1,5	1,5	1,5	1,3	1,6	1,7	1,3
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,1	0,5	0,1	0,1	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,2	-0,3	-0,8	-0,1	-0,5	-0,6	-1,0
Ausrüstungen	-1,2	-1,8	-2,1	-1,9	-1,8	-1,7	-2,3
Bauten	1,3	1,1	0,3	1,5	0,7	0,3	0,3
Sonstige Anlagen	-0,2	-1,7	-1,6	-1,3	-2,1	-1,4	-1,9
Inländische Verwendung	0,4	1,0	1,1	0,9	1,1	1,2	0,9
Exporte	0,1	0,4	1,0	0,4	0,4	1,0	1,0
Importe	0,2	2,1	1,0	2,2	2,0	1,4	0,6
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,4	1,1	0,3	0,5	1,0	1,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1631,8	1653,3	1690,3	811,1	842,1	831,4	858,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	222,0	219,8	219,5	107,0	112,7	105,9	113,6
Bruttolöhne und -gehälter	912,3	916,1	928,0	434,7	481,4	439,0	489,0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	497,5	517,4	542,8	269,4	248,0	286,6	256,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	236,6	242,0	252,0	114,3	127,7	115,0	136,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1868,4	1895,2	1942,2	925,4	969,8	946,5	995,8
Abschreibungen	328,3	331,6	335,9	164,9	166,7	166,9	169,0
Bruttonationaleinkommen	2196,7	2226,8	2278,1	1090,3	1136,5	1113,3	1164,8
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1636,1	1660,7	1701,1	809,6	851,1	828,3	872,8
Arbeitnehmerentgelte	1134,3	1135,9	1147,5	541,8	594,1	544,9	602,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	501,8	524,8	553,6	267,8	257,0	283,4	270,2

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	0,5	1,3	2,2	1,3	1,4	2,5	2,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	-0,3	-1,0	-0,1	-0,5	-1,5	-1,1	0,8
Bruttolöhne und -gehälter	0,3	0,4	1,3	0,2	0,6	1,0	1,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,4	0,3	0,6	0,2	0,3	0,3	0,9
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,1	1,1	0,3	1,4	0,8	-0,4	0,9
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,0	4,0	4,9	3,8	4,2	6,4	3,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	16,2	2,3	4,1	1,1	3,3	0,6	7,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,2	1,4	2,5	1,3	1,6	2,3	2,7
Abschreibungen	1,8	1,0	1,3	0,9	1,1	1,2	1,4
Bruttonationaleinkommen	2,2	1,4	2,3	1,2	1,5	2,1	2,5
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2,2	1,5	2,4	1,3	1,7	2,3	2,6
Arbeitnehmerentgelte	0,2	0,1	1,0	0,1	0,2	0,6	1,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	7,0	4,6	5,5	3,9	5,3	5,8	5,1

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	978,5	985,6	992,6	476,5	509,0	477,4	515,2
Nettolöhne und -gehälter	600,7	608,3	614,2	287,3	321,0	288,1	326,1
Monetäre Sozialleistungen	457,9	460,2	460,4	231,2	229,0	230,6	229,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	80,1	83,0	82,0	42,0	41,0	41,3	40,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	497,5	517,4	542,8	269,4	248,0	286,6	256,2
Sonstige Transfers (Saldo)	-35,3	-38,5	-39,5	-19,5	-19,0	-20,1	-19,4
Verfügbares Einkommen	1440,8	1464,5	1495,9	726,4	738,1	743,9	752,0
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	18,7	19,4	20,9	9,2	10,3	9,9	11,0
Private Konsumausgaben 5)	1304,2	1325,3	1354,8	645,8	679,5	661,8	693,0
Sparen	155,3	158,6	161,9	89,7	68,8	92,0	70,0
Sparquote 7)	10,6	10,7	10,7	12,2	9,2	12,2	9,2

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	1,3	0,7	0,7	0,8	0,7	0,2	1,2
Nettolöhne und -gehälter	2,0	1,3	1,0	1,4	1,1	0,3	1,6
Monetäre Sozialleistungen	0,9	0,5	0,0	0,6	0,4	-0,3	0,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	4,2	3,5	-1,1	4,4	2,7	-1,6	-0,6
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,0	4,0	4,9	3,8	4,2	6,4	3,3
Verfügbares Einkommen	1,2	1,6	2,1	1,5	1,8	2,4	1,9
Private Konsumausgaben 5)	1,4	1,6	2,2	1,4	1,8	2,5	2,0
Sparen	0,8	2,1	2,1	2,5	1,6	2,5	1,6

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2004 (1)	2005 (2)	2006 (2)	2005		2006 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	482,0	482,4	494,4	235,6	246,8	239,4	255,0
Sozialbeiträge	396,5	398,7	399,8	194,3	204,4	194,0	205,8
Vermögenseinkünfte	11,6	12,7	13,1	6,8	5,9	7,2	5,9
Sonstige Übertragungen	16,4	18,4	15,6	9,9	8,5	7,1	8,5
Vermögensübertragungen	9,4	9,1	9,4	4,5	4,6	4,7	4,7
Verkäufe	39,9	42,3	42,6	20,0	22,3	20,2	22,4
Sonstige Subventionen	0,5	0,4	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Einnahmen insgesamt	956,2	964,0	975,3	471,3	492,7	472,7	502,6
Ausgaben							
Vorleistungen	89,4	89,4	90,4	41,2	48,2	41,6	48,8
Arbeitnehmerentgelte	166,6	165,9	164,4	78,3	87,6	77,6	86,7
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	63,5	64,5	65,5	31,9	32,6	32,4	33,1
Subventionen	27,5	26,7	25,6	13,0	13,7	12,6	13,0
Monetäre Sozialleistungen	423,3	425,1	425,0	213,9	211,2	213,1	211,9
Soziale Sachleistungen	165,2	169,8	174,2	83,0	86,8	85,2	89,1
Sonstige Transfers	38,0	35,6	39,7	18,9	16,7	19,6	20,1
Vermögenstransfers	33,6	34,6	31,3	19,8	14,8	17,2	14,1
Bruttoanlageinvestitionen	30,5	29,6	30,4	12,3	17,4	13,3	17,1
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,5	-1,5	-1,5	-0,7	-0,8	-0,7	-0,8
Ausgaben insgesamt	1036,3	1039,8	1045,0	511,6	528,1	511,9	533,1
Finanzierungssaldo	-80,1	-75,8	-69,7	-40,4	-35,4	-39,2	-30,5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	0,0	0,1	2,5	-0,4	0,6	1,6	3,4
Sozialbeiträge	0,4	0,5	0,3	0,5	0,5	-0,1	0,7
Vermögenseinkünfte	-32,1	9,8	3,3	16,3	3,1	6,2	0,0
Sonstige Übertragungen	1,0	12,6	-15,5	43,6	-9,9	-28,3	-0,6
Vermögensübertragungen	7,2	-3,8	3,4	-13,4	7,7	4,5	2,4
Verkäufe	-1,6	6,1	0,7	6,1	6,1	0,9	0,5
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	-0,4	0,8	1,2	0,9	0,7	0,3	2,0
Ausgaben							
Vorleistungen	1,1	0,0	1,2	-0,3	0,1	1,0	1,3
Arbeitnehmerentgelt	-0,9	-0,4	-0,9	-0,5	-0,3	-0,9	-1,0
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-0,4	1,5	1,6	1,4	1,7	1,6	1,6
Subventionen	-4,9	-3,1	-4,2	-2,7	-3,4	-3,3	-5,1
Monetäre Sozialleistungen	0,8	0,4	0,0	0,5	0,3	-0,4	0,3
Soziale Sachleistungen	-1,3	2,8	2,6	3,0	2,6	2,6	2,6
Sonstige Transfers	-1,5	-6,5	11,7	2,6	-15,0	4,0	20,5
Vermögenstransfers	-5,8	3,0	-9,6	3,8	1,9	-12,9	-5,1
Bruttoanlageinvestitionen	-4,6	-2,9	2,5	-7,8	0,8	8,2	-1,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	-0,5	0,3	0,5	0,7	0,0	0,1	0,9
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-3,6	-3,4	-3,1	-3,7	-3,1	-3,5	-2,6

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).